

75. Geschäftsbericht 1982

75. Geschäftsbericht der Schweizerischen Nationalbank 1982

Inhaltsverzeichnis

A. Wirtschaftsentwicklung und Notenbankpolitik – eine Zusammenfassung	
1. Die internationale Wirtschafts- und Währungsentwicklung	5
2. Die Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz	6
3. Die Geld- und Währungspolitik der Nationalbank	7
B. Die Entwicklung der Weltwirtschaft	
1. Die Wirtschafts- und Währungslage in einzelnen Ländern	9
2. Die internationale Währungszusammenarbeit	16
C. Die Entwicklung in der Schweiz	
1. Der realwirtschaftliche Bereich	17
2. Geldpolitik und Finanzmärkte	24
3. Übrige geld- und währungspolitische Massnahmen	36
D. Die Geschäftstätigkeit der Nationalbank	
1. Devisen-, Geldmarkt- und Kapitalmarktgeschäfte	41
2. Zahlungsverkehr	46
3. Dienstleistungen für den Bund	49
4. Geschäftsergebnis	52
E. Bankbehörden und Personal	60
F. Anhang	
1. Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise im Jahre 1982	68
2. Bilanzentwicklung seit 1946	70
3. Bilanzentwicklung seit 1946 (Jahresdurchschnitte)	72
4. Geschäftsergebnisse seit 1946	74
5. Diskontsätze und Lombardzinsfuss seit 1936	76
6. Geld- und währungspolitische Chronik 1982	77
7. Verzeichnis der Mitglieder der Aufsichts- und Leitungsorgane	78

A. Wirtschaftsentwicklung und Notenbankpolitik – eine Zusammenfassung

1. Die internationale Wirtschafts- und Währungs-entwicklung

Das Wachstum der Weltwirtschaft kam im Jahre 1982 nahezu zum Stillstand. Die ausgeprägte Rezession in den Vereinigten Staaten trug in praktisch allen Ländern zu einer Verschlechterung der bereits gedrückten Wirtschaftslage bei. Im OECD-Raum stieg die Zahl der Arbeitslosen weiter an. Die seit Beginn der achtziger Jahre auf Inflationsbekämpfung ausgerichtete Geldpolitik der meisten Industriestaaten führte im Jahre 1982 zu einer deutlichen Abschwächung der Teuerung.

Stagnation der Weltwirtschaft und steigende Arbeitslosigkeit

Neben der hohen Arbeitslosigkeit wurden der zunehmende Protektionismus und die Überschuldung zahlreicher Länder zu den Hauptproblemen der Weltwirtschaft. Im Laufe des Jahres 1982 gerieten verschiedene stark verschuldete Länder in akute Zahlungsschwierigkeiten. Betroffen waren in erster Linie sogenannte Schwellenländer wie Mexiko, Brasilien und Argentinien, aber auch osteuropäische Staaten.

Verdüsterung der internationalen Finanzlage

Die Ursachen der Krise liegen einerseits in der Wirtschaftspolitik der Schuldnerländer und andererseits in der anhaltenden Wachstumsschwäche in den Industriestaaten. Während die expansive Geld- und Fiskalpolitik vieler Schuldnerländer die Importe stark ansteigen liess, schränkte die ungünstige Konjunkturlage in den Industrienationen die Exportmöglichkeiten der Schuldnerländer ein. Der Rückgang der Rohstoffpreise schmälerte zudem ihre Exporterlöse teilweise empfindlich. Die daraus resultierenden Zahlungsbilanzprobleme wurden durch die weltweit ausserordentlich hohen Zinssätze zusätzlich verschärft. Um eine Ausweitung der Krise auf das gesamte Finanzsystem zu verhindern, gewährten internationale Organisationen und nationale Währungsbehörden einigen Schuldnerländern Überbrückungskredite, an denen sich auch die Schweizerische Nationalbank beteiligte.

Ursachen der Schuldenkrise

Durch die sinkenden Rohstoff- und insbesondere Erdölpreise verbesserten sich die Austauschverhältnisse im Jahre 1982 zugunsten der Industriestaaten. Da jedoch ihre Exporte gleichzeitig stark zurückgingen, gelang es den OECD-Ländern nicht, das Defizit der Ertragsbilanz weiter abzubauen. Für die erdölexportierenden Länder zeichnete sich erstmals seit den Erdölpreiserhöhungen im Jahre 1973 ein Fehlbetrag ab, während sich die nichterdölexportierenden Entwicklungsländer auch 1982 hohen Ertragsbilanzdefiziten gegenübersehen.

Entwicklung der Ertragsbilanzen

Die schwache Weltkonjunktur widerspiegelte sich im internationalen Handel, dessen Volumen das Vorjahresniveau nicht mehr erreichte. Belastet wurde der Welthandel auch durch die zunehmende Neigung der Industriestaaten, Schutzmassnahmen zugunsten der bedrängten einheimischen Industrien zu ergreifen. Das rauhere handelspolitische Klima kam an der GATT-Jahrestagung in Genf zum Ausdruck, die erstmals seit 1973 wieder auf Ministerebene durchgeführt wurde. In der gemeinsamen Schlusserklärung bekannten sich die Mitgliedstaaten jedoch zum liberalen Welthandelssystem und verurteilten die protektionistischen Tendenzen.

Sinkender Welthandel – protektionistische Tendenzen

Restriktive Geldpolitik der Industrieländer in der ersten Jahreshälfte

Die Geldpolitik der meisten westlichen Industriestaaten blieb auch im Jahre 1982 restriktiv. Während sich bei der Teuerungskämpfung Erfolge abzeichnen begannen, vergrösserten sich die Budgetdefizite fast überall, da die Steuereinnahmen konjunkturbedingt geringer ausfielen und die Sozialausgaben anstiegen. Das Zusammentreffen steigender Defizite und restriktiver Geldpolitik schlug sich in den westlichen Industriestaaten und besonders ausgeprägt in den Vereinigten Staaten in hohen realen Zinsen nieder. Die Erwartung einer weiterhin restriktiven amerikanischen Geldpolitik führte zu einer Aufwertung des Dollars. Die europäischen Staaten begegneten ihr zunächst mit einer Verschärfung des geldpolitischen Kurses. Dadurch wollten sie verhindern, dass eine höhere importierte Teuerung die Fortschritte bei der Inflationsbekämpfung zunichte machte.

Rückgang der Zinssätze in der zweiten Jahreshälfte

In der zweiten Jahreshälfte entspannte sich die Situation. Die amerikanischen Zinssätze begannen deutlich zu sinken, und die Teuerung liess in den meisten Ländern nach. Einige Industrieländer reagierten auf den Zinsrückgang in den Vereinigten Staaten mit einer vorsichtigen Lockerung ihrer Geldpolitik.

Höherbewertung des Dollars und schwacher Yen bis kurz vor Jahresende

Die internationale Währungslage war ausser durch die Höherbewertung des Dollars durch eine Abschwächung des Yen geprägt. Im letzten Quartal des Jahres setzte eine deutliche Gegenbewegung ein. Der Yen erholte sich gegenüber allen Währungen, während der Dollar an Wert einbüsste. Innerhalb des Europäischen Währungssystems (EWS) kam es in der ersten Jahreshälfte zweimal zu Paritätsanpassungen.

2. Die Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz

Deutliche Abschwächung der Konjunktur

Nach zwei Jahren guter Konjunkturlage schwächte sich die wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz im Laufe des Jahres 1982 zunehmend ab. Der Konjunkturrückgang, der in den wichtigsten OECD-Ländern bereits 1980 eingesetzt hatte, erfasste damit auch unser Land. Das reale Sozialprodukt erreichte den Vorjahresstand nicht mehr. Neben den ungünstigen Einflüssen aus dem Ausland trug erwartungsgemäss auch die Inflationsbekämpfung in den Jahren 1980 und 1981 zur Verschlechterung der Konjunkturlage bei.

Rückgang von Aussenhandel, Investitionen und Konsum

Die rezessiven Tendenzen waren in den meisten Wirtschaftszweigen spürbar. Exporte und Importe gingen – vor allem in der zweiten Jahreshälfte – stark zurück. Ungünstige Ertragserwartungen und eine geringe Auslastung der Kapazitäten in der Industrie drückten die Investitionstätigkeit, während der Rückgang des verfügbaren Realeinkommens zu einer geringfügigen Abnahme des privaten Konsums führte. Auch die Bautätigkeit schwächte sich im Vergleich zum Vorjahr ab. Von der Rezession verschont blieben bedeutende Bereiche des Dienstleistungssektors, namentlich die Banken und Versicherungsgesellschaften.

Der konjunkturelle Abschwung wirkte sich auch auf den Arbeitsmarkt aus. Vor allem in der zweiten Jahreshälfte stieg die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter deutlich an; die Beschäftigung und die Zahl der offenen Stellen gingen zurück. Dennoch war die Lage auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt im Vergleich zur Situation im Ausland immer noch sehr günstig.

Steigende Arbeitslosigkeit

Die Inflation war 1982 geringer als im Vorjahr. Die Konsumentenpreise stiegen jedoch stärker als erwartet, wozu insbesondere die ausgeprägten Mietpreiserhöhungen beitrugen. Die verhältnismässig hohe Teuerung war aber auch darauf zurückzuführen, dass von der Kursentwicklung des Schweizerfrankens im Gegensatz zu den Jahren 1973 bis 1979 keine preisdämpfenden Wirkungen ausgingen.

Geringere Teuerung als 1981

An den Devisenmärkten stieg der Dollarkurs zwischen Januar und November gegenüber dem Schweizerfranken stark an. Gegen Jahresende begann sich die schweizerische Währung gegenüber dem Dollar und dem britischen Pfund deutlich zu festigen, während sie gegenüber dem Yen tiefer bewertet wurde. Sowohl der nominale als auch der reale exportgewichtete Wechselkursindex des Schweizerfrankens bildeten sich bis zum Herbst zurück, wobei sie jedoch – ausser im November 1982 – über dem entsprechenden Vorjahresstand lagen.

Höherbewertung des Dollars gegenüber dem Schweizerfranken bis zum Herbst

3. Die Geld- und Währungspolitik der Nationalbank

Die Geld- und Währungspolitik der Nationalbank basiert auf der Erfahrung, dass ein inflationsfreies Wirtschaftswachstum eine Geldmengenausweitung erfordert, die im Einklang mit den realen Wachstumsmöglichkeiten der schweizerischen Wirtschaft steht. Richtlinie für geld- und währungspolitische Handlungen ist daher das mittelfristige Geldmengenwachstum. Nach dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen im Jahre 1973 begann die Nationalbank, alljährlich ein Wachstumsziel für die Geldmenge festzulegen und bekanntzugeben. Seit 1980 bezieht sich die Zielvorgabe auf die direkt beeinflussbare Notenbankgeldmenge, welche den Notenumlauf und die Giro Guthaben von Banken, Handel und Industrie bei der Nationalbank umfasst. Zwischen der Notenbankgeldmenge und dem Preisniveau besteht insofern ein enger Zusammenhang, als das inländische Preisniveau mit einer Verzögerung von 2 bis 3 Jahren dem Wachstum der Notenbankgeldmenge folgt.

Grundzüge der Geldpolitik

Für das Jahr 1982 war ein Wachstumsziel von 3% für die um die ultimobedingten Refinanzierungskredite bereinigte Notenbankgeldmenge festgesetzt worden. Da die bereinigte Notenbankgeldmenge im Jahre 1981 wegen der damaligen Schwäche des Schweizerfrankens und der Beschleunigung der Teuerung trotz des ursprünglichen Wachstumsziels von 4% um 0,5% reduziert worden war, bedeu-

Weniger restriktive Geldpolitik als im Vorjahr

tete das Geldmengenziel 1982 von 3% eine Lockerung gegenüber der 1981 geführten Geldpolitik. Diese Lockerung erschien wegen der Ende 1981/Anfang 1982 eingetretenen Festigung des Frankens und der sich abzeichnenden Konjunkturabschwächung in der Schweiz angemessen. Das Wachstum der bereinigten Notenbankgeldmenge entsprach 1982 mit durchschnittlich 2,6% gegenüber dem Vorjahr weitgehend der Zielvorgabe von 3%.

Markanter
Zinsrückgang und
Normalisierung der
Zinsstruktur

Die reichlichere Geldversorgung und die Erwartung sinkender Inflationsraten, aber auch die konjunkturbedingt schwache Kreditnachfrage führten zu einem markanten Rückgang der Zinssätze. Im Laufe des Jahres 1982 normalisierte sich die Zinsstruktur, indem die Geldmarktsätze wieder unter die Zinssätze am Kapitalmarkt zu liegen kamen. Die Umlagerung von Sicht- und Spareinlagen in Terminguthaben wurde dadurch mehr und mehr gebremst und in der zweiten Jahreshälfte von einer Gegenbewegung abgelöst. Als Folge davon überschritt die Geldmenge M_1 zum erstenmal seit 1979 wieder den Vorjahresstand.

Zurückhaltende
Senkung der offiziellen
Sätze

Die Nationalbank folgte dem Zinsrückgang im Jahre 1982 mit mehrmaligen Reduktionen des Diskont- und des Lombardsatzes. Diese praktisch nur für die Ultimofinanzierung der Banken relevanten Sätze wurden jedoch nicht in einem dem Rückgang der Geldmarktsätze entsprechenden Ausmass gesenkt. Der Zinsvorteil der traditionellen Notenbankkredite bildete sich dadurch deutlich zurück, und die Beanspruchung des Diskont- und Lombardkredits der Nationalbank nahm entsprechend ab.

Aufbau eines
Portefeuilles der
Nationalbank

Im März 1982 begann die Nationalbank, im Rahmen einer Versuchsphase regelmässig schweizerische Obligationen in bescheidenem Umfang zu erwerben. Mit dem Aufbau eines Wertschriftenportefeuilles nimmt sie in Aussicht, ihre Aktiven allmählich stärker zu diversifizieren und die Flexibilität des geldpolitischen Instrumentariums zu erhöhen.

Geldmengenziel 1983:
3%

Das Direktorium der Schweizerischen Nationalbank beschloss im Dezember 1982 im Einvernehmen mit dem Bundesrat, die bereinigte Notenbankgeldmenge im Jahre 1983 erneut um durchschnittlich 3% auszudehnen. Damit führt die Nationalbank ihre auf Preisstabilität ausgerichtete Geldpolitik fort. Mit der Festlegung einer Zuwachsrate, die an der oberen Grenze der längerfristig erwünschten Zunahme von jährlich 2 bis 3% liegt, trägt sie aber auch der verschlechterten Wirtschaftslage Rechnung.

B. Die Entwicklung der Weltwirtschaft

1. Die Wirtschafts- und Währungslage in einzelnen Ländern

Übersicht

Im Durchschnitt lag das reale *Bruttosozialprodukt* der OECD-Länder im Jahre 1982 um rund 0,5% unter dem Vorjahreswert. Die amerikanische Wirtschaft geriet im Laufe des Jahres in eine schwere Rezession, und in den europäischen Staaten gewannen vor allem in der zweiten Jahreshälfte die rezessiven Tendenzen die Oberhand. In Japan verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum. Die steigende Arbeitslosigkeit entwickelte sich zum drückendsten Problem der Industriestaaten. Sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft lag der Anteil der Arbeitslosen an der aktiven Bevölkerung Ende 1982 nahe bei 11%. Im gesamten OECD-Raum waren am Jahresende rund 32 Mio Arbeitslose registriert (Vorjahr: 27 Mio). Die Teuerung sank im OECD-Raum im Dezember 1982 auf 6,5% (Dezember 1981: 10%).

Rezession und Arbeitslosigkeit in den Industriestaaten

Die *Geldpolitik* der grossen Industrieländer blieb trotz anhaltender wirtschaftlicher Schwierigkeiten mehrheitlich restriktiv. In der zweiten Jahreshälfte lockerte das Federal Reserve Board die geldpolitischen Zügel. Dies führte – zusammen mit der konjunkturellbedingt schwachen Kreditnachfrage – zu einem markanten Rückgang der amerikanischen Zinssätze, der sich auch auf die anderen Industriestaaten übertrug.

Geldpolitik in den Industrieländern

Die Lage an den *Devisenmärkten* war 1982 durch die Höherbewertung des US-Dollars und die Tieferbewertung des Yen geprägt. Während sich das Pfund Sterling gegenüber dem Dollar relativ gut behauptete, mussten die anderen europäischen Währungen zum Teil grosse Kursverluste hinnehmen. Im November setzte eine Gegenbewegung ein: Der Dollar büsste gegenüber den meisten Währungen – vor allem aber gegenüber dem Yen – an Wert ein. Innerhalb des EWS liess die unterschiedliche Wirtschaftspolitik der Länder zweimal Paritätsänderungen nötig werden. Im Februar 1982 wurden der belgische Franc und die dänische Krone um 8,5% bzw. 3% abgewertet. Im Juni folgte die Abwertung des französischen Frankens und der italienischen Lira um 5,75% bzw. 2,75% gleichzeitig mit der Aufwertung der D-Mark und des holländischen Guldens (+4,25%).

Starker Dollar und schwacher Yen – Korrektur gegen Jahresende

Vereinigte Staaten

In den Vereinigten Staaten weitete sich der konjunkturelle Abschwung, welcher im Sommer 1981 eingesetzt hatte, zur schwersten Rezession der Nachkriegszeit aus. Das reale *Bruttosozialprodukt* sank gegenüber dem Vorjahr um 1,8%. Die Industrieproduktion verminderte sich gar um rund 9%, was die Auslastung der Kapazitäten auf den tiefsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg sinken liess. Die Zahl der Arbeitslosen stieg stark an; im Dezember 1982 erreichte der Anteil der Arbeitslosen an der aktiven Bevölkerung 10,8%. Das Steuersenkungsprogramm der amerikanischen Regierung, dessen zweite Stufe im Juli 1982 in Kraft trat, führte zusammen mit dem konjunkturbedingten Rückgang der Steuereinnahmen

Schwerste Rezession der Nachkriegszeit

und den höheren Staatsausgaben zu einer Verdoppelung des Budgetdefizits auf 110 Mrd Dollar gegenüber dem Fiskaljahr 1981. Der Kreditbedarf der öffentlichen Hand und die restriktive Geldpolitik liessen die Zinssätze stark ansteigen. Die zinsempfindliche Nachfrage nach Ausrüstungsgütern und Bauten, aber auch nach dauerhaften Konsumgütern wurde davon besonders betroffen. Die reale Aufwertung des Dollars schwächte zudem die Konkurrenzfähigkeit der amerikanischen Exportindustrie, so dass auch vom Aussenhandel negative Wirkungen auf die Wirtschaft ausgingen.

Rascher Rückgang der Teuerung

Das Wirtschaftsprogramm der amerikanischen Regierung – Förderung des Wachstums durch Steuersenkungen und Abbau staatlicher Vorschriften sowie Inflationsbekämpfung durch eine restriktive Geldpolitik – erwies sich vorerst bei der Inflationsbekämpfung als erfolgreich; von beinahe 9% im Dezember 1981 sank die Teuerungsrate auf 3,9% im Dezember 1982.

Geldmengenziel in den USA überschritten

Das Wachstum der Geldmengenaggregate M_1 , M_2 und M_3 übertraf die Zielvorgaben des *Federal Reserve Systems*. Während die Ziele für M_2 und M_3 nur geringfügig überschritten wurden, war die Abweichung bei M_1 zeitweise beträchtlich. Das Federal Reserve Board ging im Herbst 1982 dazu über, vermehrt die Grössen M_2 und M_3 als geldpolitische Indikatoren heranzuziehen. Die schon im Jahre 1981 begonnene, schrittweise Lockerung des Verzinsungsverbots für Sichteinlagen führte zu einem starken Wachstum der Geldmenge M_1 und beeinträchtigte deren geldpolitische Aussagekraft.

Lockerung des restriktiven geldpolitischen Kurses in der zweiten Jahreshälfte

Verschiedene Indizien wiesen darauf hin, dass die amerikanischen Währungsbehörden den restriktiven geldpolitischen Kurs in der zweiten Jahreshälfte 1982 lockerten. Die expansivere Geldpolitik liess zusammen mit einer weiteren Konjunkturabflachung die amerikanischen Zinssätze in der zweiten Jahreshälfte deutlich sinken. Die Federal Funds Rate (Interbankleihrate), die zu Beginn des Jahres noch ungefähr 15% betragen hatte, fiel gegen Ende 1982 unter 9%. Das Federal Reserve Board passte den Diskontsatz schrittweise den sinkenden Marktzinssätzen an.

Höherbewertung des Dollars zwischen Januar und November

Im Laufe des Jahres 1982 wertete sich der *Dollar* gegenüber allen wichtigen Währungen stark auf. Die Aufwärtsbewegung hielt auch an, als sich die Zinssätze in den Vereinigten Staaten zurückbildeten. Erst als gegen Ende des Jahres Zweifel am Restriktionsgrad des geldpolitischen Kurses des Federal Reserve Board auftraten, begann der Dollarkurs zu sinken. Darüber hinaus dürften auch das erwartete hohe Defizit der Handelsbilanz (1982: 42,7 Mrd Dollar) und die erstmals seit 1979 wieder defizitäre Ertragsbilanz zur Kursabschwächung beigetragen haben. Gegenüber dem Vorjahr stieg der reale handelsgewichtete Wechselkurs im Durchschnitt um 8%.

Bundesrepublik Deutschland

Das *reale Bruttosozialprodukt* sank im Jahre 1982 um 1,2% gegenüber dem Vorjahr. Da sich die Nachfrage aus dem Ausland zu Beginn des Jahres deutlich abschwächte und von der Binnennachfrage keinerlei konjunkturstützende Impulse ausgingen, kam es in der zweiten Jahreshälfte zu Produktionseinschränkungen. Die hohen Zinsen trafen vor allem die Investitionsgüter- und die Bauindustrie. Das von der deutschen Regierung im Frühling erlassene Investitionsförderungsprogramm zeigte angesichts der gedrückten Ertragserwartungen der Unternehmen und der hohen Finanzierungskosten kaum Wirkung.

Konjunkturrückgang in der zweiten Jahreshälfte

Die Gesamtbeschäftigung nahm ab; da gleichzeitig die Zahl der neu in den Arbeitsprozess eintretenden Arbeitnehmer anstieg, verschlechterte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter. Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich auf über 2 Mio, womit der Anteil der Arbeitslosen an der aktiven Bevölkerung von 7,3% im Dezember 1981 auf 8,5% im Dezember 1982 anstieg. Die Teuerung schwächte sich hingegen ab; sie lag Ende Jahr bei 4,6% (Dezember 1981: 6,3%).

Starke Zunahme der Arbeitslosigkeit

Dank der – vor allem im ersten Halbjahr – günstigen Entwicklung des Aussenhandels ergab sich 1982 ein Ertragsbilanzüberschuss von schätzungsweise 6,4 Mrd D-Mark. In den beiden vorangegangenen Jahren waren noch Defizite von 16,5 Mrd D-Mark (1981) und 29,5 Mrd D-Mark (1980) ausgewiesen worden.

Mit einem Wachstum von 6,0% lag die Zentralbankgeldmenge innerhalb des von der *Deutschen Bundesbank* festgelegten Zielbereichs. Im Vergleich zum Vorjahr war die deutsche Geldpolitik weniger restriktiv. Der im Jahre 1981 eingeführte Sonderlombardkredit wurde aufgehoben. Die Bundesbank verringerte zudem die Mindestreservesätze um 10% und erhöhte die Rediskont-Kontingente. Der expansivere Kurs äusserte sich in einem Rückgang der Marktzinssätze, der durch eine schrittweise Senkung des Lombardsatzes unterstützt wurde. Die Geldmarktsätze sanken zwischen Januar und Dezember von über 10% auf rund 7%.

Leichte Lockerung der geldpolitischen Zügel

Die *D-Mark*, welche zu Beginn des Jahres 1982 allgemein tiefer bewertet wurde, verbesserte im zweiten Quartal ihre Position. Nach der Aufwertung im Juni um 4,25% innerhalb des EWS bewegte sie sich längere Zeit am unteren Rande des Schwankungsbereiches. Der reale handelsgewichtete Wechselkurs erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um durchschnittlich 3%.

Befestigung der D-Mark im zweiten Quartal

Vereinigtes Königreich

Das *reale Bruttoinlandprodukt* nahm 1982 um 0,5% gegenüber 1981 zu, nachdem es in den beiden vorangegangenen Jahren stark gesunken war. Die konjunkturelle Erholung, die sich im Frühling mit einer leichten Produktionszunahme und einer Aufstockung der Lagerbestände abzuzeichnen schien, setzte sich nicht durch. Die

Geringes Wirtschaftswachstum

positiven Impulse aus dem Ausland schwächten sich zunehmend ab: die Auslandsaufträge wurden spärlicher und die Importkonkurrenz nahm spürbar zu. Die britische Exportindustrie sah ihre Wettbewerbsfähigkeit ausserdem durch die Stärke des britischen Pfundes gefährdet. Da der Inflationsbekämpfung jedoch weiterhin Priorität eingeräumt wurde, war die Regierung nicht bereit, durch eine Lockerung des geldpolitischen Kurses auf eine Abschwächung des Pfundes hinzuwirken. Der positive Saldo der Ertragsbilanz, welcher 1981 dank hoher Überschüsse der Handelsbilanz rund 6 Mrd Pfund betragen hatte, verminderte sich im Jahre 1982 auf 3,9 Mrd Pfund.

Markanter Rückgang der Inflation

Die Lage auf dem britischen Arbeitsmarkt verschlechterte sich 1982 weiter. Im Dezember waren rund 3 Mio Arbeitslose registriert, was einer Arbeitslosenrate von 12,7% entsprach (Dezember 1981: 11,6%). Nachdem die Teuerung in den beiden vorangegangenen Jahren auf hohem Niveau verharret hatte, kam es im Laufe des Jahres 1982 zu einem markanten Rückgang der Inflationsrate. Innert Jahresfrist verminderte sie sich von 11,8% auf 5,4% im Dezember 1982.

Restriktive Geldpolitik

Das Wachstum der Geldmengenaggregate Sterling- M_3 und M_1 lag 1982 innerhalb des Zielkorridors von 8 bis 12%. Die *Bank of England* beeinflusste die Liquidität auf dem Geldmarkt vorwiegend durch Offenmarktkäufe und -verkäufe. Dies wurde möglich, nachdem der Kreis der dafür zugelassenen Wertpapiere erweitert worden war. Die Bedeutung der Lombardkredite als Refinanzierungsinstrument der Banken nahm weiter ab, nicht zuletzt deshalb, weil die Bank of England seit 1981 nicht mehr bereit ist, die Konditionen im voraus festzulegen. Die Geldmarktzinssätze bildeten sich im Laufe des Jahres stark zurück. Ende Jahr lagen sie bei rund 10% (Vorjahr: 15%). Sie entwickelten sich dabei weitgehend parallel zum Verlauf der amerikanischen Zinssätze. Der Grund dafür dürfte in einer gewissen Ausrichtung der Wechselkurspolitik auf die Pfund/Dollar-Relation gelegen haben.

Monetäre Zielgrössen in ausgewählten Ländern

Land	Zielgrösse	Zielperiode	Ziel	effektives Wachstum
Vereinigte Staaten von Amerika	M_1 ¹	4. Quartal 1981 bis 4. Quartal 1982	2½ bis 5½%	8,8%
Vereinigtes Königreich	M_3	Mitte Februar 1982 bis Mitte April 1983	8 bis 12%	
Bundesrepublik Deutschland	Zentralbankgeldmenge	4. Quartal 1981 bis 4. Quartal 1982	4 bis 7%	6,0%
Frankreich	M_2	Dezember 1981 bis Dezember 1982	12½ bis 13½%	12,0%
Schweiz	bereinigte Notenbankgeldmenge	Durchschnitt 1982	3%	2,6%

¹ Bereinigt um den Effekt der Umschichtungen auf NOW-Accounts; seit Herbst 1982 legt das Federal Reserve Board vermehrtes Gewicht auf die Entwicklung der Geldmengenaggregate M_2 und M_3 (vgl. S. 10).

Obwohl die Nominalzinsen zurückgingen, blieben sie deutlich über der Inflationsrate. Auch die Entwicklung der monetären Basis, welche gegenüber dem Vorjahr kein Wachstum verzeichnete, deutete auf eine restriktive Geldpolitik hin.

Das *Pfund Sterling* behauptete sich bis zum Herbst 1982 gegenüber dem Dollar relativ gut. Im November begann sich das Pfund jedoch gegenüber der amerikanischen Währung deutlich abzuschwächen. Der reale handelsgewichtete Wechselkurs des Pfundes sank im Jahre 1982 um 3,1% gegenüber dem Vorjahr.

Festes Pfund bis Herbst 1982

Frankreich

Das *reale Bruttoinlandprodukt* stieg 1982 um 1,5%. Im Laufe des Jahres verlor die private Konsumnachfrage – die Hauptstütze der Konjunktur im Vorjahr – an Dynamik. Damit nahmen auch in Frankreich die rezessiven Tendenzen überhand. In der zweiten Jahreshälfte erreichte die industrielle Produktion den entsprechenden Vorjahresstand nicht mehr. Die Arbeitslosigkeit nahm zu; Ende 1982 lag der Anteil der Arbeitslosen an der aktiven Bevölkerung bei 9,2%, gegenüber 8,4% im Dezember 1981.

Geringes Wachstum des Bruttoinlandprodukts

Steigende Importe als Folge des regen Konsums und sinkende Exporte liessen in der ersten Jahreshälfte 1982 das Defizit der Handels- und Ertragsbilanz stark ansteigen. Da zudem auch das Inflationsgefälle zu den Handelspartnern zunahm, kam die französische Währung unter starken Druck. Nach der Abwertung des Franc innerhalb des EWS im Juni um 5,75% ergriff die französische Regierung Massnahmen zur Bekämpfung der Inflation und zur Eindämmung der schnell wachsenden Staatsausgaben. Durch einen viermonatigen Preis- und Lohnstopp strebte sie einen Durchbruch bei der Teuerungsbekämpfung an. Der Rückgang der Teuerung von 11,5% im Juni auf 9,7% im Dezember wurde als erster Teilerfolg gewertet.

Hohe Ertragsbilanzdefizite und zunehmendes Inflationsgefälle führten zur Abwertung des Franc

In Frankreich wurde das Geldmengenziel 1982 annähernd erreicht. Die *Geldmenge* M_2 lag im Dezember leicht unter dem Zielbereich, welcher ein Wachstum von 12,5 bis 13,5% vorsah. Nach einem Anstieg im ersten Quartal sanken die Zinssätze am Geldmarkt kontinuierlich auf rund 13% im Dezember.

Geldmengenziel leicht unterschritten

Der reale handelsgewichtete Wechselkurs des *französischen Frankens* sank 1982 um 2,8% gegenüber dem Vorjahr. Auch nach der Abwertung war der Franc zeitweise starkem Druck ausgesetzt. Aus währungspolitischen Gründen nahm die französische Regierung auf dem Euromarkt eine Anleihe von 4 Mrd Dollar auf.

Rückgang des realen Wechselkurses

Italien

Steigende Arbeitslosigkeit und hohe Inflation

Das *reale Bruttoinlandprodukt* lag 1982 schätzungsweise um 0,5% unter dem Vorjahreswert. Im Laufe des Jahres verstärkten sich die rezessiven Tendenzen; die Industrieproduktion erreichte den Vorjahresstand nicht mehr. Der Abbau von Arbeitsplätzen in der Industrie liess die Zahl der Arbeitslosen auf über 2 Mio ansteigen. Ende 1982 lag die Arbeitslosenrate bei rund 9%. Nach einer Abschwächung in der ersten Jahreshälfte zog die Teuerung im Sommer wieder an. Mit durchschnittlich 16,3% lag die Inflationsrate nur wenig tiefer als im Vorjahr.

Nur geringer Zinsrückgang

Die *Banca d'Italia* bewilligte 1982 eine Ausweitung des Kreditvolumens von 13%. Während in den meisten EWS-Ländern die Geldmarktsätze im Laufe des Jahres deutlich zu sinken begannen, kam es in Italien nur zu einem geringfügigen Zinsrückgang. Am Jahresende lagen die Geldmarktsätze bei 19%.

Abwertung im Juni

Die *italienische Währung* wurde im Juni innerhalb des EWS um 2,75% abgewertet. Ihr realer handelsgewichteter Wechselkurs blieb 1982 nahezu konstant.

Japan

Verlangsamtes Wirtschaftswachstum – sinkende Exporte

Das *reale Bruttosozialprodukt* stieg 1982 um ungefähr 2,5% gegenüber dem Vorjahr, womit sich das Wachstum deutlich verlangsamte. Die Industrieproduktion fiel nur geringfügig höher aus als im Vorjahr. Einen deutlichen Einbruch erlitten die Ausfuhren, die real um rund 8% unter den Vorjahresstand fielen. In erster Linie war dies die Folge der weltweit schlechten Konjunkturlage. Daneben dürfte auch der zunehmende Protektionismus in den Industrieländern die japanischen Exporte ungünstig beeinflusst haben. Der Überschuss der Handelsbilanz lag aber mit 6,9 Mrd Dollar nur leicht unter dem Niveau des Vorjahres, da der Exportabnahme ein ebenso deutlicher Rückgang der Importe gegenüberstand. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechterte sich; der Anteil der Arbeitslosen an der aktiven Bevölkerung war jedoch mit durchschnittlich 2,4% im Vergleich zu den anderen Industriestaaten gering. Mit rund 2,6% wies Japan die geringste Teuerung im OECD-Raum auf.

Stabile Zinssätze

Die *Geldmenge M_2* nahm im Jahre 1982 um durchschnittlich 9,2% gegenüber dem Vorjahr zu. Den Banken wurden grosszügige Kreditlimiten eingeräumt. Trotz des sinkenden Zinstrends in den übrigen Ländern blieben die Geldmarktsätze während des ganzen Jahres 1982 relativ stabil; sie bewegten sich um 7%.

Starker Kursrückgang des Yen bis zum Spätherbst

Die *japanische Währung* büsste an den Devisenmärkten im Laufe des Jahres 1982 stark an Wert ein. Zusammen mit der geringen Teuerung in Japan erhöhte dies die Wettbewerbsfähigkeit der japanischen Industrie. Im Laufe des vierten Quartals begann der Kurs des Yen gegenüber allen wichtigen Währungen, besonders aber

gegenüber dem Dollar zu steigen. Der reale handelsgewichtete Wechselkurs des Yen sank um 10,5% gegenüber dem Vorjahr.

Kursverlauf wichtiger Währungen gegenüber dem Dollar



2. Die internationale Währungszusammenarbeit

Zahlungsschwierigkeiten einiger hochverschuldeter Länder

Die im Jahre 1982 aufgetretenen Zahlungsschwierigkeiten hochverschuldeter Länder drohten eine ernste Gefahr für das internationale Finanzsystem zu werden, zumal viele Gläubigerbanken angesichts der schlechten Wirtschaftslage in ihren eigenen Ländern bereits erheblichen Belastungen ausgesetzt waren.

Internationale Kooperation bei der Bewältigung der Schuldenkrise

Durch das Zusammenspiel des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Regierungen der Schuldner- und Gläubigerländer, der Zentralbanken im Rahmen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und der Gläubigerbanken gelang es, eine Ausweitung der Verschuldungsprobleme zu einer Krise des internationalen Finanzsystems zu verhindern. Die Schlüsselrolle kam dabei dem IWF zu, der die Schuldenregelung der einzelnen Länder koordinierte. Unabdingbar war, dass die Gläubigerbanken nicht nur auf einen Rückzug ihrer bestehenden Kredite verzichteten, sondern dass sie zusätzliche Mittel zur Verfügung stellten. Da die Kredite des IWF mit wirtschaftlichen Auflagen verknüpft waren, verging jeweils eine gewisse Zeit, bis ein Beistandsabkommen zwischen dem IWF und dem Schuldnerland abgeschlossen werden konnte. Über die BIZ stellten nationale Währungsbehörden in der Zwischenzeit Überbrückungskredite zur Verfügung. Ferner gewährten Regierungen einiger Gläubigerländer Exportkredite zur Finanzierung von Warenlieferungen in die Schuldnerländer. Dadurch wurde eine abrupte Kontraktion der Handelsströme zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern verhindert.

Kredithilfe nationaler Währungsbehörden im Rahmen der BIZ

Im Laufe des Jahres erhielt Ungarn über die BIZ Überbrückungskredite von insgesamt 510 Mio Dollar. Im Mai trat Ungarn dem IWF bei und war damit in der Lage, ein Beistandsabkommen auszuhandeln. Im August wurde Mexiko ein Überbrückungskredit von 1,85 Mrd Dollar gewährt. Die Hälfte davon gab die BIZ mit der Garantie europäischer Notenbanken, die andere Hälfte die amerikanische Zentralbank. Im Dezember wurde Brasilien ein Kredit in der Höhe von 1,2 Mrd Dollar eingeräumt.

Beistandsabkommen mit dem IWF

Über Beistandskredite des IWF an Mexiko und Brasilien wurde bis Ende 1982 eine grundsätzliche Einigung erzielt; über andere wurde noch verhandelt. Im Laufe des Jahres 1983 werden die Überbrückungskredite der BIZ an Mexiko und Brasilien somit durch IWF-Kredite abgelöst werden. Durch die Kredithilfen, welche der Währungsfonds im Jahre 1982 zusagte, war eine Verknappung seiner verfügbaren Mittel absehbar. Ende Jahr wurden deshalb Gespräche aufgenommen, um die seit einiger Zeit diskutierte achte Quotenerhöhung beim IWF wenn möglich bereits 1984 in Kraft zu setzen.

Ausbau der Allgemeinen Kreditvereinbarungen (GAB)

Ausserdem wurde in Aussicht genommen, die 1962 geschaffenen Allgemeinen Kreditvereinbarungen (General Arrangements to Borrow, GAB), mit denen sich die Länder der Zehnergruppe und die Schweiz verpflichteten, dem IWF bei Bedarf zusätzliche Kredite einzuräumen, auszubauen. Die Mittel aus den GAB sollen zudem nicht mehr ausschliesslich für die Finanzierung von Ziehungen auf den IWF aus dem Kreis der Zehnergruppe, sondern unter bestimmten Voraussetzungen auch zugunsten anderer IWF-Mitglieder verwendet werden können.

C. Die Entwicklung in der Schweiz

1. Der realwirtschaftliche Bereich

Bruttosozialprodukt und industrielle Produktion

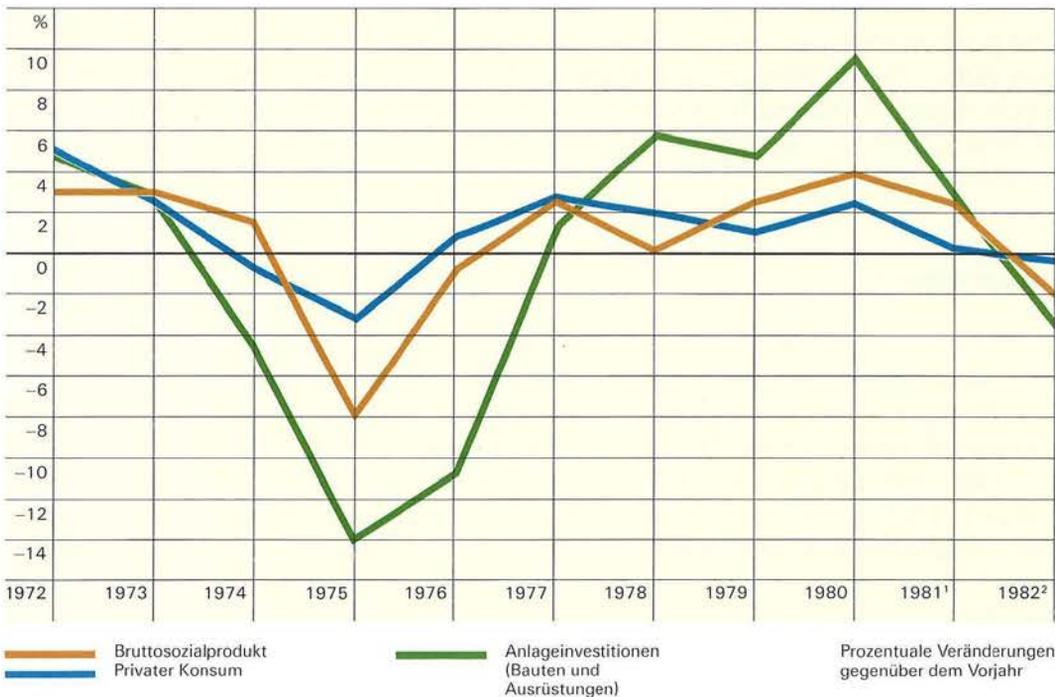
Die Rezession, welche sich bereits Ende 1981 abgezeichnet hatte, prägte im Jahre 1982 die wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz. Das *reale Bruttosozialprodukt* lag gemäss offiziellen Schätzungen um 1,7% unter dem Vorjahresniveau. Die einzelnen Wirtschaftssektoren waren unterschiedlich von der Konjunkturabschwächung betroffen. Verschont blieben bedeutende Bereiche des Dienstleistungssektors. Namentlich die Banken und Versicherungsgesellschaften verzeichneten nach wie vor einen guten Geschäftsgang.

Rückgang des realen Bruttosozialproduktes

In der Industrie machte sich der Konjunkturrückgang hingegen deutlich bemerkbar. Die Auftragseingänge erreichten das Vorjahresniveau bei weitem nicht mehr. Besonders stark bildeten sich in den meisten Industriezweigen die Bestellungen aus dem Ausland zurück. In Anbetracht der sinkenden Auftragsbestände und der steigenden Fertigfabrikatelager drosselten die Unternehmer ihre Produktion. Der Auslastungsgrad der technischen Kapazitäten sank unter 80%, was zusammen mit den um rund 6% gestiegenen Arbeitnehmereinkommen zu einer beträchtlichen Erhöhung der Stückkosten führte. Wegen des Nachfragerückgangs konnten die höheren Kosten nur teilweise auf die Verbraucher überwältzt werden. Die

Deutliche Abschwächung in der Industrie

Reales Bruttosozialprodukt



¹ Vorläufige Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, BFS

² Schätzung der Subkommission Wirtschaftsprognosen der Kommission für Konjunkturfragen vom 16. 12. 1982

Ertragslage der Unternehmungen verschlechterte sich deshalb trotz tieferer Rohstoffpreise und sinkender Zinssätze. Von der Rezession besonders betroffen waren die Uhrenindustrie, Teile der Maschinen-, Metall- und Apparate- sowie der Textilindustrie.

Rückläufige Bau-
konjunktur

Auch die Baukonjunktur schwächte sich im Laufe des vergangenen Jahres ab, wobei der Rückgang weniger ausgeprägt war als in der Industrie. Sowohl das Bauvolumen als auch der Arbeitsvorrat und die Auftragseingänge blieben unter dem – allerdings hohen – Niveau des Jahres 1981. Die Baunachfrage verlief jedoch regional stark unterschiedlich.

Der private Konsum

Bestimmungsgründe
des Konsums

Die wichtigsten Bestimmungsgrößen des *privaten Konsums* entwickelten sich 1982 weniger günstig als im Vorjahr: Das verfügbare Realeinkommen bildete sich trotz des auf Anfang Jahr weitgehend gewährten Teuerungsausgleichs leicht zurück. Der Abbau der Beschäftigung, die sinkenden Einkünfte der Selbständig-erwerbenden und nicht zuletzt die kalte Progression trugen zu dieser Entwicklung bei. Zusammen mit den schlechteren Zukunftserwartungen der Haushalte hatte dies eine geringfügige Abnahme des privaten Konsums von Gütern und Dienstleistungen zur Folge.

Abschwächung der
Konsumnachfrage

Der Konsumrückgang betraf sowohl die dauerhaften als auch die nicht-dauerhaften Güter. Die Nachfrage nach Dienstleistungen, welche zu Beginn des Jahres noch zugenommen hatte, stagnierte in der zweiten Jahreshälfte. Die Zahl der Hotellogiernächte inländischer Gäste unterschritt das Rekordergebnis des Vorjahres um 2,3%.

Investitionen

Rückgang der
Investitionstätigkeit

Die *Investitionstätigkeit* fiel deutlich unter den Stand des Jahres 1981. Von der Abnahme waren die Ausrüstungsgüter stärker betroffen als die Bauten: Während der Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen bereits im zweiten Halbjahr 1981 eingesetzt hatte, schwächte sich die Bautätigkeit erst im zweiten Quartal 1982 ab. Über das ganze Jahr betrachtet sank sie jedoch nicht unter das Niveau der Jahre 1979/80, welches vom Baugewerbe als «normal» eingestuft wird. Die Zahl der neuerstellten Wohnungen lag 1982 sogar nochmals über dem Vorjahresstand. Bei den Baubewilligungen für Wohnungen und bei den Neubewilligten Krediten bewirkte die Rezession jedoch eine Abnahme.

Die Investitionstätigkeit der Unternehmer ging angesichts der ungünstigen Ertragsaussichten und der geringen Kapazitätsauslastung zurück. Die Zahl der Planvorlagen für industrielle und gewerbliche Neu- und Erweiterungsbauten sank, und

die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern schwächte sich ab. Der Arbeitsvorrat in der Maschinenindustrie fiel auf den historischen Tiefststand von 6 Monaten.

Aussenhandel und Ertragsbilanz

Der schweizerische Aussenhandel erreichte im Jahre 1982 die Rekordwerte des Vorjahres nicht mehr. Die Ein- und Ausfuhren bildeten sich wert- und volumenmässig zurück, wobei die Importe dem Werte nach stärker unter das Vorjahresergebnis fielen als die Exporte. Das *Handelsbilanzdefizit* verminderte sich dadurch erneut und betrug bei Einnahmen von 52,7 Mrd Franken und Ausgaben von 58,1 Mrd Franken noch 5,4 Mrd Franken (1981: 7,3 Mrd Franken).

Verbesserte Handelsbilanz

Die nachlassende Auslandnachfrage schlug sich 1982 in einem Rückgang des schweizerischen *Exportvolumens* um 4,4% nieder. Mit Ausnahme der Metallindustrie, deren Exporte leicht zunahmen, führten alle wichtigen Branchen weni-

Rückgang des Exportvolumens

Aussenhandel



ger Güter aus als im Vorjahr. Einen schweren Nachfrageeinbruch erlitt die Uhrenindustrie.

Die OECD-Länder importierten bereits zu Beginn des Jahres real weniger schweizerische Waren als im Vorjahr. Die Exporte in die mit Zahlungsbilanzproblemen kämpfenden Entwicklungsländer bildeten sich hingegen erst in den Sommermonaten zurück. Besonders deutlich sanken im dritten Quartal die Ausfuhren in die OPEC-Staaten, welche ihre Nachfrage infolge der spärlicher fliessenden Einnahmen aus dem Erdölexport drosseln mussten.

Sinkende Importe

Das *Importvolumen* nahm weniger stark ab als das Exportvolumen. Seit dem Monat Juni lag es unter dem Vorjahresniveau. Im Jahresdurchschnitt fielen die realen Importe um 1,8%. Die Abschwächung der Nachfrage machte sich zuerst bei den Einfuhren von Rohstoffen und Halbfabrikaten sowie von Investitionsgütern bemerkbar. Erst im Laufe des Herbstes trat die Wende auch bei den Energieträgern ein. Die Konsumgüterimporte nahmen gegenüber dem Vorjahr nochmals zu.

Ertragsbilanz-
überschuss weiter
angestiegen

Die *Ertragsbilanz*, die neben dem Warenverkehr die übrigen laufenden Transaktionen mit dem Ausland umfasst, wies 1982 bei den Ausgaben einen Rückgang und bei den Einnahmen eine Zunahme auf. Der Überschuss der Ertragsbilanz geht erfahrungsgemäss bei zunehmender Wirtschaftsaktivität zurück und nimmt bei einer Konjunkturabschwächung zu. Der Passivsaldo aus dem Warenverkehr (Spezialhandel, übriger Warenverkehr, elektrische Energie) verminderte sich gegenüber 1981 um rund 2 Mrd auf 6,1 Mrd Franken, während der Aktivsaldo bei den Dienstleistungen mit 8,3 Mrd Franken praktisch unverändert blieb. Bei den Einkommen aus Arbeit und Kapital standen den höheren Zahlungen an ausländische Grenzgänger leicht gestiegene Kapitalerträge gegenüber, so dass der Aktivsaldo wie im Vorjahr rund 7 Mrd Franken betrug. Einschliesslich des nur wenig veränderten Saldos bei den Übertragungen belief sich der Ertragsbilanzüberschuss 1982 gemäss Schätzungen der Kommission für Konjunkturfagen auf 6,9 Mrd Franken (1981: 5,1 Mrd Franken).

Öffentliche Hand

Geringes Defizit des
Bundes

Die *Bundesfinanzrechnung* schloss 1982 bei Ausgaben von rund 19,3 Mrd Franken und Einnahmen von rund 18,9 Mrd Franken mit einem Fehlbetrag von 424 Mio Franken. Wie im Vorjahr lag das Defizit deutlich unter dem budgetierten Betrag. Die Verbesserung gegenüber dem Voranschlag war erneut auf unerwartet hohe Steuereinnahmen zurückzuführen. Im Gegensatz zum Vorjahr überstiegen jedoch auch die Ausgaben die budgetierte Summe.

Zunehmende Defizite
der Kantone im
Jahre 1981

Die *Kantone* tätigten im Jahre 1981 Ausgaben in der Höhe von 23,6 Mrd Franken (gegenüber 1980: +7,8%) und erzielten Einnahmen von 23,3 Mrd Franken (+7,0%). Das Defizit war mit insgesamt 342 Mio Franken deutlich geringer als

budgetiert, jedoch höher als in den beiden Vorjahren. 1982 dürfte es weiter zugenommen haben.

Die Finanzen der *Gemeinden* entwickelten sich mehrheitlich besser als diejenigen von Bund und Kantonen.

Gemeindefinanzen

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Der Konjunkturrückgang führte im Jahre 1982 zu einem Abbau der *Beschäftigung* um durchschnittlich 1% (Vorjahr: +0,9%), was einem Verlust von rund 25 000 Arbeitsplätzen entspricht. Am stärksten waren die Uhrenindustrie (-12%), das Baugewerbe (-6,3%) und die Maschinenindustrie (-4%) betroffen. Im Dienstleistungssektor hingegen nahm der Personalbestand weiter zu (+0,9%). Die Zahl der erwerbstätigen Ausländer wuchs gegenüber dem Vorjahr nur noch verlangsamt. Im Dezember lag sie um 1,7% (1981: 5,7%) höher als ein Jahr zuvor.

Abbau der Beschäftigung

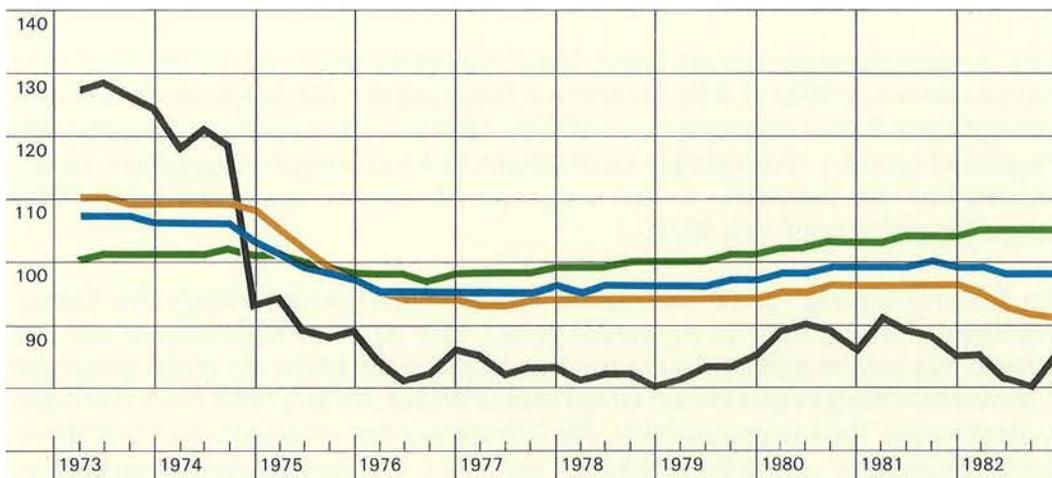
Die *Arbeitslosigkeit* stieg im Jahresverlauf nach Eliminierung der üblichen Saisoninflüsse kontinuierlich an. Im Durchschnitt waren 13 220 Ganzarbeitslose registriert, womit die durchschnittliche Arbeitslosenquote 0,4 % (Vorjahr: 0,2 %) betrug. Am Jahresende lag der Anteil der Arbeitslosen an der aktiven Bevölkerung bei 0,8 % (Dezember 1981: 0,3 %). Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um die Hälfte.

Steigende Arbeitslosigkeit ...

Sinkende Kapazitätsauslastung und zunehmende Unsicherheiten über die zukünftigen Absatzchancen veranlassten zahlreiche Betriebe zur Einführung von *Kurz-*

...und zunehmende Kurzarbeit

Beschäftigung



— Beschäftigte Total
— Beschäftigte Industrie
— Beschäftigte Baugewerbe
— Beschäftigte Dienstleistungen

Index der Originalwerte: 3. Quartal 1975 = 100
 Saisonbereinigt unter Berücksichtigung der Verschiebung des Erhebungsmonats im Bauhauptgewerbe vom zweiten auf den dritten Monat des Quartals
 Quelle: KOF-ETH

arbeit. Durchschnittlich waren 36 611 (Vorjahr: 5704) Arbeitnehmer von Teilzeitslosigkeit betroffen. Dabei handelte es sich mehrheitlich um Beschäftigte der Maschinen- und der Uhrenindustrie.

Preise und Löhne

Nur langsame Erfolge bei der Teuerungs-
bekämpfung auf der
Konsumstufe

Die Inflation bildete sich im vergangenen Jahr leicht zurück. Der Index der *Konsumentenpreise* lag im Jahresdurchschnitt um 5,7% (1981: 6,5%) über dem Vorjahresniveau. Auslandsgüter verteuerten sich um 3,2% (1981: 8,2%), während die Preise für Inlandgüter um durchschnittlich 6,6% (1981: 5,8%) stiegen. Vor allem die ausgeprägten Mietpreiserhöhungen trugen dazu bei, dass der Teuerungsrückgang auf der Konsumstufe geringer als erwartet ausfiel.

Deutliche
Abschwächung des
Anstiegs der
Grosshandelspreise

Stärker als bei den Konsumentenpreisen kam der rückläufige Inflationstrend auf der Grosshandelsstufe zum Ausdruck. Der Index der *Grosshandelspreise* erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um durchschnittlich 2,5% (1981: 5,8%). Die Inlandwaren verteuerten sich auf der Grosshandelsstufe noch um 3,7%, während die Preise der Importwaren auf dem Vorjahresniveau verharrten. Die am Zürcher und am Berner Baukostenindex gemessene Bauteuerung bildete sich ebenfalls deutlich zurück.

Neue Berechnungs-
methode des
Konsumentenpreis-
index ab Anfang 1983

Die mit der Überprüfung des Landesindex der Konsumentenpreise betraute Kommission für Konjunktur- und Sozialstatistik schloss im September 1982 ihre Arbeit ab. In ihrem vom Bundesrat zustimmend zur Kenntnis genommenen Schlussbericht schlug sie den Übergang zu einer neuen Berechnungsmethode des Konsumentenpreisindex ab Anfang 1983 vor. Die infolge der bisherigen Berechnungsweise seit 1977 aufgelaufene Überhöhung der ausgewiesenen Teuerung wurde von der Kommission auf 2,5% geschätzt.

Höhere Reallöhne
wegen Rückbildung
der Teuerung

Die *Arbeitnehmerverdienste* lagen 1982 durchschnittlich um 6,0% über dem Vorjahresniveau (1981: 4,9%). Da sich die Teuerung zurückbildete, resultierte eine geringfügige Reallohnsteigerung von 0,3%. 1981 war noch ein Rückgang um 1,4% registriert worden. Von solchen kurzfristigen Schwankungen abgesehen, veränderten sich die Reallöhne in den vergangenen Jahren kaum. Sie lagen 1982 ungefähr gleich hoch wie 1978.

Kontroverse um
Teuerungsausgleich

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Berechnungsmethode des Konsumentenpreisindex kam es im vergangenen Jahr zu einer Kontroverse um das Prinzip des automatischen Teuerungsausgleichs. Nach härter als üblich geführten Lohnverhandlungen gewährten einige Branchen auf Anfang 1983 nicht mehr den vollständigen Teuerungsausgleich. Als Gründe wurden einerseits die verschlechterte Ertragslage und andererseits die seit 1977 im Konsumentenpreisindex zu hoch ausgewiesenen Preissteigerungen genannt. Zu den tieferen Lohnabschlüssen dürften aber auch die nach unten revidierten Inflationserwartungen und die zunehmende Arbeitslosigkeit beigetragen haben.

Löhne und Preise



2. Geldpolitik und Finanzmärkte

Entwicklung der Notenbankgeldmenge

Steuerung der
Geldmenge im
Zentrum der
Geldpolitik

Seit dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen steht die jährliche Festsetzung eines Geldmengenziels im Zentrum der schweizerischen Geldpolitik. Dabei geht die Nationalbank davon aus, dass eine Ausdehnung der Notenbankgeldmenge um jährlich 2 bis 3% längerfristig ein inflationsfreies Wachstum der schweizerischen Wirtschaft gewährleistet.

Geldmengenziel von
3% weitgehend
erreicht

Die Nationalbank hatte sich für das Jahr 1982 zum Ziel gesetzt, die aus Notenumlauf und Giroguthaben bei der Nationalbank bestehende und um die Ultimokredite bereinigte Notenbankgeldmenge um 3% anwachsen zu lassen. Nachdem sich die Notenbankgeldmenge im Jahre 1981 um 0,5% zurückgebildet hatte, bedeutete diese Zielsetzung den Übergang zu einer weniger restriktiven Geldpolitik. Da sich von der Wechselkursseite her im Laufe des Jahres keine Zielabweichung aufdrängte und auch die Konjunkturabschwächung eher für eine Lockerung des geldpolitischen Kurses sprach, hielt die Nationalbank am gesteckten Ziel fest. Die *bereinigte Notenbankgeldmenge* übertraf im Jahre 1982 das Vorjahresniveau um durchschnittlich 2,6%, womit das angestrebte Geldmengenwachstum weitgehend erreicht wurde.

Zunahme der Giro-
guthaben ab März
1982...

Da der Notenumlauf, welcher rund drei Viertel der Notenbankgeldmenge ausmacht, mit einiger Verzögerung auf Änderungen der Geldpolitik reagiert, äusserte sich der expansivere Kurs der Nationalbank zuerst in einer Erhöhung der Giroguthaben der Wirtschaft bei der Nationalbank. Nach einem länger anhaltenden Rückgang nahmen die Giroguthaben im März 1982 wieder zu und hielten sich – ausser im Monat Juli – bis zum Jahresende über dem Stand von 1981.

... und ab Juni auch
des Notenumlaufs

Die mit der Ausdehnung der Giroguthaben vor allem im ersten Halbjahr einhergegangenen kräftigen Zinssenkungen trugen dazu bei, dass ab Juni 1982 auch der Notenumlauf zunehmend über das Vorjahresniveau zu liegen kam. Insgesamt erhöhte sich der Notenumlauf um durchschnittlich 0,7%, während die Giroguthaben um 9,5% anstiegen.

Zunehmende
Wachstumsraten der
Notenbankgeldmenge

Die stetige Ausdehnung der Geldmenge liess die Wachstumsraten der bereinigten Notenbankgeldmenge im Laufe des Jahres 1982 kontinuierlich ansteigen, ohne dass damit eine zunehmende Lockerung der Geldpolitik verbunden war. Diese Entwicklung kam vornehmlich dadurch zustande, dass die Nationalbank die Geldmenge auch in der zweiten Jahreshälfte weiter ausdehnte und nicht wie im Vorjahr zurückgehen liess («Basiseffekt»).

Entwicklung der bereinigten Notenbankgeldmenge und ihrer Komponenten

Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in Prozent – Quartalsdurchschnitt

Quartal	Notenumlauf	Giroguthaben	Notenbankgeldmenge ¹	Ultimokredite	bereinigte Notenbankgeldmenge ²	
	Mio Fr.	Mio Fr.	Mio Fr.	Mio Fr.	Mio Fr.	Veränderung in %
1978						
1. Quartal	19 039	10 258	29 298	240	29 058	19,2
2. Quartal	19 289	7 704	26 993	450	26 543	9,5
3. Quartal	19 305	7 603	26 907	520	26 387	7,9
4. Quartal	20 264	13 346	33 610	162	33 448	30,1
1979						
1. Quartal	20 682	15 340	36 022	115	35 907	23,5
2. Quartal	20 835	8 477	29 312	377	28 935	9,2
3. Quartal	20 862	8 404	29 266	775	28 491	8,1
4. Quartal	21 814	8 200	30 014	1 164	28 850	-13,6
1980						
1. Quartal	21 817	7 501	29 318	856	28 462	-20,6
2. Quartal	21 580	7 043	28 623	1 026	27 597	- 4,6
3. Quartal	21 417	7 161	28 578	736	27 842	- 2,2
4. Quartal	22 148	7 661	29 809	1 114	28 694	- 0,6
1981						
1. Quartal	22 197	7 005	29 202	914	28 288	- 0,6
2. Quartal	21 910	6 579	28 489	539	27 950	1,3
3. Quartal	21 594	6 669	28 263	548	27 715	- 0,4
4. Quartal	21 947	6 715	28 662	671	27 990	- 2,4
1982						
1. Quartal	21 737	6 672	28 409	475	27 934	- 1,2
2. Quartal	21 751	7 082	28 833	342	28 491	1,9
3. Quartal	21 919	7 052	28 971	399	28 571	3,1
4. Quartal	22 848	7 602	30 450	652	29 799	6,4

¹ Notenbankgeldmenge = Notenumlauf und Giroguthaben bei der Nationalbank

² Bereinigte Notenbankgeldmenge = Notenbankgeldmenge abzüglich Ultimokredite

Entwicklung der weiteren Geldaggregate

Von den drei Geldaggregaten M_1 , M_2 und M_3 wird M_1 , welches den Bargeldumlauf und die inländischen Sichteinlagen bei Banken und beim Postchecksystem umfasst, am unmittelbarsten von der Entwicklung der Notenbankgeldmenge beeinflusst. Zum einen macht der mit dem Notenumlauf weitgehend identische Bargeldumlauf ein gutes Drittel der Geldmenge M_1 aus. Zum anderen wird die Entwicklung der Sichteinlagen stark von den Zinsänderungen beeinflusst, die kurzfristig von Variationen der Notenbankgeldmenge ausgehen. Infolge der relativ starren Verzinsung von Sicht- und Spareinlagen führen Veränderungen der stark auf die Geldpolitik reagierenden Geldmarktsätze zu raschen und beträchtlichen Umlagerungen zwischen den Termineinlagen und den Sicht- und Spareinlagen. Die seit 1979 gesunkenen Sichteinlagen begannen deshalb wie die Noten-

M_1 am unmittelbarsten von Geldpolitik beeinflusst

Entwicklung der Geldaggregate Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in Prozent – Quartalsdurchschnitt

Quartal	Bargeldumlauf ¹		Sichteinlagen ²		Geldmenge M ₁ ³		Quasi-Geld ⁴		Geldmenge M ₂ ⁵		Spareinlagen ⁶		Geldmenge M ₃ ⁷	
	Mrd Fr.	Ver- änderung %	Mrd Fr.	Ver- änderung %	Mrd Fr.	Ver- änderung %	Mrd Fr.	Ver- änderung %	Mrd Fr.	Ver- änderung %	Mrd Fr.	Ver- änderung %	Mrd Fr.	Ver- änderung %
1978														
1. Quartal	18,0	4,1	37,0	14,7	55,0	11,0	23,0	- 0,3	78,0	7,4	96,4	9,9	174,4	8,8
2. Quartal	18,3	4,6	39,1	22,4	57,4	16,1	23,5	- 5,9	80,9	8,7	98,2	10,2	179,1	9,5
3. Quartal	18,2	5,3	37,9	21,7	56,1	15,8	23,6	-13,6	79,6	5,2	99,6	10,8	179,3	8,2
4. Quartal	19,4	8,6	43,8	30,7	63,2	23,0	21,0	-18,9	84,2	9,0	102,2	10,9	186,4	10,0
1979														
1. Quartal	19,5	8,7	46,2	25,1	65,7	19,7	19,5	-15,5	85,2	9,2	106,1	10,0	191,2	9,7
2. Quartal	19,8	8,1	42,8	9,6	62,6	9,1	24,7	5,3	87,3	8,0	107,7	9,6	195,0	8,9
3. Quartal	19,8	8,9	41,5	9,8	61,3	9,5	27,5	16,8	88,8	11,5	108,5	8,9	197,3	10,1
4. Quartal	20,7	7,1	41,0	- 6,4	61,7	- 2,3	31,9	52,5	93,6	11,2	109,3	7,0	203,0	8,9
1980														
1. Quartal	20,5	5,3	37,3	-19,3	57,8	-12,0	44,0	126,7	101,8	19,6	108,3	2,2	210,2	9,9
2. Quartal	20,3	2,9	35,9	-16,1	56,2	-10,1	48,4	96,7	104,7	19,9	104,4	-3,0	209,1	7,2
3. Quartal	20,1	1,7	35,5	-14,6	55,6	- 9,4	47,7	73,7	103,3	16,3	103,3	-4,8	206,6	4,7
4. Quartal	21,1	1,5	38,0	- 7,2	59,0	- 4,3	48,6	53,2	107,6	14,9	104,3	-4,7	211,9	4,4
1981														
1. Quartal	20,8	1,1	35,9	- 3,8	56,6	- 2,0	53,6	21,8	110,2	8,2	106,2	-1,9	216,4	3,0
2. Quartal	20,6	1,4	34,8	- 3,0	55,5	- 1,4	61,4	26,9	116,9	11,7	103,6	-0,8	220,5	5,4
3. Quartal	20,3	0,6	33,3	- 6,1	53,5	- 3,7	67,7	42,0	121,2	17,4	100,7	-2,5	221,9	7,4
4. Quartal	20,6	-2,0	34,2	- 9,8	54,9	- 7,0	68,9	41,7	123,7	15,0	99,3	-4,7	223,1	5,3
1982														
1. Quartal	20,4	-1,6	32,9	- 8,1	53,4	- 5,8	70,8	32,3	124,1	12,7	100,4	-5,5	224,5	3,7
2. Quartal	20,5	-0,5	35,7	2,6	56,2	1,4	67,2	9,6	123,4	5,6	102,8	-0,8	226,2	2,6
3. Quartal	20,5	1,3	35,7	7,3	56,2	5,0	64,7	- 4,5	120,9	-0,3	106,2	5,5	227,1	2,3
4. Quartal	21,6	4,7	39,4	15,3	61,0	11,3	60,9	-11,7	121,9	-1,5	112,8	13,5	234,7	5,2

¹ Bargeldumlauf = Noten und Münzen beim privaten Publikum

² Sichteinlagen = Inländische Sichteinlagen in SFr. des privaten Publikums bei Banken und beim Postcheck

³ Geldmenge M₁ = Bargeldumlauf plus Sichteinlagen

⁴ Quasi-Geld = Inländische Termineinlagen in SFr. plus inländische Sicht- und Termineinlagen in fremder Währung des Publikums bei Banken

⁵ Geldmenge M₂ = M₁ + Quasi-Geld

⁶ Spareinlagen = Inländische Spareinlagen, Depositen und Einlagehefte des Publikums bei Banken

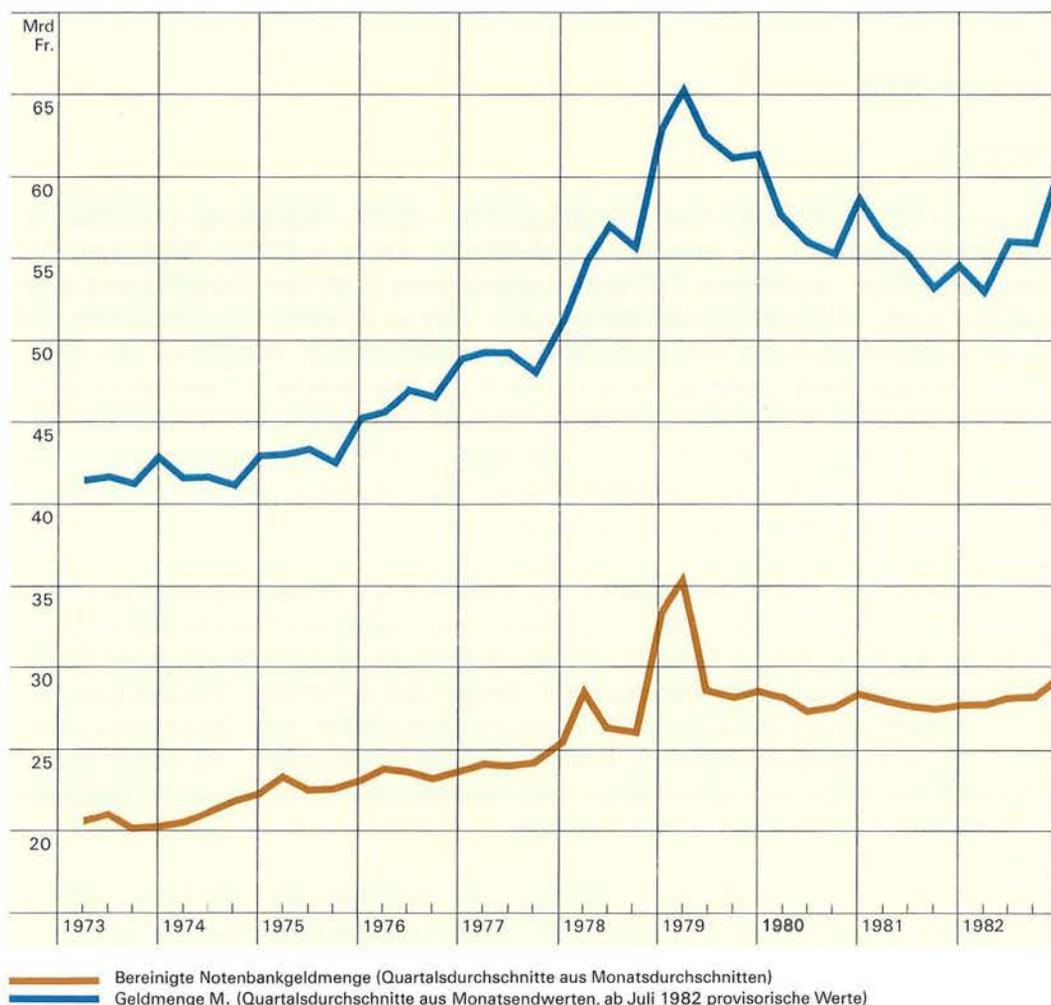
⁷ Geldmenge M₃ = M₂ + Spareinlagen

bankgeldmenge ab März 1982 wieder anzusteigen und lagen ab Mai zunehmend über dem Vorjahresstand. Das Aggregat M_1 , welches im ersten Quartal noch um 5,8% unter dem Niveau des Vorjahres gelegen hatte, verzeichnete in den verbleibenden Quartalen des vergangenen Jahres Zuwachsraten von 1,4%, 5,0% und 11,3%. Im Jahresdurchschnitt erhöhte sich M_1 um 3,7% (1981: -3,5%).

Das Wachstum der Geldmenge M_2 , die ausser M_1 noch die Termineinlagen umfasst, wird kurzfristig vor allem durch die Konjunktur- und Zinsentwicklung in der Schweiz beeinflusst. Der mit Zinssteigerungen verbundene Konjunkturaufschwung von 1980 und 1981 hatte M_2 verhältnismässig stark anwachsen lassen. Mit der Konjunkturabflachung und dem Zinsrückgang im Jahre 1982 begann sich

Abnahme von M_2 in der zweiten Jahreshälfte

Bereinigte Notenbankgeldmenge und Geldmenge M_1



das Wachstum von M_2 wieder zu verringern. Infolge der drastischen Senkung der Geldmarktsätze floss ein Teil der in M_2 enthaltenen Termineinlagen auf Sparhefte zurück. Nach einer deutlichen Zunahme gegenüber dem Vorjahr in den beiden ersten Quartalen des Jahres 1982 fiel M_2 im zweiten Halbjahr unter das Vorjahresniveau. Im Jahresdurchschnitt resultierte eine Zunahme um 4,0% (1981: 13,0%).

M_3 nur noch verlangsamt gewachsen

Die im Vergleich zur Rendite anderer Anlageformen attraktiver gewordene Verzinsung der Sparhefte liess die seit 1980 rückläufigen Spareinlagen im vergangenen Jahr wieder ansteigen. Der Zuwachs ging deutlich über das durch die Umschichtung von Termineinlagen bedingte Volumen hinaus und führte damit zu einer weiteren Zunahme von M_3 . Die Wachstumsrate dieses M_2 und die Spareinlagen umfassenden Aggregats bildete sich aber ebenfalls konjunkturbedingt zurück und betrug im Durchschnitt des Jahres 1982 noch 3,7% (1981: 5,3%).

Finanzmärkte

Geldmarkt

Starker Rückgang der Geldmarktsätze

Der geldpolitische Kurs der Nationalbank und die Abschwächung der inländischen Konjunktur führten in der ersten Jahreshälfte zu einem kräftigen Rückgang der *Geldmarktsätze*. In diesem Zeitraum vergrösserte sich die Zinsdifferenz zum Ausland stark. In den Monaten Mai und Juni kam es zu einer Gegenreaktion und einem vorübergehenden Wiederanstieg der inländischen Zinssätze. Die Geldmarktsätze begannen aber schon kurz vor Ende Juni wieder zu sinken, und der Halbjahresultimo verlief reibungslos. Während der letzten fünf Monate des Jahres schwankte der Zinssatz für dreimonatige Eurofranken um durchschnittlich 3¾%. Die Grossbanken passten ihre Vergütungen für Festgelder in der Regel schnell dem Geschehen am Euromarkt an.

Geringere Beanspruchung des traditionellen Notenbankkredits

Die Nationalbank senkte – teilweise in Koordination mit zinspolitischen Massnahmen anderer Notenbanken – den *Diskontsatz* in drei und den *Lombardsatz* in zwei Schritten. Im Vergleich zur Entwicklung am Geldmarkt wurden die offiziellen Sätze jedoch weniger stark zurückgenommen. Anders als in früheren Phasen konnten damit Diskont- und Lombardkredite an den Monatsenden nicht mehr generell zu unter den Marktsätzen liegenden Zinsen beansprucht werden. Als Folge davon ging die Benützung des traditionellen Notenbankkredits zurück, und die Kontrolle der Notenbankgeldmenge wurde einfacher.

Giroguthaben meist höher als im Vorjahr

Die Girobestände von Banken, Handel und Industrie bei der Nationalbank schwankten um durchschnittlich 7,1 Mrd Franken und lagen ausser in den Monaten Januar, Februar und Juli regelmässig höher als ein Jahr zuvor. Am Jahresresultimo stiegen sie auf 14,0 Mrd Franken (Vorjahr 12,5 Mrd Franken).

Refinanzierungskredite der Nationalbank

Monat	Refinanzierungskredite in Mio Franken, Monatsdurchschnitte							
	Swapkredite		Diskont- und Lombarkredite		Total		davon ultimo- bedingte Refinanzierungskredite ¹	
	(1)		(2)		(3) = (1) + (2)		(4)	
	1981	1982	1981	1982	1981	1982	1981	1982
Januar	9 759	8 485	807	1 027	10 566	9 512	1 260	504
Februar	9 372	7 823	1 021	1 328	10 393	9 151	540	418
März	9 510	8 670	942	882	10 452	9 552	943	503
April	9 269	9 159	1 373	880	10 642	10 039	634	319
Mai	9 319	9 819	1 174	632	10 493	10 451	43	195
Juni	10 089	10 011	1 588	637	11 677	10 648	939	512
Juli	10 056	9 392	1 531	780	11 587	10 172	559	360
August	8 822	9 089	1 181	926	10 004	10 015	493	406
September	7 945	9 676	1 438	612	9 383	10 288	592	432
Oktober	7 687	9 949	1 472	694	9 159	10 643	442	392
November	7 201	11 229	1 635	741	8 836	11 970	250	319
Dezember	10 104	13 829	1 694	694	11 798	14 523	1 322	1 244

¹ Entspricht der Differenz zwischen Notenbankgeldmenge und bereinigter Notenbankgeldmenge.

Devisenmarkt und Wechselkurs

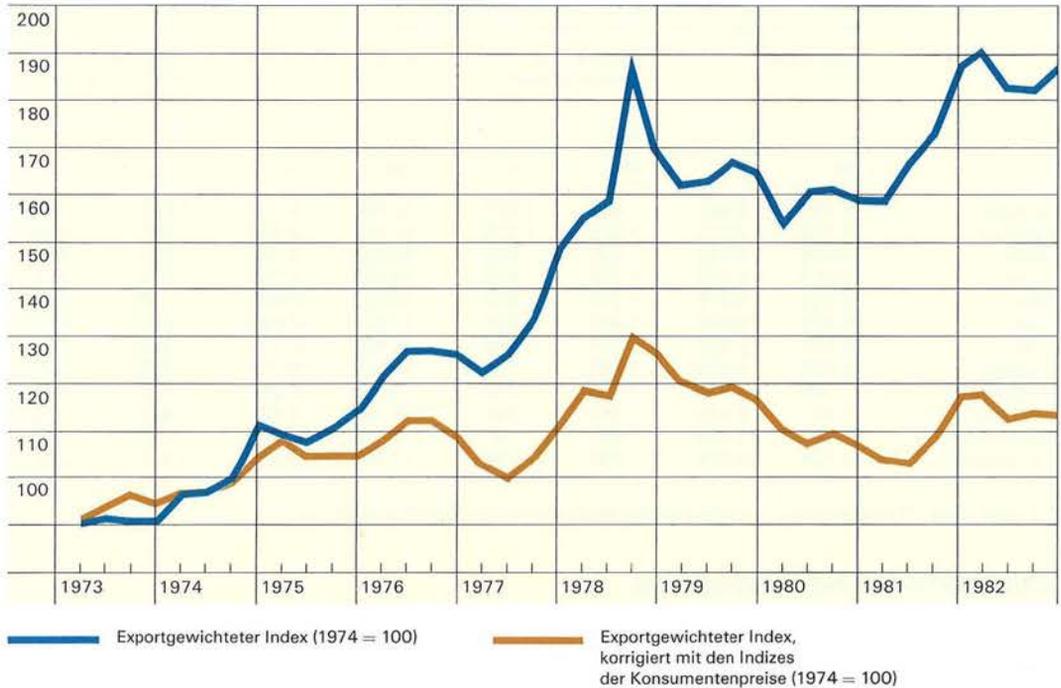
Der Verlauf des nominellen und des realen exportgewichteten *Frankenkurses* im Jahre 1982 lässt sich in drei Phasen unterteilen. Von Januar bis März wertete sich der Franken deutlich auf. Ende März setzte dann eine bis zum Herbst anhaltende Abwärtsbewegung ein, ohne dass der Aussenwert der Schweizer Währung allerdings unter das Vorjahresniveau fiel. Von Oktober bis zum Jahresende schliesslich stieg der Kurs des Schweizerfrankens nominal und real wieder kontinuierlich an. Da der Franken im November und Dezember 1981 ausgesprochen fest notiert hatte, lag er im vierten Quartal 1982 trotz dieser Aufwärtsbewegung zeitweise unter dem Vorjahresniveau. Im Jahresdurchschnitt dagegen übertrafen sowohl der nominelle als auch der reale Wechselkursindex des Schweizerfrankens die im Jahre 1981 registrierten Werte deutlich.

Aussenwert des
Frankens

Gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner entwickelte sich der Frankenkurs uneinheitlich. Bis zum Herbst 1982 gab die Schweizer Währung gegenüber dem Dollar stark nach. Mitte November kam die Höherbewertung der amerikanischen Devisen zum Stillstand und machte einer deutlichen Gegenbewegung Platz. Der Dollar notierte am Jahresende wieder knapp unter 2 Franken (Vorjahr: 1.79), nachdem er Mitte November auf über 2.20 Franken gestiegen war. Auch das Pfund Sterling wertete sich bis zum Herbst auf, fiel aber anschliessend stark zurück und lag am Jahresende mit 3.22 Franken tiefer als ein Jahr zuvor (3.44). Der D-Mark-Kurs stabilisierte sich nach einer deutlichen Befestigung im zweiten Quartal bei rund 85 Rappen. Von den übrigen Währungen wurden der französische Franken, die italienische Lira und der Yen gegenüber dem Schweizerfranken eher zu tieferen Kursen gehandelt, wobei sich der Yen gegen Jahresende jedoch deutlich aufwertete.

Ausgeprägte Höher-
bewertung des Dollars
bis Mitte November

Nominaler und realer Frankenkurs



Kapitalmarkt

Rückgang der Kapitalmarktsätze

Die Zinssätze am Obligationenmarkt entwickelten sich ähnlich wie die Geldmarktsätze. Ausser am Jahresanfang und zur Mitte des Jahres gingen sie ziemlich regelmässig zurück. Die Durchschnittsrendite der Bundesobligationen fiel von 5,4% Anfang Januar auf 4,2% Ende Dezember und erreichte damit den tiefsten Stand seit drei Jahren.

Normalisierung der Zinsstruktur

Die *Kapitalmarktsätze* lagen während des grössten Teils des vergangenen Jahres über den Geldmarktsätzen, nachdem die kurzfristigen Zinssätze im Jahre 1980 und vor allem 1981 vorübergehend deutlich über die langfristigen gestiegen waren. Die Zinsstruktur normalisierte sich im Gleichschritt mit der Ausdehnung der Notenbankgeldmenge und der Abschwächung der Konjunktur.

Diversifizierung des Portefeuilles der Nationalbank

Die Nationalbank begann im März 1982, im Rahmen einer Versuchsphase regelmässig schweizerische Obligationen in bescheidenem Umfang zu erwerben. Bis Ende des Jahres hatte sie Obligationen im Betrag von rund 400 Mio Franken gekauft. Die Nationalbank nimmt in Aussicht, ihre Aktiven allmählich stärker zu diversifizieren und die zuvor fast ausschliesslich durch Devisenoperationen erfolgte Geldschöpfung auf eine breitere Grundlage zu stellen. Die seit März 1982 getätigten Käufe dienen der Abklärung der Frage, ob der schweizerische Obligationenmarkt für diese Politik geeignet ist.

Zinssätze am Jahresende

	Ende 1978 in Prozent	Ende 1979 in Prozent	Ende 1980 in Prozent	Ende 1981 in Prozent	Ende 1982 in Prozent
Offizieller Diskontsatz	1	2	3	6	4 $\frac{1}{2}$
Lombardsatz	2	3	4	7	6
Privatdiskontsatz	3	3 $\frac{1}{2}$	5	8	6
Festgelder					
3– 5 Monate	$\frac{1}{8}$	4 $\frac{3}{4}$	5 $\frac{3}{4}$	8 $\frac{3}{4}$	2 $\frac{1}{2}$
6– 8 Monate	$\frac{1}{4}$	4 $\frac{3}{4}$	5 $\frac{3}{4}$	8 $\frac{1}{2}$	2 $\frac{3}{4}$
9–11 Monate	$\frac{1}{4}$	4 $\frac{3}{4}$	5 $\frac{3}{4}$	8	2 $\frac{3}{4}$
12 Monate	$\frac{1}{2}$	4 $\frac{3}{4}$	5 $\frac{1}{2}$	7 $\frac{3}{4}$	2 $\frac{3}{4}$
Geldmarkt-Buchforderungen gegenüber dem Bund (3 Monate)	–	3,760 ¹	5,552 ²	7,995 ³	2,789 ⁴
Spareinlagen bei Kantonalbanken	2,38	2,00	2,69	3,50	4,00
Kassenobligationen bei Grossbanken					
3 und 4 Jahre	2 $\frac{1}{4}$	3 $\frac{1}{4}$	4 $\frac{1}{2}$	6 $\frac{1}{2}$	4 $\frac{1}{4}$
5 und 6 Jahre	2 $\frac{1}{2}$	3 $\frac{1}{2}$	4 $\frac{3}{4}$	6 $\frac{1}{2}$	4 $\frac{1}{2}$
7 und 8 Jahre	2 $\frac{3}{4}$	3 $\frac{3}{4}$	5	6 $\frac{1}{4}$	4 $\frac{1}{2}$
Anleihen ⁵					
Eidgenossenschaft	–	3 $\frac{3}{4}$	4 $\frac{3}{4}$ ⁶	5 $\frac{3}{4}$ ⁷	4 $\frac{1}{4}$ ⁸
Kantone, Gemeinden	3	3 $\frac{3}{4}$	5–5 $\frac{1}{2}$	6 $\frac{1}{4}$ –6 $\frac{1}{2}$	4–4 $\frac{1}{2}$
Banken	3	4 $\frac{1}{4}$	5	6 $\frac{1}{4}$ –6 $\frac{3}{4}$	4 $\frac{1}{2}$ –4 $\frac{3}{4}$
Kraftwerke	3 $\frac{1}{4}$	4 $\frac{1}{2}$	5 $\frac{1}{4}$	6 $\frac{3}{4}$	4 $\frac{1}{2}$
Industrie	3 $\frac{1}{2}$ –3 $\frac{3}{4}$	4	5 $\frac{1}{4}$	7 $\frac{1}{4}$	5
Durchschnittsrendite der Bundesanleihen	3,02	4,04	4,63	5,39	4,22

¹ Liberierung vom 22. 11. 1979.

² Liberierung vom 18. 12. 1980.

³ Liberierung vom 17. 12. 1981.

⁴ Liberierung vom 16. 12. 1982.

⁵ Zinssätze der im 4. Quartal zuletzt begebenen inländischen Anleihssemissionen.

⁶ Tenderanleihe (Rendite: 4,88%).

⁷ Tenderanleihe (Rendite: 5,40%).

⁸ Tenderanleihe (Rendite: 4,07%).

Die *Nettobeanspruchung* des schweizerischen Kapitalmarktes durch Obligationen- und Aktienemissionen betrug im Jahre 1982 16,2 Mrd Franken (1981: 14,2 Mrd Franken). Einem Rückgang bei den Aktien stand eine weitere deutliche Zunahme bei den Anleihen gegenüber. Der Anteil ausländischer Schuldner an der Neubeaanspruchung des Marktes durch Obligationen nahm erneut leicht zu. Im Inlandsektor erhöhten sich vor allem die Emissionen der öffentlich-rechtlichen Körperschaften sowie der Pfandbriefinstitute.

Erhöhte Nettobeanspruchung des Kapitalmarktes

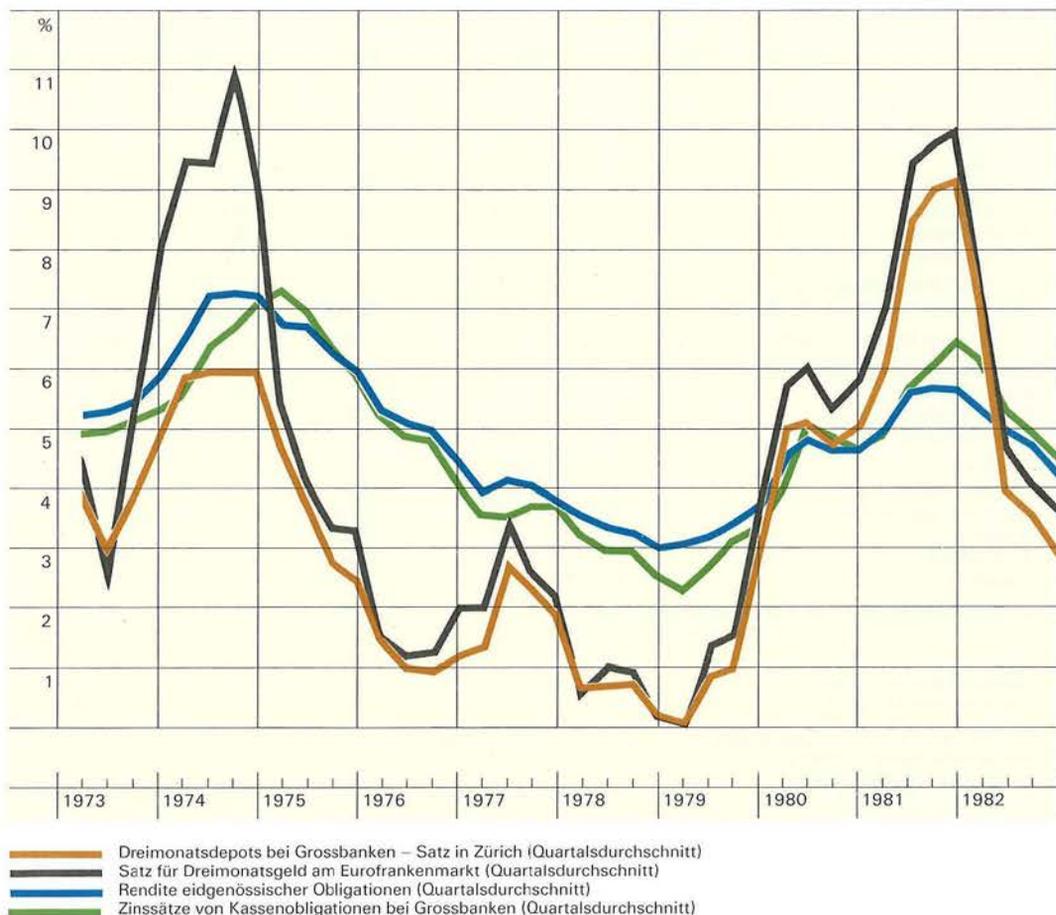
Der Bund legte im Jahre 1982 sechs öffentliche Anleihen auf, die er wiederum im Tenderverfahren ausgab. Aufgrund der Zeichnungen wurden insgesamt 1,4 Mrd Franken zugeteilt. Die Renditen lagen zwischen 5,18 % (Juli) und 4,07 % (November).

Sechs Tenderanleihen des Bundes

Die Nationalbank verzichtete – wie bereits seit dem zweiten Quartal des Vorjahres – auf die Festsetzung eines Emissionsplafonds. Der Totalbetrag der eingegangenen Anleihsengesuche belief sich auf 12,2 Mrd Franken; davon entfielen 9,9 Mrd Franken auf Neugeld und 2,3 Mrd Franken auf Konversionen. Ende

Aufhebung der Emissionskontrolle auf Ende 1982

Geld- und Kapitalmarktsätze



Oktober beschloss der Bundesrat auf Antrag der Nationalbank, die Emissionskontrolle per Ende 1982 aufzuheben (vgl. S. 36).

Zunahme des bewilligungspflichtigen Kapitalexports

Im Jahre 1982 bewilligte die Nationalbank *Kapitalexperte* im Gesamtbetrag von 38 Mrd Franken, was einer Zunahme um 18% entspricht. Zu dieser Erhöhung haben vor allem das Zinsgefälle gegenüber dem Ausland und die wachsende Bedeutung des Finanzplatzes Schweiz als Drehscheibe für längerfristige internationale Kapitalströme beigetragen.

Starker Rückgang der Bankkredite an das Ausland im zweiten Halbjahr

Die Verteilung der Kapitalexportbewilligungen nach Geschäftsarten zeigt eine deutliche Verlagerung von den Bankkrediten auf das Emissionsgeschäft. Auf Kredite, die vielfach der Finanzierung schweizerischer Güterexporte dienen, entfiel ein Anteil von 26% (1981: 40%), auf die Emission mittelfristiger Schuldverschreibungen (Notes) 48% (37%) und auf öffentliche Anleihen 26% (23%). Der Grossteil der Anleihen und Notes wird bei Ausländern plaziert. Der Rückgang der

direkten Auslandskreditgewährung der Banken, der im zweiten Semester sehr ausgeprägt war, hängt einerseits mit der abgeschwächten schweizerischen Exporttätigkeit und andererseits mit den Zahlungsschwierigkeiten zahlreicher Schuldnerländer zusammen, die die Banken vorsichtiger werden liessen.

Nicht nur die Banken, sondern auch die privaten und institutionellen Kapitalanleger begannen vermehrt auf die Bonität der Schuldner zu achten. Zwar konnten ausländische Emittenten öffentliche Anleihen im Betrag von 10 Mrd Franken (+32%) plazieren; sie mussten aber grössere Risikoprämien in Form höherer Zinssätze entrichten. Die Differenz zwischen der Rendite auf Bundesobligationen und derjenigen auf Anleihen ausländischer Schuldner stieg an und war Ende 1982 mit gegen 2 Prozentpunkten fast doppelt so hoch wie zwei Jahre zuvor.

Höhere Risikoprämien

Kapitalexportbewilligungen nach Ländergruppen 1979 – 1982 (in Prozent)

Ländergruppen	1979	1980	1981	1982
Industrieländer	74,1	68,7	71,1	76,7
Entwicklungsländer	10,7	14,7	14,0	9,8
Staatshandelsländer				
– Osteuropa	5,3	3,1	4,2	1,4
– Übrige	0,2	0,5	0,3	–
OPEC	2,6	1,9	1,4	0,3
Internationale Organisationen ¹	7,1	11,1	9,0	11,8
Total in Prozent	100,0	100,0	100,0	100,0
Total in Mrd Franken	26,9	23,3	32,2	38,0

¹ Weltbank, ADB, IDB, EIB, Montanunion, Euratom, Wiedereingliederungsfonds des Europarates.

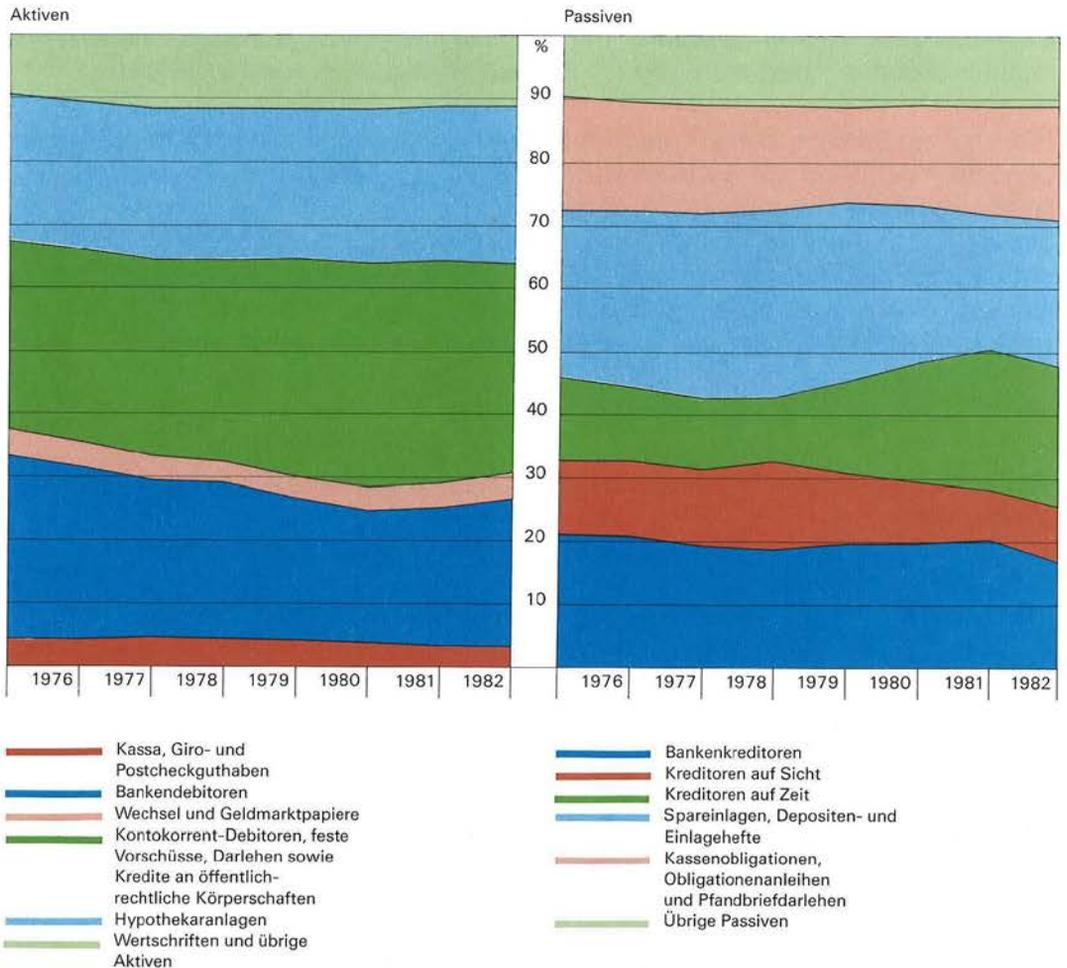
Die Aufteilung der Kapitalexportbewilligungen nach Schuldnergruppen hat sich gegenüber der Vorjahresperiode ebenfalls verändert. Die Quote der Industrieländer stieg 1982 auf 77% (1981: 71%) und der relative Anteil der internationalen Organisationen erhöhte sich auf 12% (9%). Demgegenüber verminderten sich die Anteile der Entwicklungsländer auf 10% (14%) und der Staatshandelsländer auf 1% (4%).

Bankbilanzen

Die Entwicklung der *Bankbilanzen* im Jahre 1982 stand weitgehend unter dem Einfluss der Rezession und des sinkenden Zinsniveaus. Die auffälligsten Veränderungen sind auf der Aktivseite der konjunkturbedingte Rückgang der Kredite und auf der Passivseite das Abflauen des im Jahre 1980 durch den Anstieg der kurzfristigen Zinssätze ausgelösten Festgeldbooms.

Bankbilanzen im Zeichen der Rezession und der sinkenden Zinssätze

Bilanzstruktur von 71 Banken



Abgeschwächtes Bilanzsummenwachstum

Die Bilanzsummen der 71 monatlich erfassten Banken stiegen im Jahre 1982 um 7,2%, verglichen mit einer Zunahme von 9,3% im Vorjahr. Der konjunkturbedingte Wachstumsrückgang kommt in diesen Zahlen nur teilweise zum Ausdruck, weil die im Jahre 1982 erfolgte Höherbewertung des Dollars die in Schweizerfranken ausgedrückten Dollarpositionen der Banken aufblähte.

Aktiven: Verlangsamte Zunahme der Kundenkredite

Ein klareres Bild vermittelt die Entwicklung der einzelnen *Aktivposten*. Die in den Jahren 1979 und 1980 rasch gewachsenen Kundenkredite nehmen seit Mitte 1981 nur noch verlangsamt zu. Im Jahre 1982 stiegen sie gesamthaft um 4,2%, wobei sich die einzelnen Kreditparten (Debitoren, Kredite an öffentlich-rechtliche Körperschaften sowie Hypothekaranlagen) sehr unterschiedlich entwickelten. Ein getreues Abbild der Konjunkturlage geben die Kontokorrentkredite, Vorschüsse und Darlehen in Schweizerfranken an in- und ausländische Schuldner. Sie lagen

Ende 1982 um 3,4% tiefer als ein Jahr zuvor. Besonders deutlich fiel der Rückgang bei den Frankenkrediten an ausländische Schuldner aus (−4,0%), was die rückläufige Nachfrage nach schweizerischen Exportprodukten und die gegenüber vielen Schuldnerländern vorsichtigere Haltung der Banken widerspiegelt. Im Inland gingen die Baukredite stärker zurück als die kommerziellen Kredite. An öffentlich-rechtliche Körperschaften waren Ende 1982 weniger Kredite ausstehend als im Vorjahr (−1,6%).

Infolge der rückläufigen Entwicklung bei den Debitoren stützte sich das inländische Kreditgeschäft hauptsächlich auf die Gewährung von Hypothekarkrediten, welche am Jahresende 9,2% höher als Ende 1981 standen. Die Zunahme der Hypotheken ist weitgehend auf die Konsolidierung der in den Vorjahren stark ausgedehnten Baukredite zurückzuführen. Die Zinssätze auf Neuhypotheken im ersten Rang wurden im Juli um einen halben Prozentpunkt auf 6% gesenkt, womit Alt- und Neuhypotheken in der zweiten Jahreshälfte wieder gleich teuer waren. Zahlreiche Banken kündigten Ende 1982 eine weitere Reduktion des Hypothekensatzes um einen halben Prozentpunkt auf April 1983 an.

Gehaltenes Wachstum der Hypotheken

Angesichts der konjunkturbedingt schwachen Kreditnachfrage plazierten die Banken ihre Mittel vermehrt bei anderen Banken auf dem Euromarkt. Der Posten Bankendebitoren auf Zeit stieg im Jahresvergleich um 20,4%.

Zunahme der Ausleihungen an Banken im Euromarkt

Im ersten Quartal lagen die liquiden Mittel (Kassa, Giro und Postcheck) der Banken im Monatsdurchschnitt als Folge der relativ restriktiven Geldpolitik der Nationalbank noch verhältnismässig tief. Aufgrund der expansiveren Geldpolitik stiegen die liquiden Mittel im weiteren Verlauf des Jahres wieder an und erreichten Ende Dezember fast genau den Vorjahresstand.

Liquidität leicht angestiegen

Bei den *Publikumsgeldern* entfiel der grösste prozentuale Zuwachs auf die zuvor während drei Jahren gesunkenen Sichteinlagen (19,9%). Die Termineinlagen, die sich von 1979 bis 1981 verdreifacht hatten, stiegen nur noch um 6,2%. Die Spar- und Depositeneinlagen nahmen im Jahresvergleich um gesamthaft 17,0% zu. Die Zinssätze auf Spareinlagen verharrten nach einer Erhöhung um ½% im März das ganze Jahr über bei 4%.

Passiven:
Zunahme der Sicht- und Spareinlagen bei gebremstem Wachstum der Festgelder

Der Bestand an ausstehenden Kassenobligationen lag Ende 1982 um 12,4% höher als ein Jahr zuvor, obwohl die Zinssätze auf Kassenobligationen im Jahresverlauf schrittweise von 6½% auf 4¼% für kurze und 4½% für längere Laufzeiten gesenkt wurden. Auch der seit 1979 überdurchschnittlich stark gewachsene Bestand an ausstehenden Obligationen und Pfandbriefen erhöhte sich 1982 erneut kräftig (15,0%).

Mehr Kassenobligationen und Anleiheobligationen

Insgesamt lagen Ende 1982 die Publikumsgelder aus dem Inland um 6,9% und diejenigen aus dem Ausland um 33,8% höher als ein Jahr zuvor.

Infolge des Anstiegs der Publikumsfelder konnten die Verpflichtungen gegenüber Banken insbesondere in der zweiten Jahreshälfte deutlich reduziert werden. Im Jahresvergleich nahmen sie um 16,2% ab.

Zinsbedingt erlahmtes
Treuhandgeschäft

Das *Treuhandgeschäft* der 71 Banken ging 1982 um 6,1% auf 64,0 Mrd Franken zurück. Nach wie vor wurden die Treuhandgelder fast ausschliesslich im Ausland angelegt, wobei sich der Anteil der Dollaranlagen bei gleichzeitigem Rückgang des Frankenanteils ausweitete.

Die Abnahme des Volumens der Treuhandanlagen ist in erster Linie die Folge des Zinsabbaus. Mit dem Rückgang der Dreimonatssätze ab Herbst 1981 war das zuvor rasante Wachstum der Treuhandgelder bereits Anfang 1982 zum Stillstand gekommen. Der Rückgang im Treuhandgeschäft widerspiegelt aber auch das Versiegen der Ertragsbilanzüberschüsse der OPEC-Staaten sowie die zunehmende Vorsicht der Banken gegenüber den Risiken im Treuhandgeschäft.

3. Übrige geld- und währungspolitische Massnahmen

Emissionskontrolle

Stand am 1. Januar
1982

Gemäss Verordnung des Bundesrates über die Emissionskontrolle vom 11. Juli 1979 (Art. 16 g und 16 h NBG) war die öffentliche Ausgabe inländischer Schuldverschreibungen, Aktien, Genussscheine und Papiere ähnlicher Art genehmigungspflichtig. Nicht unter die Bewilligungspflicht fielen die Schuldverschreibungen der Nationalbank sowie Reskriptionen des Bundes.

Aufhebung der
Emissionskontrolle auf
Ende 1982

Auf Antrag der Schweizerischen Nationalbank beschloss der Bundesrat am 27. Oktober 1982, die Emissionskontrolle auf den 31. Dezember 1982 aufzuheben.

Die Kontrolle inländischer Emissionen war Anfang 1973 als Ergänzung zur Kreditbegrenzung auf der Basis von Notrecht eingeführt worden. Bei der Revision des Nationalbankgesetzes im Jahre 1978 fand die Emissionskontrolle in Form einer Kann-Vorschrift Eingang in das ordentliche Recht. Von der Kompetenz, die öffentliche Ausgabe von inländischen Wertpapieren einer Bewilligungspflicht zu unterstellen, machte der Bundesrat mit der Verordnung vom 11. Juli 1979 über die Emissionskontrolle Gebrauch.

In der Zeit von 1975 bis Mitte 1979 konnte die Nationalbank angesichts der guten Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarktes auf eine betragsmässige Begrenzung des Anleihevolumens verzichten. Eine Beschränkung des Neugeldbetrages wurde im dritten Quartal 1979, im dritten und vierten Quartal 1980 sowie im ersten Quartal

1981 verfügt. Seither musste kein Emissionsplafond mehr festgelegt werden. Die konkreten Voraussetzungen, die Art. 16 g des Nationalbankgesetzes an die Weiterführung der Emissionskontrolle stellt, waren damit nicht mehr erfüllt. Mit der Aufhebung der Emissionskontrolle wurde auch die vom Bundesrat eingesetzte Emissionskommission aufgelöst.

Bewilligungspflichtiger Kapitalexport

Aufgrund von Artikel 8 des Bankengesetzes unterliegen die Begebung von Auslandanleihen und mittelfristigen Schuldverschreibungen (Notes) sowie die Gewährung von Krediten an im Ausland domizilierte Schuldner durch Banken und Finanzgesellschaften in der Schweiz einer Bewilligungspflicht, sofern diese Geschäfte den Betrag von 10 Mio Franken (Notes: 3 Mio) erreichen oder übersteigen und ihre Laufzeit ein Jahr oder mehr beträgt. Nicht bewilligungspflichtig sind kurzfristige Kapitalexporte der Banken und Finanzgesellschaften sowie alle Kapitalexporte schweizerischer Nichtbanken.

Rechtliche Grundlage:
Art. 8 des Bankengesetzes

Anfang 1982 galt das Merkblatt über die Kapitalexportbestimmungen vom 1. September 1980/25. November 1981. Auf das Aufstellen eines eigentlichen Emissionsprogramms für Anleihen ausländischer Schuldner verzichtet die Nationalbank seit Anfang 1982; seither koordiniert sie nur noch den Beginn der Emissionen. Der Maximalbetrag von 100 Mio Franken pro Anleihensemission blieb unverändert.

Stand am 1. Januar 1982

Am 1. Juli 1982 traten veränderte Kapitalexportbestimmungen in Kraft, die insbesondere Lockerungen auf dem Gebiet der Notes-Geschäfte brachten. Der Handel mit mittelfristigen Franken-Schuldverschreibungen (Notes) sowie die Verbreitung von Informationen über Notes-Geschäfte unterliegen seither keinen Beschränkungen mehr. Ferner gelten für Notes und für öffentliche Anleihen reduzierte Mindestlaufzeiten. Die Bestimmungen, die der Sicherung von Informationen über die internationale Verwendung des Schweizerfrankens dienen, blieben unverändert bestehen.

1. Juli 1982:
Erleichterungen auf dem Gebiet der Notes-Geschäfte

Mit dieser Revision des Merkblatts wurde der vor Jahren eingeleitete Abbau von Restriktionen fortgesetzt. Die Politik der schrittweisen Liberalisierung trägt dem Umstand Rechnung, dass die Tendenz zur Abwanderung der Schweizerfrankengeschäfte ins Ausland durch administrative Beschränkungen im Inland verstärkt wird.

Mit Wirkung ab 11. November wurden die Kapitalexportbestimmungen nochmals leicht geändert. Ausländische Institute können nunmehr an syndizierten Frankengeschäften generell als Unterbeteiligte («sub-underwriters») mitwirken, sofern sie im Zusammenhang mit diesen Geschäften nicht öffentlich erwähnt werden. Gleichzeitig wurden die Meldepflichten etwas vereinfacht.

11. November 1982:
Zulassung ausländischer Institute als Unterbeteiligte an Frankengeschäften

Das seit anfangs 1982 angewandte Reservations- und Bewilligungsverfahren für öffentliche Anleihen ausländischer Schuldner wird seit 1. Januar 1983 in leicht modifizierter Form weitergeführt.

Mitwirkung der Nationalbank an internationalen Währungs-massnahmen

Mitwirkung an internationalen Kreditaktionen im Rahmen der BIZ

Die Nationalbank beteiligte sich im Jahre 1982 an drei internationalen Kreditaktionen, nämlich an den Überbrückungskrediten verschiedener Notenbanken im Rahmen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) für Mexiko, Ungarn und Brasilien (siehe Abschnitt B.2.). Im ersten Fall ist die Nationalbank am Totalbetrag von 1,85 Mrd Dollar mit einer Garantiezusage von 25 Mio Dollar beteiligt, im Falle Ungarns mit 50 Mio Dollar an einem Gesamtbetrag von 300 Mio Dollar. Ausserdem stellte die BIZ Ungarn weitere Fazilitäten im Betrag von 210 Mio Dollar zur Verfügung, an denen sich die Nationalbank nicht beteiligte. Am BIZ-Kredit für Brasilien von 1,2 Mrd Dollar partizipiert die Nationalbank mit 30 Mio Dollar. Für alle drei Überbrückungskredite erhielt die Nationalbank eine Garantie des Bundes gemäss Bundesbeschluss über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmassnahmen.

Gespräche über den Ausbau der Allgemeinen Kreditvereinbarungen

Im weiteren war die Nationalbank auch an den im Rahmen der Zehnergruppe aufgenommenen Gesprächen über einen Ausbau der Allgemeinen Kreditvereinbarungen (GAB) mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) beteiligt.

Die zum grössten Teil bereits aus früheren Jahren bestehenden Kreditzusagen und Beteiligungen der Nationalbank an internationalen Währungsmassnahmen waren Ende 1982 wie folgt beansprucht:

	Zusage	Ausstehend	
		Ende 1981	Ende 1982
1. Swap-Vereinbarungen			
Federal Reserve Bank of New York	4 Mrd \$		
Bank of Japan	200 Mrd Yen		
BIZ	600 Mio \$		
2. Multilaterale Kredite			
GAB	865 Mio SFr.		
Ölfazilitäten des IWF ¹	250 Mio SZR	74,7 Mio SZR	17,3 Mio SZR
«Witteveen»-Fazilität des IWF	650 Mio SZR	322,2 Mio SZR	449,9 Mio SZR
Notenbankkredite 1981 an IWF	150 Mio SZR	40,6 Mio SZR	40,6 Mio SZR
3. Bilaterale Kredite			
Portugal ²	30 Mio \$	30 Mio \$	30 Mio \$
Türkei ²	45,5 Mio \$	45,5 Mio \$	45,5 Mio \$
4. Garantiezusagen			
Mexiko ²	25 Mio \$		19,8 Mio \$ ³
Ungarn ²	50 Mio \$		50,0 Mio \$
Brasilien ²	30 Mio \$		12,5 Mio \$ ³

¹ Teilweise mit Bundesgarantie.

² Mit Bundesgarantie.

³ Ende 1982 waren die Kredite noch nicht vollumfänglich gezogen.

Vereinbarung über die Sorgfaltspflicht der Banken

Die Schweizerische Nationalbank und die Schweizerische Bankiervereinigung verlängerten am 1. Juli 1982 die «Vereinbarung über die Sorgfaltspflicht der Banken bei der Entgegennahme von Geldern und über die Handhabung des Bankgeheimnisses» (VSB) für die Dauer von fünf Jahren. Die Regeln einer den guten Sitten entsprechenden Bankführung wurden bei dieser Gelegenheit verdeutlicht und teilweise ergänzt. Die Änderungen sind vom Bestreben geleitet, die anonyme Anlage von Vermögenswerten im schweizerischen Bankensystem weiter zu erschweren; sie haben ihren Schwerpunkt im Bereich der Prüfung der Identität des Bankkunden.

1. Juli 1982: Verlängerung der Vereinbarung über die Sorgfaltspflicht der Banken

Die sorgfältige Prüfung der Identität sowohl des Vertragspartners als auch des an einem Konto oder Depot wirtschaftlich Berechtigten bildet eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die Banken ihre gesetzlichen Zeugnis- und Auskunftspflichten, namentlich gegenüber den Strafverfolgungsbehörden, erfüllen können. Die Auskunfterteilung ist gefährdet, wenn der Bankkunde durch Verschieben einer Drittperson relevante Informationen dem Zugriff der Behörden entzieht. Der Kreis der Berufsgeheimnisträger, die den wirtschaftlich Berechtigten gegenüber der Bank nicht offenlegen müssen, wurde deshalb gegenüber der früheren Regelung stärker beschränkt. Um ferner das Inverkehrbringen von Geldern krimineller Herkunft zu erschweren, haben die Banken sich neu verpflichtet, die Identität des Kunden auch bei Bargeschäften am Schalter zu prüfen, falls die getätigten Geschäfte einen bestimmten Betrag übersteigen.

Einschränkung des Kreises der Berufsgeheimnisträger

Die Vermietung von Schrankfächern unterscheidet sich von der Eröffnung eines Kontos oder Depots dadurch, dass die Bank keinerlei Kenntnis von Art und Umfang der Vermögenswerte besitzt, die bei ihr aufbewahrt werden. Hier sieht die neue Vereinbarung neben der Identitätsprüfung des Mieters auch eine Beurteilung seiner Vertrauenswürdigkeit vor.

Prüfung der Vertrauenswürdigkeit bei Vermietung von Schrankfächern

Das Verbot der aktiven Beihilfe zur Kapitalflucht wurde präzisiert. So ist den Banken das Führen von Konten oder Depots für inländische Personen oder Gesellschaften, die ihre Konten in erkennbarer Weise für die gewerbsmässige Kapitalfluchthilfe benutzen, nicht mehr erlaubt. Ausdrücklich als unzulässig erklärt wird zudem die Mitwirkung von Banken an Kompensationsgeschäften im Ausland.

Präzisierung des Verbots der aktiven Beihilfe zur Kapitalflucht

Nach wie vor haben die bankengesetzlichen Revisionsstellen die Einhaltung der Vereinbarung stichprobenweise zu überprüfen und Verstösse bzw. den begründeten Verdacht von Verstössen einer für die Überwachung der Vereinbarung zuständigen Schiedskommission zu melden. Das Verfahren vor der Schiedskommission wurde in verschiedenen Punkten anders ausgestaltet. Sitz und Sekretariat der Schiedskommission befinden sich nunmehr in Bern.

Die nochmalige Mitwirkung der Nationalbank an der Festlegung und Überwachung von Standesregeln für die Banktätigkeit bedeutet nicht, dass damit eine definitive Lösung getroffen wurde. Es obliegt dem Bundesrat und den eidgenössischen Räten, im Rahmen der Revision des Bankengesetzes zu prüfen, ob und gegebenenfalls welche Teile der Vereinbarung gesetzlich zu ordnen sind.

D. Die Geschäftstätigkeit der Nationalbank

1. Devisen-, Geldmarkt- und Kapitalmarktgeschäfte

Devisengeschäfte

Die Devisengeschäfte der Nationalbank umfassen Devisenoperationen, d.h. Käufe und Verkäufe von Devisen, die im wesentlichen geld- und währungspolitischen Zwecken dienen, sowie Devisenanlagen.

Devisenswaps

Devisenswaps waren auch im Berichtsjahr das Hauptinstrument der Geldpolitik. Sie wurden zu Marktbedingungen abgeschlossen, d.h. der Terminabschlag entsprach ziemlich genau der Differenz der betreffenden Euromarktsätze. Die Swaps wurden jeweils – im Rahmen der geldpolitischen Zielvorstellungen – teilweise oder ganz erneuert und nach Bedarf aufgestockt. Im Berichtsjahr wurden weniger Swaps mit Laufzeit unter einer Woche abgeschlossen als 1981. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Banken den Diskont- und Lombardkredit an den Monatsenden weniger stark beanspruchten und die Nationalbank Swaps nicht mehr auf die Monatsenden terminieren musste, um die Beanspruchung des Diskont- und Lombardkredits über den Ultimo durch Verzicht auf Erneuerung der Swaps kompensieren zu können.

Entwicklung im Jahre
1982

Dollar / Franken-Swaps

Jahresmittel in Mio Franken	1981	1982
Mit Laufzeit von:		
bis 1 Woche	1 271	662
über 1 Woche bis 1 Monat	881	1 315
über 1 Monat bis 2 Monate	1 005	1 443
über 2 Monate bis 3 Monate	1 543	3 337
über 3 Monate bis 6 Monate	4 381	3 003
über 6 Monate bis 12 Monate	14	–
Total	9 094	9 761

Übrige Devisenoperationen

Die Nationalbank führte auch 1982 – neben dem Abschluss von Devisenswaps – verschiedene andere Devisenoperationen durch (vgl. Tabelle auf S. 42). Diese umfassen die Interventionen, die im Berichtsjahr allerdings praktisch bedeutungslos waren. Stärker ins Gewicht fielen die Devisengeschäfte mit internatio-

Entwicklung im Jahre
1982

nalen Organisationen. Sie bestanden im wesentlichen aus Käufen von Franken, die internationale Organisationen im Markt aufgenommen hatten und gegen fremde Währung an die Nationalbank abgaben. Relativ bedeutend waren im Berichtsjahr auch die Verkäufe von Devisen an den Bund (einschliesslich PTT, SBB, AHV), die für Auslandzahlungen verwendet wurden. Devisenabgänge aus Geschäften mit Notenbanken, internationalen Organisationen und dem Bund werden seit Juni 1982 von der Nationalbank im Markt zurückgedeckt.

Bewertung

Die Devisenoperationen sind mit geringfügigen Ausnahmen zu Abschlusskursen bewertet.

Devisenoperationen im Jahre 1982 (ohne Swaps)

Näherungswerte in Mio Franken	Eingang	Ausgang	Veränderung
Interventionen		106	– 106
Fällige Termingeschäfte		52	– 52
Devisengeschäfte mit Notenbanken	916		+ 916
Devisengeschäfte mit internationalen Organisationen	46	3 720	– 3 674
Devisenzahlungen für den Bund		2 105	– 2 105
Fremdwährungsrückdeckungen	3 260	42	+ 3 218
Übrige währungspolitische Transaktionen	600	127	+ 473
Total	4 822	6 152	– 1 330

Devisenanlagen

Anlageform

Der Devisenbestand der Nationalbank ist zu einem kleineren Teil in Sichtguthaben und zum grösseren Teil in leicht realisierbaren Forderungen im Ausland, insbesondere auf dem amerikanischen Geldmarkt, angelegt. Die Swap-Dollars werden in der Regel fristenkongruent plaziert. Bei den eigenen Devisen sind die Fälligkeiten über zwölf Monate gestreut. Die Devisenanlagen sind in erster Linie auf Liquidität und Sicherheit und nur in zweiter Linie auf Ertrag ausgerichtet.

Bewertung

Die Bewertung der Devisenanlagen, einschliesslich der Diskontpapiere, erfolgte Ende des Berichtsjahres zum Fremdwährungs-Einstandswert – höchstens aber zum Fremdwährungs-Nominalwert. Da die Diskontpapiere bis vor Erstellung der Jahresschlussrechnung 1982 zum Nominalwert, d.h. einschliesslich des Dis-

konts, in den Devisen enthalten waren, reduzierte sich der Inventarwert des Devisenbestandes am Jahresende um 984 Mio Franken. In den Vorjahren waren die Diskontbeträge für die Restlaufzeit der Anlagen am Jahresende jeweils unter den sonstigen Passiven enthalten. Ziel der Änderung der Buchungsmethode war, die Überhöhung der Position Devisen zu korrigieren.

Beim überwiegenden Teil der auf Sonderziehungsrechte (SZR) lautenden Forderungen – der Beteiligung an der Ölfazilität, der «Witteveen»-Fazilität und der Kreditzusage an den IWF von Juni 1981 – ist das SZR lediglich Rechnungseinheit. Bei den SZR-Sichtguthaben ist das SZR dagegen echtes Zahlungsmittel. Zu Zahlungszwecken kann es allerdings nur im Verkehr mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und den Währungsbehörden seiner Mitgliedländer verwendet werden. Obwohl die Schweiz nicht Mitglied des IWF ist, wurde die Nationalbank am 18. April 1980 – als sog. «other holder» – ermächtigt, Transaktionen in SZR durchzuführen. Die SZR-Transaktionen der Nationalbank blieben auch im Berichtsjahr bescheiden.

SZR-Transaktionen

Devisenanlagen (einschliesslich Swaps)

in Mio Franken, Jahresende	1981	1982	Veränderung
US-Dollars			
– amerikanische Staatspapiere und übrige Anlagen in den USA	21 927,3	24 847,1	+ 2 919,8
– Anlagen bei ausländischen Währungsbehörden und am Euromarkt	1 957,3	4 848,5	+ 2 891,2
Auf Sonderziehungsrechte (SZR) lautende Forderungen	912,3	1 111,2	+ 198,9
Übrige Währungen	695,9	1 060,0	+ 364,1
SZR-Sichtguthaben beim IWF	2,0	6,0	+ 4,0
Total	25 494,8	31 872,8	+ 6 378,0

Geldmarktgeschäfte

Neben Devisenswaps, die auch als Geldmarktgeschäfte angesehen werden können, sind vor allem die Diskont- und Lombardkredite (sog. traditionelle Notenbankkredite) von Bedeutung. Zu den Geldmarktgeschäften zählen ferner die Weiterplazierung von Bundesmitteln sowie Ausgabe und Rücknahme eigener Schuldverschreibungen.

Geschäftsarten

Der Diskontkredit wird im wesentlichen in Form der Pensionierung von Pflichtlagerwechseln gewährt. Bei Pensionierungen erwirbt die Nationalbank von den

Diskontkredit: Pflichtlagerwechsel

Banken Pflichtlagerwechsel und verkauft sie der einreichenden Bank gleichzeitig auf Termin zurück. Normalerweise wird für diese Transaktionen der Spezialdiskontsatz angewendet, der bei Ausstellung des Wechsels galt. Die Pensionierungsdauer beträgt in der Regel fünf Tage. In verhältnismässig bescheidenem Umfang gibt die Nationalbank auch direkt Pflichtlagerkredite an Firmen, die Pflichtlager halten.

Beanspruchung des Diskontkredits

Jahresmittel in Mio Franken	1981	1982
Pflichtlagerwechsel	902,7	642,4
Kommerzielle Wechsel	37,6	14,1
Geldmarkt-Buchforderungen	10,2	7,8
Obligationen	12,8	3,4
Total	963,3	667,7

Ultimofinanzierung

Der Diskontkredit wird vor allem am Monatsende benutzt. Höchststände werden jeweils an den Quartals- und insbesondere an den Jahresenden erreicht. (Weitere Zahlenangaben finden sich im Anhang.) Am Quartalsende ist auch die Diskontierung von Geldmarkt-Buchforderungen des Bundes möglich. Die Ankaufspreise werden von der Nationalbank auf Anfrage bekanntgegeben.

Lombardkredit

Der Lombardkredit ist ähnlich wie der Diskontkredit ein Mittel zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe im Bankensystem. Auch er spielt vor allem am Monatsende eine Rolle. Im Jahre 1982 betrug die durchschnittliche Beanspruchung des Lombardkredits 226,5 Mio (1981: 408,0 Mio) Franken. Sowohl der Diskont- als auch der Lombardkredit wurden im laufenden Jahr aus Kostengründen weniger stark beansprucht als im Vorjahr. Die Nationalbank passte die offiziellen Sätze im Berichtsjahr nur teilweise dem Rückgang der Marktsätze an. Im Unterschied zum Vorjahr waren Diskont- und hauptsächlich Lombardkredite am Monatsende daher oft nicht mehr billiger als die auf Marktsätze ausgerichteten Swapkredite.

Weiterplazierung von Bundesgeldern

Zu den Geldmarktgeschäften der Nationalbank zählt auch die Weiterplazierung von Bundesgeldern im Markt. Eine Vereinbarung mit dem Bund erlaubt der Nationalbank, die bei ihr angelegten Festgelder des Bundes auf dessen Rechnung im Markt anzulegen. Da das Bundeskonto sowohl während des Monats als auch im Jahresablauf starken Schwankungen unterliegt, die die Giro Guthaben der Banken erhöhen oder senken, ist die Weiterplazierung von Bundesgeldern ein nützliches Instrument zur Steuerung der Notenbankgeldmenge.

Die Nationalbank kann verzinsliche Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von höchstens zwei Jahren ausgeben und zurücknehmen. Dieses Instrument wurde auf der Grundlage des revidierten Nationalbankgesetzes von 1979 geschaffen und soll in erster Linie der Offenmarktpolitik dienen. Der Betrag an ausstehenden Schuldverschreibungen blieb auch im Berichtsjahr sehr bescheiden. Alle Titel befanden sich im Besitze einer ausländischen Währungsbehörde, welche die Schuldverschreibungen im Rahmen der internationalen monetären Zusammenarbeit erworben hatte. Die inländische Geldversorgung wurde dadurch nicht beeinflusst.

Schuldverschreibungen
der SNB

Schuldverschreibungen der Schweizerischen Nationalbank

in Mio Franken

Bestand Ende 1981	500
Rückzahlung per 8. Juli	– 100
Rückzahlung per 31. August	– 150
Bestand Ende 1982	<u>250</u>

Kapitalmarktgeschäfte

Für die Steuerung der Notenbankgeldmenge spielte der Kauf und Verkauf von Wertschriften (Offenmarktpolitik) bisher kaum eine Rolle. Im März 1982 begann die Nationalbank im Rahmen einer Versuchsphase, vermehrt inländische Wertpapiere zu kaufen (vgl. S.30). Bis Ende 1982 erwarb sie Wertschriften im Gesamtwert von nominal 402 Mio Franken. Diese Käufe setzen sich in erster Linie aus Obligationen von Kantonen, Gemeinden und Banken sowie aus Pfandbriefen zusammen.

Vermehrte Wertschriftenkäufe im Jahre
1982

Die eidgenössischen Titel sind mit 80%, die übrigen mit 70% ihres Nominalwerts bilanziert.

Bewertung

Diese Wertschriften werden, sofern ihre Restlaufzeit höchstens zwei Jahre beträgt, in die Notendeckung einbezogen.

Deckungsfähige
Wertschriften

Wertschriftenbestand

Entwicklung des
Wertschriftenbestands

Nominalwert am Jahresende in Mio Franken	1981	1982
1. deckungsfähige		
Eidgenossenschaft	44,8	49,3
Kantone	–	4,0
Gemeinden	–	2,7
Banken	–	2,2
Pfandbriefinstitute	–	3,8
	44,8	62,0
2. andere		
Eidgenossenschaft	896,0	866,7
Kantone	125,4	271,5
Gemeinden	68,6	124,2
Banken	50,5	130,6
Pfandbriefinstitute	135,0	226,0
	1 275,5	1 619,0
Total	1 320,3	1 681,0

2. Zahlungsverkehr

Beitrag der
Nationalbank

Die Erleichterung des Zahlungsverkehrs gehört zu den Hauptaufgaben der Nationalbank. Diese gibt einerseits die Noten aus und verteilt im Auftrag des Bundes auch die Münzen. Andererseits steht die Nationalbank auch im Zentrum des bargeldlosen Zahlungsverkehrs (Nationalbankgiro und Bankenclearing). Im Gespräch mit den Hauptträgern – Banken und PTT – bemüht sich die Nationalbank ausserdem um die Klärung von Fragen im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Zahlungsverkehrssystems.

Noten- und Münzumsatz

Notenumlauf

Entwicklung im Jahre
1982

Der Notenumlauf, der rund drei Viertel der Notenbankgeldmenge ausmacht, erreichte im Durchschnitt des Jahres 1982 22,1 Mrd Franken. Im Vergleich zum Vorjahr nahm er um 0,2 Mrd Franken oder um 0,7% zu (vgl. auch Tabellen im Anhang). Er wies auch 1982 die üblichen Schwankungen im Monatsverlauf auf.

Der tiefste Wert wurde mit 21,1 Mrd Franken am 18. Februar festgestellt. Den Jahreshöchststand erreichte der Notenumlauf mit 25,1 Mrd Franken am 23. Dezember.

Das Notenangebot wird von der Nationalbank – im Gegensatz zur gesamten Notenbankgeldmenge – nicht direkt gesteuert, sondern entspricht der Nachfrage der Wirtschaft. Die Nachfrage bestimmt auch die Stückelung der Banknoten. Im Berichtsjahr war eine leichte Verschiebung von den 500- zu den 100-Franken-Noten festzustellen.

Stückelung der Banknoten

Notenumlauf nach Abschnitten

in Mio Franken, Jahresmittel der Ausweiswerte								
Abschnitte zu Franken	1 000	500	100	50	20	10	5	Total
1981	8 860,7	4 232,5	6 628,2	1 030,3	750,2	426,1	9,0	21 937,0
1982	8 929,3	4 145,2	6 766,1	1 051,5	768,5	432,3	9,0	22 101,9
Prozentuale Verteilung								
1981	40,39	19,29	30,22	4,70	3,42	1,94	0,04	100
1982	40,40	18,75	30,61	4,76	3,48	1,96	0,04	100

Die Deckung des Notenumlaufs, bezogen auf die gesamten deckungsfähigen Aktiven, betrug Ende des Jahres 194,4%. Die Deckung des Notenumlaufs durch Gold allein betrug im Maximum 56,54% (18. Februar), im Minimum 47,47% (23. Dezember) (zum gesetzlich festgelegten Preis von Fr. 4595,74 pro Kilogramm bewertet).

Notendeckung

Deckung des Notenumlaufs

in Mio Franken, Ende 1982		
Gold		11 903,9
Übrige deckungsfähige Aktiven:		
Devisen	31 872,8	
Sonderziehungsrechte	6,3	
Inlandportefeuille	2 188,1	
Lombardvorschüsse	1 559,6	
Deckungsfähige Wertschriften	48,3	35 675,1
Gesamte Notendeckung		47 579,0

Notenausgabe und -vernichtung	Im Jahre 1982 setzte die Nationalbank rund 90,5 Mio druckfrische Noten im Nennwert von 8,1 Mrd Franken in Verkehr. Andererseits wurden 69,8 Mio beschädigte oder zurückgerufene Banknoten im Nominalwert von 5,6 Mrd Franken vernichtet.
Zurückgerufene Noten	Am 1. Mai 1980 wurden alle Noten der 5. Emission (Ausgabe 1956/57) und die 5-Franken-Note der 2. Emission (Ausgabe 1914) zurückgerufen. Am Ende des Berichtsjahres waren davon noch Noten im Wert von insgesamt 0,9 Mrd Franken ausstehend (1981: 1,1 Mrd Franken). Die Nationalbank ist verpflichtet, die zurückgerufenen Noten bis zum 30. April 2000 zum Nennwert umzutauschen.
Organisation der Bargeldverteilung	Notenausgabe und Münzverteilung erfolgen über die Sitze Bern und Zürich, die acht Zweiganstalten und die 17 fremden und eigenen Agenturen der Nationalbank. Eine wichtige Aufgabe erfüllen die Korrespondenten: Die betreffenden Banken regeln im Auftrag der SNB den lokalen Geldausgleichsverkehr mit PTT- und SBB-Stellen, d.h. sie nehmen von diesen überschüssiges Bargeld entgegen oder treten ihnen benötigtes Bargeld ab. Auf diese Weise wird der Bargeldversand vermindert. Die Zahl der Korrespondenten erhöhte sich 1982 im Vergleich zum Vorjahr von 579 auf 581 Einheiten. Die Zahl der Domizilorte stieg von 430 auf 433.

Münzen

Pflichten der Nationalbank	Die Ausübung der mit dem Münzregal verbundenen Rechte steht dem Bund zu. Die Münzen werden von der dem Bund unterstellten Eidgenössischen Münzstätte geprägt. Die Münzverteilung ist seit 1. April 1981 Aufgabe der Nationalbank.
Neue Münzen	Im Jahre 1982 gab die Nationalbank im Auftrag und für Rechnung des Bundes neben den für den Zahlungsverkehr bestimmten Münzen 1,2 Mio Gedenkmünzen «100 Jahre Gotthardbahn» und 24 000 Münzsätze 1981 aus.
Münzumsatz	Der Münzumsatz belief sich im Jahresdurchschnitt der Ausweistage auf 1,25 Mrd Franken.

Bargeldloser Zahlungsverkehr

Wichtigste Transfersysteme	Nationalbankgiro, Postcheck und Bankenclearing sind die wichtigsten Systeme zur Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Die verschiedenen Einrichtungen sind miteinander verflochten und ergänzen sich gegenseitig.
Nationalbankgiro	Im Rahmen des Nationalbankgiro führt die Nationalbank Girorechnungen für Banken, grosse Handels- und Industrieunternehmen, den Bund, ausländische Geschäfts- und Notenbanken sowie internationale Institutionen. Bei den Girorech-

nungen handelt es sich um unverzinsliche, täglich fällige Verbindlichkeiten der Nationalbank. Die Hauptrolle spielen die Girokonten der Banken, über die die Hauptströme des Zahlungsverkehrs unter den Banken fließen. Die Zahl der Girorechnungen betrug Ende 1982 insgesamt 1247 (1981: 1257). Davon waren 122 (119) Rechnungen ausländischer Adressen.

Über das Nationalbankgiro sind auch das Banken- und Postchecksystem miteinander verbunden. Banken können ihre Postcheckguthaben an die Nationalbank überweisen und ihrem SNB-Girokonto gutschreiben lassen. Durch diese Überweisungen werden Postcheckguthaben zu Giroguthaben bei der Nationalbank und sind innerhalb des Nationalbankgirosystems übertragbar. Die Nationalbank verrechnet ihre für den laufenden Zahlungsverkehr nicht benötigten Postcheckguthaben mit ihren Verbindlichkeiten gegenüber der PTT, wodurch die vom Bund bei ihr gehaltenen Giroguthaben verringert werden.

Verbindung von
Banken- und
Postchecksystem

Die Nationalbank ist auch am Bankenclearing beteiligt. Das Bankenclearing ist ein Überweisungs- und Verrechnungssystem von in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein domizilierten Banken. In dieser Organisation übt die Nationalbank die zentrale Funktion einer Verrechnungsstelle der acht dem Bankenclearing angeschlossenen Clearingzentralen aus. Neben dieser Aufgabe nimmt die Nationalbank die Funktion einer dieser acht Clearingzentralen wahr, und zwar für Banken, die keiner anderen Zentrale angeschlossen sind. Deren Zahl belief sich am Jahresende auf 90. Die technische Abwicklung des Bankenclearing erfolgt zum überwiegenden Teil über das Rechenzentrum der Banken. Folgende Verarbeitungsarten spielen dabei eine besondere Rolle: Belegclearing (vorwiegend Interbankgeschäfte und Kundenzahlungsverkehr), Datenträgeraustausch (verschiedene Transaktionsarten), Lastschriftverfahren, Checkclearing, Wertschriften-clearing und Bancomat.

Dienstleistungen im
Bankenclearing

3. Dienstleistungen für den Bund

Bei den Dienstleistungen der Nationalbank für den Bund handelt es sich im wesentlichen um Aufgaben im Bereiche des Zahlungsverkehrs sowie der Mittelbeschaffung und -anlage des Bundes.

Aufgaben

Bundeskonten und Bundesanlagen

Die Nationalbank nimmt Zahlungen für Rechnung des Bundes entgegen und führt in dessen Auftrag und bis zur Höhe des Bundesguthabens Zahlungen an Dritte aus. Über die Bundeskonten wird ausser laufenden Ausgaben und Einnahmen der Auslandzahlungsverkehr des Bundes – einschliesslich SBB und PTT – abgewickelt. Dieser umfasst auch Zahlungen für Auslandprojekte im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe.

Zahlungsverkehr des
Bundes

Mittelanlage des Bundes

Die Bundeskonten dienen sowohl Zahlungs- als auch Anlagezwecken. Greifbare Mittel der Eidgenossenschaft liegen grundsätzlich bei der Nationalbank. Anlage und Verzinsung der Bundesmittel sind in einer Vereinbarung zwischen der Eidgenössischen Finanzverwaltung und der Nationalbank geregelt. Diese Vereinbarung wurde am 24. Februar 1982 revidiert. Als wichtigste Änderung wurde eine konтокorrentmässige Verzinsung für Guthaben im Betrage zwischen 500 und 1500 Mio Franken eingeführt. Für die Verzinsung ist der offizielle Diskontsatz massgebend. Der Bund kann greifbare Mittel auch als Festgeldanlagen bei der Nationalbank plazieren, die zu marktkonformen Sätzen verzinst werden. Die Laufzeit der Festgeldanlagen liegt in der Regel zwischen einem Monat und zwei Jahren. Die Nationalbank ist berechtigt, diese Mittel für Rechnung des Bundes im Markt weiterzuplazieren. Bundesanlagen mit einer Laufzeit von mehr als zwei Jahren werden vom Bund – durch Vermittlung der Nationalbank – direkt im Markt plaziert. Im Berichtsjahr verzichtete der Bund auf derartige Direktanlagen im Markt. Treten in der Bundeskasse unerwartet kurzfristige Liquiditätseingpässe auf, so ist die Nationalbank bereit, Lombardkredite bis zur Höhe von 1 Mrd Franken zu gewähren. Im Berichtsjahr beanspruchte der Bund den Lombardkredit nur während eines Tages.

Mitwirkung der Nationalbank bei der Mittelaufnahme des Bundes

Begebung von Bundesanleihen

Die Nationalbank ist dem Bund bei der Mittelaufnahme im Geld- und Kapitalmarkt behilflich. Bei der Begebung von öffentlichen eidgenössischen Anleihen führt sie die Emissionen für Rechnung des Bundes aus. Im Jahre 1982 hat der Bund am Kapitalmarkt öffentliche Anleihe in Höhe von 1385 Mio Franken emittiert. Die Emissionen erfolgten nach dem Tender-Verfahren. Zur Rückzahlung gelangten im Berichtsjahr Anleihen im Betrage von 1500 Mio Franken.

Geldmarkt-Buchforderungen gegenüber dem Bund

Im Auftrag und für Rechnung des Bundes gab die Nationalbank auch im Berichtsjahr wieder Geldmarkt-Buchforderungen aus. Die Laufzeiten betragen 1, 3 und 6 Monate. Dreimonatige Geldmarkt-Buchforderungen wurden wie im Vorjahr in monatlichem Rhythmus und im Betrage von rund 200 Mio Franken emittiert. Im Oktober plazierte der Bund erstmals einmonatige Buchforderungen (146 Mio Franken). Eine Emission von sechsmonatigen Buchforderungen in Höhe von 175 Mio Franken erfolgte im September. Ferner wurde die Mindeststückelung der Geldmarkt-Buchforderungen von 500 000 Franken auf 100 000 Franken herabgesetzt. Das Volumen an ausstehenden Forderungen betrug im Jahresdurchschnitt 682,9 Mio Franken.

Emission von Schatzanweisungen des Bundes

Weitere kurzfristige Mittel nahm der Bund durch Emission von Schatzanweisungen auf. Sie wurden von der Nationalbank zu jeweils ausgehandelten Bedingungen plaziert. Das Volumen an ausstehenden Schatzanweisungen betrug im Jahresmittel von 1982 910,1 Mio Franken.

Übrige Dienstleistungen für den Bund

Die Nationalbank besorgt die Aufbewahrung und Verwaltung der ihr vom Bund und seinen Betrieben übergebenen Wertschriften und Wertgegenstände unentgeltlich.

Wertschriften-
verwaltung

Gemäss Bundesgesetz von 1939 über das eidgenössische Schuldbuch ist die Nationalbank ausserdem mit der Führung des Schuldbuchs betraut. In das Schuldbuch werden vor allem Forderungen aus der Zeichnung von Anleihssemissionen eingetragen. Das eidgenössische Schuldbuch ist seit dem 1. November 1974 auch für die Umwandlung bestehender Schuldverschreibungen in Schuldbuchforderungen geöffnet.

Eidgenössisches
Schuldbuch

Eintragungen im eidgenössischen Schuldbuch

in Mio Franken

Bestand Ende 1981	1 539,7
Zunahme im Jahre 1982:	
Zeichnungen aus Neuemissionen	+ 36,3
Umwandlungen von Schuldverschreibungen in Schuldbuchforderungen	+ 6,0
Abgänge im Jahre 1982:	
Rückzahlungen	— 50,2
Bestand Ende 1982	<u>1 531,8</u>

Abtretung des Hotels Bellevue, Bern, an den Bund

Der Bankrat hat im Dezember 1982 im Einverständnis mit dem Bundesrat beschlossen, die im Besitz der Nationalbank befindliche Mehrheit am Aktienkapital der Bellevue-Palace, Grand Hotel und Bernerhof AG, dem Bund unentgeltlich abzutreten. Bekanntlich hatte der Bundesrat die Nationalbank im Jahre 1976 gebeten, die Aktienmehrheit des Hotels zu erwerben, und ihr zugesagt, die erforderlichen Massnahmen zu treffen, um die Aktien spätestens zehn Jahre später zu übernehmen.

4. Geschäftsergebnis

Eigene Gelder

Grundkapital

Das Grundkapital der Nationalbank beträgt unverändert 50 Mio Franken, eingeteilt in 100 000 Aktien von je Fr. 500.–, wovon 50% (Fr. 250.–) einbezahlt sind.

Verteilung des Aktienbesitzes

Im Laufe des Berichtsjahres hat der Bankausschuss die Übertragung von 1817 Aktien auf neue Eigentümer genehmigt. Nach den Eintragungen im Aktienregister war das Aktienkapital am 31. Dezember 1982 wie folgt verteilt:

4 163	Privataktionäre mit je	1– 10 Aktien
459	Privataktionäre mit je	11–100 Aktien
28	Privataktionäre mit je	101–200 Aktien
16	Privataktionäre mit je	über 200 Aktien
<u>4 666</u>	Privataktionäre mit zusammen	<u>41 355</u> Aktien
26	Kantone mit zusammen	38 514 Aktien
29	Kantonalbanken mit zusammen	16 968 Aktien
55	andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten mit zusammen	<u>3 163</u> Aktien
<u>4 776</u>	Aktionäre mit zusammen	<u>100 000</u> Aktien

Vom gesamten Aktienkapital sind somit 58,6% im Besitz von Kantonen, Kantonalbanken sowie anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten und 41,4% im Besitz von Privataktionären.

Reservefonds

Der Reservefonds wurde an der Generalversammlung der Aktionäre von April 1982 um 1 Mio Franken auf 47 Mio Franken erhöht. Die ausgewiesenen eigenen Mittel der Nationalbank betragen somit 72 Mio Franken.

Rückstellungen

Entwicklung im Jahre
1982

Die Rückstellungen wurden Ende 1982 um 2143,3 Mio Franken erhöht. Aufgestockt wurde vor allem die Rückstellung für Währungsrisiken. Neu gebildet wurde ferner eine Rückstellung für direkte Bundessteuern.

Rückstellungen

in Mio Franken, Jahresende	Bestand 1981	Bestand 1982	Veränderung
Bankgebäude	50,0	100,0	+ 50,0
Banknotenherstellung	50,0	50,0	
Offenmarktoperationen	50,0	100,0	+ 50,0
Nicht versicherte Schadenfälle	100,0	100,0	
Dividendenausgleich und Kantonsanteile	90,0	90,0	
Steuern	–	10,0	+ 10,0
Währungsrisiken	<u>4 531,3</u>	<u>6 564,6</u>	<u>+ 2 033,3</u>
Total	<u>4 871,3</u>	<u>7 014,6</u>	<u>+ 2 143,3</u>

Gewinn- und Verlustrechnung

Abgeschlossen per 31. Dezember

Aufwand	1982	1981
Betriebsaufwand		
Bankbehörden	Fr. 688 389.75	Fr. 594 341.85
Personal	Fr. 47 790 133.45	Fr. 40 814 961.24
Raumaufwand	Fr. 9 464 125.95	Fr. 6 083 059.41
Betriebsausstattungs-aufwand	Fr. 2 652 078.25	Fr. 1 829 469.50
Geschäfts- und Büroaufwand	Fr. 2 117 365.46	Fr. 1 720 537.95
Information und Kommunikation	Fr. 1 866 786.99	Fr. 1 354 721.78
Druckaufwand, Publikationen	Fr. 1 045 273.05	Fr. 1 617 361.45
Aufwand aus Notenumlauf	Fr. 16 116 020.85	Fr. 14 189 506.30
Übriger Sachaufwand	Fr. 5 181 369.69	Fr. 3 400 877.94
Wertaufwand		
Passivzinsen Deponenten	Fr. 2 664 338.20	Fr. 2 482 469.95
Passivzinsen Bundesverwaltungen	Fr. 24 086 286.55	Fr. 18 178 776.–
Passivzinsen Bundesschatzanweisungen	Fr. –.–	Fr. 33 305.50
Passivzinsen Schuldverschreibungen	Fr. 34 599 448.–	Fr. 19 771 660.45
Andere Sterilisierungskosten	Fr. 4 533 015.03	Fr. 20 505 867.53
Abschreibungen auf Wertschriften	Fr. 114 509 881.–	Fr. 183 038 208.75
Abschreibungen auf Bankgebäuden	Fr. 2 497 110.70	Fr. 14 313 002.–
Steuern	Fr. 8 897 930.45	Fr. –.–
Zuwendungen an die Vorsorgeeinrichtungen	Fr. 3 000 000.–	Fr. 4 000 000.–
Rückstellung für		
– Bankgebäude	Fr. 50 000 000.–	Fr. –.–
– Banknotenherstellung	Fr. –.–	Fr. 30 000 000.–
– Offenmarktoperationen	Fr. 50 000 000.–	Fr. 20 000 000.–
– nicht versicherte Schadenfälle	Fr. –.–	Fr. 20 000 000.–
– Steuern	Fr. 10 000 000.–	Fr. –.–
– Währungsrisiken	Fr. 2 033 354 352.50	Fr. 2 374 141 634.07
Reingewinn	Fr. 7 592 823.20	Fr. 7 592 823.20
	<u>Fr. 2 432 656 729.07</u>	<u>Fr. 2 785 662 584.87</u>

Ertrag	1982	1981
Betriebsertrag		
Kommissionen	Fr. 3 006 189.76	Fr. 2 832 293.91
Ertrag aus Bankgebäuden	Fr. 2 603 451.35	Fr. 2 464 972.30
Diverse Einnahmen	Fr. 1 779 739.03	Fr. 1 636 083.64
Wertertrag		
Ertrag aus Devisen und Gold	Fr. 2 307 192 757.88	Fr. 2 552 937 357.64
Bewertungskorrektur auf Devisen	Fr. —.—	Fr. 90 019 351.28
Diskontertrag	Fr. 37 518 437.—	Fr. 43 843 896.85
Lombardertrag	Fr. 15 655 614.35	Fr. 25 095 544.55
Wertschriftenertrag	Fr. 62 801 110.85	Fr. 64 840 360.30
Ertrag der Inlandkorrespondenten	Fr. 2 099 428.85	Fr. 1 992 724.40
	<u>Fr. 2 432 656 729.07</u>	<u>Fr. 2 785 662 584.87</u>

Jahresschlussbilanz

Aktiven		1982	1981
Kassa			
Gold	Fr. 11 903 906 935.–		
Münzen	Fr. 203 493 325.12	Fr. 12 107 400 260.12	Fr. 12 071 781 998.02
Devisen		Fr. 31 872 814 737.50	Fr. 25 494 803 157.24
Sonderziehungsrechte		Fr. 6 280 997.80	Fr. 247 961.70
Inlandportefeuille:			
Schweizerwechsel	Fr. 2 076 840 381.60		
Diskontierte Obligationen	Fr. 2 075 648.40	Fr. 2 078 916 030.–	Fr. 2 750 936 638.62
Diskontierte Geldmarkt- Buchforderungen	Fr. 109 216 666.65		
Schatzanweisungen des Bundes	Fr. –.–	Fr. 109 216 666.65	Fr. 256 000 000.–
Lombardvorschüsse		Fr. 1 559 580 176.80	Fr. 2 513 877 241.90
Wertschriften:			
deckungsfähige	Fr. 48 327 500.–		
andere	Fr. 1 219 971 401.–	Fr. 1 268 298 901.–	Fr. 1 018 393 901.–
Korrespondenten im Inland		Fr. 314 004 556.54	Fr. 399 645 861.75
Inkassowechsel		Fr. 723 326.69	Fr. 455 022.07
Postcheckguthaben		Fr. 3 425 291.25	Fr. 6 179 132.06
Coupons		Fr. 63 530.95	Fr. 7 034.60
Bankgebäude		Fr. 1 400 000.–	Fr. 1 400 000.–
Mobilier		Fr. 1.–	Fr. 1.–
Sonstige Aktiven		Fr. 27 102 414.39	Fr. 45 789 475.10
Nicht einbezahltes Grundkapital		Fr. 25 000 000.–	Fr. 25 000 000.–
		Fr. 49 374 226 890.69	Fr. 44 584 517 425.06
 Versicherungswert der Bankgebäude		Fr. 286 446 700.–	Fr. 253 841 700.–

Passiven

	1982	1981
Notenumlauf	Fr. 24 477 044 525.–	Fr. 23 336 706 035.–
Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie	Fr. 13 992 715 041.61	Fr. 12 466 660 454.50
Girorechnungen ausländischer Banken	Fr. 852 007 662.40	Fr. 907 990 361.11
Bundesverwaltungen	Fr. 798 859 718.26	Fr. 1 513 918 766.46
Deponenten	Fr. 50 752 780.27	Fr. 48 130 969.92
Ausstehende Checks	Fr. 19 097 264.33	Fr. 21 258 976.57
Verbindlichkeiten auf Zeit:		
Schuldverschreibungen	Fr. 250 000 000.–	Fr. 500 000 000.–
Bewertungskorrektur auf Devisen	Fr. 1 624 597 860.71	Fr. –.–
Sonstige Passiven	Fr. 189 946 029.33	Fr. 815 000 205.22
Grundkapital	Fr. 50 000 000.–	Fr. 50 000 000.–
Reservefonds	Fr. 47 000 000.–	Fr. 46 000 000.–
Rückstellung für Währungsrisiken	Fr. 6 564 613 185.58	Fr. 4 531 258 833.08
Andere Rückstellungen	Fr. 450 000 000.–	Fr. 340 000 000.–
Reingewinn	Fr. 7 592 823.20	Fr. 7 592 823.20

Fr. 49 374 226 890.69 Fr. 44 584 517 425.06

Eventualverpflichtungen	Fr. 112 722 267.25	Fr. 105 099 582.82
(Nachschusspflicht auf Namenaktien der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und Akkreditive)		

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Erfolgsrechnung der Nationalbank schloss im Jahre 1982 mit einem Ertragsüberschuss von 2153,9 Mio Franken ab. Der Überschuss wurde in erster Linie zur Erhöhung der Rückstellungen, insbesondere derjenigen für Währungsrisiken (2033,3 Mio Franken), verwendet. Damit wird der unsicheren Währungslage und dem hohen Devisenbestand Rechnung getragen. Der verbleibende Reingewinn beträgt 7,6 Mio Franken.

Der Ertrag aus Devisenanlagen und Devisenhandel erreichte 2307,2 Mio Franken. Er bestand im wesentlichen aus den dank der hohen Zinssätze auf Dollaranlagen bedeutenden Zinseinnahmen. Die Buchung der Diskontpapiere zum Einstandswert (vgl. S. 42/43) bewirkte eine Verlagerung von Einnahmen im Betrag von 289,1 Mio Franken ins Rechnungsjahr 1983. Der Dollar wurde zum Dezember-Mittelkurs von Fr. 2,049 in die Jahresrechnung eingesetzt (1981: Fr. 1,815). Durch diese Bewertungskorrektur und die entsprechenden Berichtigungen für die anderen Fremdwährungs- und SZR-Bestände ergab sich eine Zunahme des Devisenbestandes um 1624,6 Mio Franken. Dieser Betrag stellt lediglich einen nicht realisierten Buchgewinn dar; er wurde deshalb nicht über die Gewinn- und Verlustrechnung, sondern neu auf ein Bilanzkonto «Bewertungskorrektur auf Devisen» gebucht.

Die Diskont- und Lombarderträge lagen mit 53,2 Mio Franken unter dem Vorjahreswert. Die geringere Beanspruchung des traditionellen Notenbankkredits hängt in erster Linie mit der im Vergleich zur Marktentwicklung zurückhaltenden Senkung der offiziellen Sätze zusammen. Der Ertrag der eigenen Wertschriften betrug 62,8 Mio Franken.

Der gesamte Personalaufwand erhöhte sich auf 47,8 Mio Franken, was auf Gehaltserhöhungen, den Jubiläumsbonus aus Anlass des 75jährigen Bestehens der Bank, Leistungen an die Vorsorgeeinrichtungen sowie auf Mutationen im Personalbestand zurückzuführen ist.

Der Raumaufwand von 9,5 Mio Franken galt baulichen Sicherheitsmassnahmen und Renovationen bei den Sitzen und Zweiganstalten. Die Abschreibungen auf Bankgebäuden fielen mit 2,5 Mio Franken wesentlich tiefer aus als im Vorjahr. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Kosten für den Neubau des Kaiserhauses in Bern bereits in den Vorjahren abgeschrieben worden waren.

Der Aufwand für die Notenausgabe und -verteilung, der die Kosten für Papier, Druck, Transport und Versicherung einschliesst, erhöhte sich auf 16,1 Mio Franken. Die Zunahme wurde durch den Anstieg des Notenpapierlagers verursacht. Die im März 1982 eingeführte teilweise Verzinsung des Girokontos des Bundes bewirkte eine Zunahme der Zinskosten für Bundesanlagen auf 24,1 Mio Franken.

Der Zinsaufwand auf den eigenen Schuldverschreibungen war mit 34,6 Mio Franken grösser als im Vorjahr, was auf den im Jahresdurchschnitt höheren Bestand zurückzuführen ist.

Sterilisierungskosten in Höhe von 4,5 Mio Franken ergaben sich dadurch, dass das amerikanische Schatzamt die aus der Emission von Franken-Notes erworbenen Mittel weiterhin bei der Nationalbank deponierte. Der Rückgang wurde durch den im Vergleich zum Vorjahr tieferen Bestand verursacht.

Buchgewinne auf Rückzahlungen und Verkäufe von früher abgeschrieben Wertschriften (zusammen 10,6 Mio Franken) wurden mit dem Aufwand für die Abschreibung der im Berichtsjahr erworbenen Wertschriften (125,1 Mio Franken) verrechnet. Per Saldo resultiert eine Abschreibung auf Wertschriften von 114,5 Mio Franken.

Verwendung des Reingewinns

Gemäss Art. 27 NBG vom 23. Dezember 1953/15. Dezember 1978 ist von dem durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Reingewinn zunächst dem Reservefonds ein Betrag zuzuweisen, der 2% des Grundkapitals, d.h. 1 Mio Franken, nicht übersteigen darf.

Sodann kann eine Dividende bis 6% des einbezahlten Grundkapitals ausgerichtet werden, was einen Betrag von höchstens 1,5 Mio Franken erfordert.

Der verbleibende Rest ist der eidgenössischen Finanzverwaltung zur Ausrichtung einer Entschädigung an die Kantone bis zu 80 Rappen pro Kopf der Bevölkerung zu überweisen. Der auf dieser Grundlage berechnete Aufwand beläuft sich per 31. Dezember 1982 auf 5,1 Mio Franken.

E. Bankbehörden und Personal

1. Mutationen in den Bankbehörden

Bankrat

Die Generalversammlung der Aktionäre vom 30. April 1982 wählte Herrn Nationalrat Hans-Rudolf Früh, Mitglied des Vorstands des Schweizerischen Gewerbeverbands, Bühler, zum Mitglied des Bankrats. Er ersetzt den am 2. März 1982 verstorbenen Herrn alt Nationalrat Rudolf Etter, der seit 1973 dem Bankrat angehört hatte.

Mit der ordentlichen Generalversammlung vom 22. April 1983 geht die vierjährige Amtsperiode des Bankrats zu Ende. Folgende Herren stellen sich wegen Erreichens der Altersgrenze bzw. der Amtszeit von 16 Jahren oder wegen beruflicher Veränderungen nicht für eine Wiederwahl zur Verfügung:

Dr. Oswald Aeppli, Küsnacht (Mitglied seit 1981)
Dr. Arnold Edelmann, St. Gallen (Mitglied seit 1969)
Pierre Gaibrois, Moutier (Mitglied seit 1974)
Dr. Léonard Hentsch, Collonge-Bellerive (Mitglied seit 1967)
Renzo Lardelli, Chur (Mitglied seit 1971)
Franz Muheim, Ständerat, Altdorf (Mitglied seit 1967)
Dr. Richard Müller, Nationalrat, Muri (Mitglied seit 1979)
Jean Pfau, Collonge-Bellerive (Mitglied seit 1977)
Rudolf Suter, Zürich (Mitglied seit 1975)

Die Nationalbank ist den aus dem Bankrat ausscheidenden Mitgliedern zu grossem Dank verpflichtet.

Der Bankrat schlägt der 75. ordentlichen Generalversammlung als Nachfolger der Herren Dr. Aeppli, Dr. Edelmann, Muheim und Pfau, die seinerzeit von der Generalversammlung in den Bankrat gewählt wurden, folgende Herren vor:

Dr. Guido Casetti, Präsident des Christlichnationalen Gewerkschaftsbunds der Schweiz, Bern
Dr. Robert Holzach, Präsident des Verwaltungsrats der Schweizerischen Bankgesellschaft, Zumikon
Dr. Arnold Koller, Nationalrat, Professor an der Hochschule St. Gallen, Appenzell, und
François Milliet, Delegierter des Verwaltungsrats der Galenica AG, Lausanne.

Der Bundesrat wird im Anschluss an die Generalversammlung die verbleibenden Ernennungen vornehmen.

Bankausschuss

Mit dem Rücktritt aus dem Bankrat werden die Herren Dr. Léonard Hentsch und Dr. Richard Müller auch aus dem Bankausschuss ausscheiden. Sie haben der Nationalbank in diesem Gremium seit 1974 beziehungsweise 1979 vorzügliche Dienste geleistet. Die Nachfolger werden durch den Bankrat bestimmt.

Lokalkomitees

Aus Lokalkomitees sind im Jahre 1982 ausgeschieden die Herren

Robert Morandi, Vorsitzender des Lokalkomitees Lausanne seit 1980 (Mitglied seit 1961)

Victor Widmer, Vorsitzender des Lokalkomitees St. Gallen seit 1981 (Mitglied seit 1972) und

Prof. Dr. Ernst Jaggi, Vorsitzender des Lokalkomitees Zürich seit 1971 (Mitglied seit 1959).

Die Nationalbank dankt ihnen für ihre wertvollen Dienste.

Bankrat und Bankausschuss haben folgende Ernennungen vorgenommen:

Lokalkomitee Lausanne

Georges Golay, Le Brassus, vorher Stellvertreter des Vorsitzenden, zum Vorsitzenden,

Pierre-Noël Julen, Murráz-sur-Sierre, vorher Mitglied, zum Stellvertreter des Vorsitzenden, und

Martin Gétaz, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Gétaz Romang SA, Aubonne, zum Mitglied.

Lokalkomitee St. Gallen

Walter Vetsch, Heerbrugg, vorher Stellvertreter des Vorsitzenden, zum Vorsitzenden,

Jürg Nef, St. Gallen, vorher Mitglied, zum Stellvertreter des Vorsitzenden, und Klaus Gebert, Präsident des Verwaltungsrats der Geberit AG, Jona, zum Mitglied.

Lokalkomitee Zürich

Dr. Werner Fuchs, Greifensee, vorher Mitglied, zum Vorsitzenden, und Claus Nüscher, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Siber Hegner Holding AG, Erlenbach, zum Mitglied.

Revisionskommission

Auf das Datum der 75. ordentlichen Generalversammlung treten die Herren Josef Iten, Präsident, und Max Meier-Milt, Ersatzmann der Revisionskommission, zurück. Herr Iten hat von 1967 bis 1970 als Ersatzmann, hierauf als Mitglied und seit 1973 als Präsident der Revisionskommission der Nationalbank überaus wertvolle Dienste geleistet. Die Nationalbank dankt ihm wie auch Herrn Meier-Milt, der dem Gremium seit 1973 angehört, für ihre ausgezeichnete Arbeit.

Zum neuen Mitglied beziehungsweise zum neuen Ersatzmann der Revisionskommission schlägt der Bankrat der Generalversammlung der Aktionäre zur Wahl vor die Herren

Hans Studer, Zentralkontrollrat der St. Gallischen Kantonalbank, St. Gallen, und Peter Blaser, Direktor der Amtersparnkasse Thun, Thun.

2. Mutationen in der Direktion

Wie bereits im Geschäftsbericht für 1981 ausgeführt, ist Herr Dr. Paul Ehrsam, Stellvertreter des Vorstehers des I. Departements und Direktor der Rechtsabteilung, am 28. Februar 1982 in den Ruhestand getreten.

Herr Willy Küng, Direktor der Zweiganstalt St. Gallen, ist nach seiner Wahl in den Stadtrat der Stadt Zürich am 15. April 1982 aus dem Dienst der Nationalbank ausgeschieden.

Mit Wirkung ab 1. Januar 1983 ist ferner Herr Dr. Hans-Rudolf Läng, Direktor der Personalabteilung, nach über 35jähriger Tätigkeit für die Nationalbank in den Ruhestand getreten. Er hat sich in dieser Zeit grosse Verdienste um die Nationalbank erworben. Herr Dr. Läng wird der Bank noch einige Zeit als Geschäftsführer der Vorsorgeeinrichtungen und für Sonderaufgaben zur Verfügung stehen.

Das Direktorium dankt diesen Herren herzlich für ihre wertvollen Dienste.

Der Bundesrat ernannte auf Antrag des Bankrats Herrn PD Dr. René Kästli mit Wirkung ab 16. April 1982 zum Direktor der Zweiganstalt St. Gallen.

Der Bankausschuss bezeichnete im Laufe des Jahres die Herren

Dr. Georg Rich zum Direktor der Volkswirtschaftlichen Abteilung (per 1. Januar 1983),

Dr. Jean-Pierre Roth zum Direktor im Stab des II. Departements (per 1. Oktober 1982), und
Gerhard Nideröst zum Stellvertretenden Direktor und Chef der Personalabteilung (per 1. Januar 1983).

3. Personal

Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich im Laufe des Berichtsjahres um 12 auf 541 Personen. Vom Personalbestand entfielen 11% auf Mitarbeiter mit Hochschulabschluss, 55% auf bankfachlich bzw. kaufmännisch geschulte Mitarbeiter, 14% auf Mitarbeiter mit technischer Grundausbildung und 20% auf angelerntes Personal. Darin nicht eingeschlossen sind 25 Teilzeitbeschäftigte und 13 Lehrlinge.

Der Aufwand für das aktive Personal betrug 1982 45,5 Mio Franken. Auf 38,6 Mio Franken beliefen sich die Gehälter (inkl. Kinderzulagen), die gegenüber dem Vorjahr infolge von Lohnerhöhungen, dem Jubiläumsbonus aus Anlass des 75jährigen Bestehens der Bank sowie Personalmutationen um 6,4 Mio Franken anstiegen. 6,9 Mio Franken entfielen auf Sozialleistungen und auf übrige Personalkosten. Ausserdem wurden an die Rentner Teuerungszuschüsse in Höhe von 2,3 Mio Franken ausgerichtet.

Neben Kadertagungen und departementseigenen Ausbildungsveranstaltungen fanden im Berichtsjahr drei interne Grundkurse über Aufgaben, Organisation und Instrumentarium der Notenbank, ein EDV-Seminar, ein Fachseminar für Ökonomen, ein Führungsseminar für untere und mittlere Kader sowie eine Stabsübung für die oberste Führungsstufe statt. Jeder fünfte Mitarbeiter nahm an einer der erwähnten Ausbildungsveranstaltungen teil.

Am 1. April 1982 trat das Reglement über die Mitwirkung des Personals der Schweizerischen Nationalbank in Kraft. Seither nimmt das Personal an der Entscheidungsfindung im sozialen und betrieblichen Bereich teil.

Folgende Mitwirkungsorgane sind geschaffen worden: die Hauskommissionen der beiden Sitze, die Personalkommission für die Gesamtbank sowie die aus einer Personaldelegation und einem Direktionsausschuss zusammengesetzte Konsultativkommission.

Das Direktorium dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die der Bank im abgelaufenen Jahr geleisteten wertvollen Dienste.

4. Jubiläum der Bank

Im Berichtsjahr feierte die Nationalbank ihr 75jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass versammelten sich die Bankbehörden mit zahlreichen prominenten Gästen aus dem In- und Ausland am 18. Juni 1982 zu einem Festakt im Stadttheater Bern. Ferner gab die Bank eine Festschrift «Schweizerische Nationalbank 1957–1982» in deutscher, französischer und italienischer Sprache sowie eine viersprachige «Schweizerische Bibliographie über Geld, Währung und Zentralbankwesen 1957–1982» heraus.

Im Rahmen des Jubiläums haben die Bankbehörden beschlossen, eine Stiftung «Studienzentrum Gerzensee» zu errichten. Damit soll eine Stätte der Ausbildung und Begegnung geschaffen werden, die vor allem in- und ausländischen Bankfachleuten, einschliesslich solchen aus Entwicklungsländern, offenstehen wird. Die Nationalbank beabsichtigt, die von ihr zu diesem Zweck erworbene Liegenschaft «Neues Schloss Gerzensee» in die Stiftung einzubringen.

Das gesamte aktive und pensionierte Personal wurde am Wochenende vom 19./20. Juni zu einem Ausflug nach Interlaken eingeladen. Ferner bewilligten die Bankbehörden die Auszahlung einer Jubiläumsgabe für das Personal.

Bericht der Revisionskommission an die Generalversammlung der Aktionäre der Schweizerischen Nationalbank

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die von Ihnen bestellte Revisionskommission hat die auf den 31. Dezember 1982 abgeschlossene Jahresrechnung 1982 im Sinne der Vorschriften des Nationalbankgesetzes und des Obligationenrechtes geprüft.

Gestützt auf unsere eigenen Überprüfungen bei sämtlichen Sitzen, Zweiganstalten und eigenen Agenturen sowie nach Einsichtnahme in den von der ATAG Allgemeine Treuhand AG erstatteten schriftlichen Bericht über deren Prüfungen, stellen wir fest, dass

- die Bilanz per 31. Dezember 1982 mit einem Total von Fr. 49 374 226 890.69 und die Erfolgsrechnung pro 1982 mit einem Reingewinn von Fr. 7 592 823.20 mit der Buchhaltung übereinstimmen,
- die Buchhaltung ordnungsgemäss geführt ist,
- bei der Darstellung der Vermögenslage und des Geschäftsergebnisses die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten sind.

Aufgrund der Ergebnisse unserer Prüfungen beantragen wir, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Ferner bestätigen wir, dass der Vorschlag des Bankrates über die Gewinnverteilung den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

Bern, den 14. März 1983

Die Revisionskommission:

Iten
Staub
Grenier

Anträge des Bankrats an die Generalversammlung der Aktionäre

Der Bankrat hat in seiner Sitzung vom 11. März 1983 auf Antrag des Bankausschusses den vom Direktorium vorgelegten 75. Geschäftsbericht über das Jahr 1982 zur Vorlage an den Bundesrat und die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.

Der Bundesrat hat seine in Artikel 63 Absatz 2 lit. i des Nationalbankgesetzes vorgesehene Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung am 14. März 1983 erteilt. Ferner hat die Revisionskommission ihren in Artikel 51 Absatz 2 des Nationalbankgesetzes vorgesehenen Bericht am 14. März 1983 erstellt.

Der Bankrat stellt der Generalversammlung folgende Anträge:

1. Der vorliegende Geschäftsbericht samt Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz vom 31. Dezember 1982 wird genehmigt.
2. Der Verwaltung wird Entlastung erteilt.
3. Der durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Reingewinn von Fr. 7 592 823.20 ist wie folgt zu verwenden:

Einlage in den Reservefonds	Fr. 1 000 000.–
Ausrichtung einer Dividende von 6%	Fr. 1 500 000.–
Ablieferung an die eidgenössische Finanzverwaltung .	Fr. 5 092 823.20
	<u>Fr. 7 592 823.20</u>

Bern, den 15. März 1983

Im Namen des Bankrats
Der Präsident des Bankrats
Wyss

Ein Mitglied des Direktoriums
Languetin

F. Anhang

1. Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise im Jahre 1982

Aktiven

1982	Gold	Devisen	Sonder- ziehungs- rechte	Inlandportefeuille		Lombard- vorschüsse	Wertschriften		Korre- spondenten im Inland	Son- stige Aktiven	
				<i>diskontierte Forderungen</i>	<i>Schatzan- weisungen des Bundes inkl. Geld- markt-Buch- forderungen</i>		<i>dek- kungs- fähige</i>	<i>andere</i>			
<i>in 1000 Franken</i>											
Januar	8.	11 903 907	24 045 293	248	559 774	—	62 805	35 838	982 556	35 586	221 502
	20.	11 903 907	21 309 128	604	519 575	—	23 321	35 838	982 556	51 605	228 542
	29.	11 903 907	20 053 454	604	2 993 604	—	1 957 262	35 838	982 556	239 393	238 817
Februar	10.	11 903 907	23 036 421	604	427 753	—	27 478	35 838	982 556	44 558	243 453
	19.	11 903 907	21 877 688	604	391 382	—	19 090	35 838	982 556	79 450	249 459
	26.	11 903 907	20 092 678	604	2 849 558	—	1 885 258	35 838	982 556	144 297	271 000
März	10.	11 903 907	22 914 652	604	486 671	—	28 999	35 838	984 813	57 354	257 121
	19.	11 903 907	22 397 190	604	465 871	—	11 482	42 550	988 446	57 871	259 316
	31.	11 903 907	23 091 832	604	2 582 163	175 000	1 599 629	42 550	999 311	368 296	262 673
April	8.	11 903 907	23 957 669	608	377 909	—	36 508	42 795	1 007 874	56 782	265 080
	20.	11 903 907	23 231 085	608	316 021	—	14 525	46 128	1 011 087	101 574	268 034
	30.	11 903 907	23 177 862	608	2 262 701	—	694 384	60 974	1 008 984	301 669	273 786
Mai	10.	11 903 907	24 912 282	608	275 203	—	18 358	60 974	1 016 501	64 369	286 465
	19.	11 903 907	23 555 947	608	265 028	—	2 945	57 641	1 029 924	60 388	282 061
	28.	11 903 907	24 368 644	608	1 104 359	—	609 665	57 641	1 038 164	207 880	284 943
Juni	10.	11 903 907	24 609 248	608	259 623	—	15 794	59 520	1 045 513	90 833	286 689
	18.	11 903 907	23 994 737	1 442	248 356	—	8 747	59 699	1 056 064	60 065	378 775
	30.	11 903 907	25 363 746	1 463	2 421 648	85 000	1 940 242	59 717	1 064 961	413 536	287 434
Juli	9.	11 903 907	24 738 724	1 463	258 323	—	27 222	59 786	1 077 015	92 550	292 351
	20.	11 903 907	24 377 515	1 807	254 752	—	13 614	40 590	1 084 736	104 841	354 615
	30.	11 903 907	23 471 839	1 807	1 965 969	—	811 579	40 590	1 095 418	215 781	314 039
August	10.	11 903 907	24 868 109	1 807	244 568	—	21 081	40 590	1 105 264	33 024	324 944
	20.	11 903 907	24 453 902	1 807	239 017	—	2 064	40 608	1 114 822	29 747	324 765
	31.	11 903 907	24 097 431	1 807	2 322 979	—	693 468	40 611	1 127 158	216 403	338 303
Sept.	10.	11 903 907	24 749 778	1 807	239 338	—	6 126	40 920	1 136 590	25 765	339 270
	20.	11 903 907	24 583 122	1 807	234 902	—	4 498	40 534	1 143 535	49 764	357 005
	30.	11 903 907	25 572 530	1 833	2 193 254	130 000	1 658 797	42 718	1 153 290	291 770	352 131
Okt.	8.	11 903 907	24 994 372	1 833	238 194	—	28 041	42 858	1 161 157	61 562	357 854
	20.	11 903 907	24 864 662	1 833	237 205	—	4 909	43 149	1 169 756	44 295	367 322
	29.	11 903 907	25 112 559	1 833	2 232 702	—	202 535	43 871	1 178 979	215 987	369 277
Nov.	10.	11 903 907	26 438 448	1 833	236 815	—	5 180	44 545	1 186 331	47 806	378 090
	19.	11 903 907	26 006 320	1 833	231 076	—	4 940	46 209	1 191 754	52 993	384 398
	30.	11 903 907	26 817 914	1 833	2 125 550	—	65 570	46 314	1 198 682	245 063	368 555
Dez.	10.	11 903 907	28 223 184	1 833	229 745	—	5 018	46 567	1 208 228	58 296	369 190
	20.	11 903 907	29 576 626	1 833	228 403	—	3 784	46 728	1 214 900	87 708	371 280
	31.	11 903 907	31 872 815	6 281	2 078 916	109 217	1 559 580	48 327	1 219 971	314 005	236 208

Passiven

Eigene Mittel	Notenumlauf	Täglich fällige Verbindlichkeiten		Verbindlichkeiten auf Zeit		Sonstige Passiven	Bilanzsumme
		<i>Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie</i>	<i>Übrige täglich fällige Verbindlichkeiten</i>	<i>Sterilisierungsreskriptionen</i>	<i>Schuldverschreibungen</i>		
<i>in 1000 Franken</i>							
71 000	22 510 757	7 584 134	1 342 370	–	500 000	5 839 248	37 847 509
71 000	21 564 341	5 818 761	1 134 202	–	500 000	5 966 772	35 055 076
71 000	22 108 548	7 821 346	1 956 077	–	500 000	5 948 464	38 405 435
71 000	21 434 234	7 046 091	1 624 623	–	500 000	6 026 620	36 702 568
71 000	21 129 055	5 946 749	1 782 856	–	500 000	6 110 314	35 539 974
71 000	22 036 840	7 954 920	1 415 247	–	500 000	6 187 689	38 165 696
71 000	21 537 676	6 671 761	1 639 525	–	500 000	6 249 997	36 669 959
71 000	21 164 589	6 807 808	1 260 361	–	500 000	6 323 479	36 127 237
71 000	22 028 298	10 044 930	1 977 735	–	500 000	6 404 002	41 025 965
71 000	21 907 681	6 945 962	1 681 673	–	500 000	6 542 816	37 649 132
71 000	21 217 087	7 128 599	1 365 977	–	500 000	6 610 306	36 892 969
72 000	22 061 605	8 209 370	2 193 212	–	500 000	6 648 688	39 684 875
72 000	21 706 091	7 464 675	2 026 525	–	500 000	6 769 376	38 538 667
72 000	21 291 054	6 959 762	1 462 572	–	500 000	6 873 061	37 158 449
72 000	22 321 867	7 760 158	2 027 292	–	500 000	6 894 494	39 575 811
72 000	21 766 792	6 668 208	2 274 404	–	500 000	6 990 331	38 271 735
72 000	21 509 369	6 839 057	1 730 679	–	500 000	7 060 687	37 711 792
72 000	22 545 744	10 944 696	2 402 625	–	500 000	7 076 589	43 541 654
72 000	22 126 166	6 881 541	1 788 962	–	400 000	7 182 672	38 451 341
72 000	21 707 454	7 092 004	1 405 086	–	400 000	7 459 833	38 136 377
72 000	22 091 039	7 977 235	1 900 420	–	400 000	7 380 235	39 820 929
72 000	21 788 165	6 509 259	2 310 334	–	400 000	7 463 536	38 543 294
72 000	21 430 629	6 633 828	1 989 874	–	400 000	7 584 308	38 110 639
72 000	22 158 782	8 451 633	2 256 085	–	250 000	7 553 567	40 742 067
72 000	21 961 731	6 710 354	1 669 750	–	250 000	7 779 666	38 443 501
72 000	21 644 476	6 892 961	1 726 918	–	250 000	7 732 719	38 319 074
72 000	22 515 838	10 860 245	1 835 225	–	250 000	7 766 922	43 300 230
72 000	22 298 312	6 640 396	1 713 788	–	250 000	7 815 282	38 789 778
72 000	21 696 111	7 435 478	1 286 466	–	250 000	7 896 983	38 637 038
72 000	22 687 579	8 195 782	2 113 096	–	250 000	7 943 193	41 261 650
72 000	22 203 307	7 050 348	2 641 826	–	250 000	8 025 474	40 242 955
72 000	21 962 715	7 457 528	1 985 923	–	250 000	8 095 264	39 823 430
72 000	23 153 052	8 390 461	2 794 282	–	250 000	8 113 593	42 773 388
72 000	23 519 199	7 547 832	2 485 866	–	250 000	8 171 071	42 045 968
72 000	24 406 839	7 927 296	2 552 126	–	250 000	8 226 908	43 435 169
72 000	24 477 045	13 992 715	1 720 717	–	250 000	8 836 750	49 349 227

2. Bilanzentwicklung seit 1946

Aktiven

Jahres- ende	Gold ¹	Devisen	Auslän- dische Schatz- anwei- sungen in Schweizer- franken; SZR ²	Kursge- sicherte Guthaben bei auslän- dischen Zentral- banken	Inlandportefeuille				Wech- sel der eidg. Dar- lehens- kasse	Lom- bard- vor- schüsse	Wert- schriften	Guthaben bei Korrespondenten	
					Schwei- zer- wechsel	Schatz- anwei- sungen ³	Diskon- tierte Obliga- tionen	Total				im Inland	im Ausland ⁴
<i>in Millionen Franken</i>													
1946	4 949,9	158,0	–	–	46,1	14,5	13,9	74,5	9,6	164,2	52,7	51,7	–
1947	5 256,2	102,5	–	–	116,3	20,1	18,8	155,2	13,6	246,6	48,4	68,6	–
1948	5 821,0	236,6	–	–	115,2	1,5	8,8	125,5	1,6	79,0	47,4	50,4	–
1949	6 240,2	260,0	–	–	81,4	2,0	0,7	84,1	0,1	31,0	39,7	26,7	–
1950	5 975,8	256,4	–	–	165,3	31,5	4,4	201,2	–	85,0	40,9	60,3	–
1951	6 003,8	227,6	–	–	233,8	4,6	12,7	251,1	1,4	58,9	39,9	53,0	–
1952	5 876,1	490,9	–	–	243,9	–	1,8	245,7	–	64,0	40,1	37,5	–
1953	6 086,1	522,2	–	–	190,8	14,7	1,1	206,6	–	65,2	35,5	34,9	–
1954	6 323,4	649,8	–	–	91,6	2,0	9,6	103,2	–	116,6	46,5	41,3	–
1955	6 686,3	624,1	–	–	129,2	2,0	23,0	154,2	–	131,8	45,9	47,8	–
1956	7 102,9	627,0	–	–	170,9	21,5	80,0	272,4	–	186,9	45,7	56,1	–
1957	7 383,5	781,4	–	–	193,9	–	31,9	225,8	–	52,0	45,3	41,4	–
1958	8 329,3	560,9	–	–	56,0	–	2,3	58,3	–	21,8	44,6	33,0	–
1959	8 369,3	534,6	–	–	50,6	–	7,3	57,9	–	39,7	44,2	45,2	6,4
1960	9 454,7	583,0	–	–	49,2	–	4,3	53,5	–	37,8	43,3	45,1	6,8
1961	11 078,0	842,4	–	–	62,2	–	7,3	69,5	–	66,3	42,9	58,3	6,8
1962	11 543,3	867,4	207,0	–	67,4	45,0	11,2	123,6	–	71,7	42,8	77,8	10,2
1963	12 203,8	1 083,3	207,0	–	87,5	35,0	19,7	142,2	–	97,5	51,7	61,5	9,4
1964	11 793,6	1 679,1	432,0	431,3	109,8	24,8	28,0	162,6	–	77,7	65,3	75,3	17,0
1965	13 164,2	852,6	432,0	428,5	98,1	9,5	31,5	139,1	–	38,9	92,9	66,1	14,5
1966	12 297,4	2 060,3	432,0	518,9	97,8	16,7	43,3	157,8	–	109,3	181,7	81,5	15,4
1967	13 369,7	1 986,7	432,0	173,9	99,4	–	43,1	142,5	–	86,6	181,9	72,4	14,6
1968	11 355,8	5 601,2	1 442,0	108,3	256,2	6,8	25,5	288,5	–	160,1	180,6	99,7	21,7
1969	11 434,5	5 792,9	1 851,0	–	584,7	118,5	28,2	731,4	–	277,1	170,2	89,5	20,1
1970	11 821,3	8 441,1	1 851,0	–	306,6	71,0	21,4	399,0	–	223,5	156,0	82,8	25,5
1971	11 879,4	10 323,3	4 278,0	–	78,1	–	2,4	80,5	–	28,5	10,8	72,4	22,8
1972	11 879,7	12 323,1	4 278,0	–	770,3	152,0	13,8	936,1	–	418,8	–	142,3	27,5
1973	11 892,7	12 519,9	4 613,0	–	862,7	200,0	35,0	1 097,7	–	557,7	–	281,8	–
1974	11 892,7	11 570,6	5 403,0	–	2 166,8	484,0	43,5	2 694,3	–	699,9	92,5	166,9	–
1975	11 892,7	14 705,8	5 403,0	–	1 706,5	227,0	5,4	1 938,9	–	200,2	3,7	136,3	–
1976	11 903,9	20 426,5	5 222,0	–	912,5	375,0	13,3	1 300,8	–	157,0	63,8	160,3	–
1977	11 903,9	20 514,2	3 949,0	–	1 207,4	267,0	44,7	1 519,1	–	197,5	559,1	171,6	–
1978	11 903,9	28 981,8	2 028,5	–	214,6	–	21,5	236,1	–	49,6	348,0	185,7	–
1979	11 903,9	26 390,4	–	–	1 532,2	10,0	38,3	1 580,5	–	886,4	963,4	288,6	–
1980	11 903,9	27 355,6	11,4	–	2 285,1	152,0	48,4	2 485,5	–	919,8	1 212,2	289,6	–
1981	11 903,9	25 494,8	0,2	–	2 710,0	256,0	40,9	3 006,9	–	2 513,9	1 018,4	399,6	–
1982	11 903,9	31 872,8	6,3	–	2 076,8	109,2	2,1	2 188,1	–	1 559,6	1 268,3	314,0	–

¹ Bewertung seit 10. Mai 1971: 1 kg Feingold = Fr. 4595.74; vorher: 1 kg = Fr. 4869.80.

² Seit 1980 Sonderziehungsrechte.

³ Seit 1948 Schatzanweisungen nur des Bundes; seit 1979 inkl. Geldmarkt-Buchforderungen.

⁴ Seit 1973 unter Position «Devisen».

⁵ Vor 1961 unter Position «Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie».

⁶ Inklusive ausstehende Checks.

Passiven

Notenumlauf	Deckung des Notenumlaufs durch Gold	Täglich fällige Verbindlichkeiten						Total	Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Mindestreserven von Banken	Verbindlichkeiten auf Zeit		Pflichtdepots gemäss Bundesbeschluss vom 13. März 1964	Bilanzsumme	Jahresende
		Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie	Rechnungen des Bundes	Rechnungen der Depo-nenten	Konti Zahlungen- und Clearing-abkommen	Guthaben ausländischer Banken ⁵	Sterilisierungs-reskriptionen				Sonstige-konti, Schuldver-schreibungen				
In Millionen Franken	%	In Millionen Franken													
4 090,7	121,00	662,3	194,6	84,2	223,5	—	1 164,6	—	—	—	—	—	5 499,8	1946	
4 383,4	119,91	722,3	127,2	59,4	263,4	—	1 172,3	—	—	—	—	—	5 932,1	1947	
4 594,3	126,70	960,0	11,2	49,9	221,7	—	1 242,8	—	—	337,1	—	—	6 400,6	1948	
4 566,3	136,66	1 334,8	105,8	40,9	249,6	—	1 731,1	—	—	200,0	—	—	6 721,9	1949	
4 663,8	128,13	1 042,1	485,6	75,2	170,2	—	1 773,1	—	—	—	—	—	6 658,6	1950	
4 927,3	121,85	1 101,9	225,4	41,6	159,9	—	1 528,8	—	—	—	—	—	6 675,9	1951	
5 121,9	114,73	1 209,2	78,9	39,0	126,8	—	1 453,9	—	—	—	—	—	6 796,8	1952	
5 228,5	116,40	1 147,3	157,3	64,8	171,5	—	1 540,9	—	—	—	—	—	6 996,8	1953	
5 411,6	116,85	1 255,2	216,1	49,4	171,5	—	1 692,2	—	—	—	—	—	7 327,2	1954	
5 515,5	121,23	1 623,8	268,9	15,6	82,1	—	1 990,4	—	—	—	—	—	7 738,2	1955	
5 809,7	122,26	1 570,6	609,2	17,4	89,2	—	2 286,4	—	—	—	—	—	8 340,1	1956	
5 931,2	124,49	1 831,1	471,1	16,2	74,7	—	2 393,0	—	—	—	—	—	8 574,6	1957	
6 109,3	136,34	2 541,2	105,7	18,2	61,3	—	2 726,4	—	—	—	—	—	9 098,9	1958	
6 343,9	131,93	2 330,7	165,6	16,9	22,1	—	2 535,3	—	—	—	—	—	9 141,5	1959	
6 854,1	137,94	2 288,4	416,6	18,1	33,3	—	2 756,4	—	—	390,3	—	—	10 266,2	1960	
7 656,0	144,70	1 996,1	662,5	19,7	37,2	231,5	2 947,0	1 035,0	—	293,5	—	—	12 206,6	1961	
8 506,1	135,71	2 294,2	355,9	21,6	30,0	98,0	2 799,7	1 035,0	—	373,0	—	—	12 994,7	1962	
9 035,4	135,07	2 700,0	389,4	27,3	39,3	31,8	3 187,8	1 035,0	—	357,3	—	—	13 910,2	1963	
9 721,8	121,31	2 907,9	291,5	21,2	24,4	25,6	3 270,6	1 035,0	—	433,2	—	3,4	14 787,6	1964	
10 042,5	131,08	3 005,0	126,2	19,0	20,9	44,3	3 215,4	1 035,0	—	602,0	—	19,9	15 287,6	1965	
10 651,1	115,46	2 982,2	375,2	15,4	23,3	34,4	3 430,5	1 035,0	—	389,0	—	2,3	15 922,3	1966	
11 326,8	118,04	3 810,8	230,7	20,5	29,0	53,9	4 144,9	—	—	550,0	—	—	16 519,0	1967	
12 047,3	94,26	5 776,2	505,0	23,9	33,4	75,1	6 413,6	—	—	233,1	—	—	19 339,7	1968	
12 518,4	91,34	6 353,4	493,0	18,8	40,0	49,6	6 954,8	—	—	141,9	—	—	20 482,5	1969	
13 106,0	90,20	7 749,6	405,3	28,5	18,3	208,4	8 410,1	—	—	201,7	200,0 ⁹	—	23 095,3	1970	
14 309,9	83,01	10 701,6	713,7	30,7	15,3	393,1	11 854,4	—	516,4 ⁷	313,1	—	—	28 014,6	1971	
16 635,0	71,41	9 312,6	1 380,3	31,4	17,0	279,5	11 020,8	—	2 029,3 ⁸	72,7	2,5 ¹⁰	—	31 362,9	1972	
18 296,2	65,00	8 234,9	458,2	37,4	7,8	296,7	9 036,1 ⁶	—	2 872,0 ⁸	121,4	108,2 ¹¹	—	32 297,8	1973	
19 435,8	61,19	9 505,0	714,5	30,3	—	114,8	10 367,1 ⁶	—	347,8 ⁸	246,9	986,3 ¹⁰	—	33 260,6	1974	
19 127,8	62,17	11 478,5	1 623,8	30,0	—	150,0	13 296,0 ⁶	—	165,3 ⁸	379,8	—	—	34 991,0	1975	
19 730,9	60,33	12 643,7	3 817,5	37,5	—	146,2	16 648,7 ⁶	—	246,2 ⁸	954,8	—	—	39 324,0	1976	
20 396,8	58,36	13 622,8	2 513,8	41,6	—	149,3	16 330,2 ⁶	—	—	772,2	—	—	38 921,0	1977	
22 499,1	52,91	15 583,9	3 437,7	45,4	—	990,6	20 062,8 ⁶	—	—	2 893,2	—	—	46 421,0	1978	
23 760,9	50,10	13 207,1	2 209,4	56,8	—	2 252,8	17 735,6 ⁶	—	—	630,1	—	—	43 244,5	1979	
24 106,3	49,38	13 661,0	402,8	47,8	—	2 254,0	16 376,1 ⁶	—	—	23,0	250,5 ¹²	—	44 318,7	1980	
23 336,7	51,01	12 466,7	1 513,9	48,1	—	908,0	14 958,0 ⁶	—	—	—	500,0 ¹²	—	44 584,5	1981	
24 477,0	48,63	13 992,7	798,9	50,8	—	852,0	15 713,5 ⁶	—	—	—	250,0 ¹²	—	49 374,2	1982	

⁷ Gemäss Vereinbarung über die ausserordentlichen Mindestreserven vom 16. August 1971.

⁸ Mindestreserven von Banken auf inländischen und ausländischen Verbindlichkeiten, gemäss Bundesbeschluss vom 20. Dezember 1972 bzw. 19. Dezember 1975.

⁹ Sonderkonto PTT.

¹⁰ Überschreitung des zulässigen Kreditzuwachses.

¹¹ Überschreitung des zulässigen Kreditzuwachses und Sterilisierungskonto der Bundesverwaltung.

¹² Schuldverschreibungen.

3. Bilanzentwicklung seit 1946

(Durchschnitte aus den Werten der veröffentlichten Ausweise)

Aktiven

Jahr	Gold ¹	Devisen	Sonder- ziehungs- rechte	Inlandportefeuille			Total	Wechsel der eidg. Dar- lehens- kasse	Lombard- vor- schüsse	Wert- schriften	Guthaben bei Korrespondenten	
				Schwei- zer- wechsel	Schatz- anwei- sungen ²	Diskon- tierte Obliga- tionen					im Inland	im Ausland ³
<i>In Millionen Franken</i>												
1946	4 818,0	171,7	–	48,1	6,4	2,8	57,3	1,0	36,3	58,8	13,3	–
1947	5 129,9	113,6	–	36,2	8,0	7,7	51,9	3,9	59,7	50,8	16,8	–
1948	5 662,7	135,7	–	118,7	1,6	11,3	131,6	4,5	59,5	47,7	16,8	–
1949	6 046,1	305,2	–	102,4	0,3	2,2	104,9	0,2	27,6	41,7	9,7	–
1950	6 179,4	297,9	–	86,8	0,7	1,2	88,7	–	23,3	41,2	11,3	–
1951	6 000,9	225,5	–	150,0	2,6	2,3	154,9	0,1	30,9	40,1	13,8	–
1952	5 847,5	337,1	–	201,2	0,8	3,4	205,4	0,3	30,0	40,1	13,0	–
1953	5 998,7	511,4	–	191,6	0,7	0,9	193,2	–	24,7	35,8	13,0	–
1954	6 176,7	517,5	–	111,9	0,5	1,5	113,9	–	26,1	43,7	14,5	–
1955	6 304,5	597,9	–	88,9	1,2	8,6	98,7	–	44,7	46,1	17,1	–
1956	6 794,6	585,8	–	100,5	1,6	15,8	117,9	–	47,7	45,4	19,8	–
1957	7 096,4	538,3	–	128,5	0,5	15,8	144,8	–	31,6	45,4	16,3	–
1958	7 957,8	539,2	–	108,6	0,1	2,6	111,3	–	11,4	44,9	11,2	–
1959	8 285,9	444,1	–	46,6	–	0,7	47,3	–	8,5	44,3	10,5	4,9
1960	8 151,0	522,4	–	48,2	–	1,7	49,9	–	15,6	43,6	13,4	7,1
1961	10 049,6	1 121,6	–	48,0	–	1,5	49,5	–	13,8	43,0	13,0	8,1
1962	10 613,6	827,3	–	53,6	1,1	5,3	60,0	–	16,1	42,8	16,1	10,4
1963	10 753,3	844,1	–	59,6	2,7	4,5	66,8	–	17,5	91,9	16,3	11,5
1964	11 080,6	1 232,4	–	77,0	5,2	9,8	92,0	–	29,4	58,3	20,0	22,5
1965	11 672,4	971,7	–	77,5	5,6	10,0	93,1	–	20,9	78,0	22,1	21,5
1966	11 621,5	983,4	–	86,5	4,7	18,6	109,8	–	32,6	144,1	26,4	18,3
1967	11 982,3	1 351,8	–	92,5	4,7	15,0	112,2	–	30,5	185,1	26,9	20,9
1968	11 586,5	1 602,6	–	104,4	3,3	6,5	114,2	–	27,3	181,0	26,8	21,5
1969	11 431,6	2 020,8	–	193,4	9,3	19,6	222,3	–	71,1	176,0	32,2	23,2
1970	11 615,5	3 418,7	–	134,6	9,5	11,3	155,4	–	47,0	167,6	39,3	25,9
1971	11 854,9	6 834,3	–	114,3	3,6	4,3	122,2	–	15,9	128,4	35,6	27,1
1972	11 879,6	9 721,4	–	109,5	5,8	1,8	117,1	–	22,2	122,2	38,5	28,5
1973	11 892,5	10 515,1	–	166,0	24,7	4,6	195,3	–	67,0	–	55,1	17,4
1974	11 892,7	8 624,2	–	730,8	48,7	16,3	795,8	–	132,2	65,6	71,0	–
1975	11 892,7	10 005,3	–	574,2	61,1	5,3	640,6	–	85,8	13,9	50,1	–
1976	11 897,7	13 371,8	–	299,3	63,3	1,5	364,1	–	81,8	34,3	57,3	–
1977	11 903,9	13 785,3	–	523,6	72,8	6,4	602,8	–	93,6	420,3	69,2	–
1978	11 903,9	21 697,2	–	356,2	32,2	6,8	395,2	–	35,0	333,5	66,3	–
1979	11 903,9	24 628,7	–	419,0	0,3	9,2	428,5	–	107,2	684,6	71,8	–
1980	11 903,9	20 802,0	11,4 ⁴	906,1	16,2	27,7	950,0	–	301,5	1064,6	112,9	–
1981	11 903,9	21 488,0	16,8	1250,0	22,0	12,4	1284,4	–	689,5	1203,5	143,7	–
1982	11 903,9	24 466,9	1,4	958,0	13,9	3,0	974,9	–	391,0	1126,4	128,4	–

¹ Bewertung seit 10. Mai 1971: 1 kg Feingold = Fr. 4595,74; vorher: 1 kg = Fr. 4869,80.

² Seit 1948 Schatzanweisungen nur des Bundes; seit 1979 inkl. Geldmarkt-Buchforderungen.

³ Seit 1973 unter Position «Devisen».

⁴ Durchschnitt August bis Dezember.

⁵ Vor 1961 unter Position «Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie».

⁶ Durchschnitt Januar bis Juli.

Passiven

Notenumlauf	Deckung des Notenumlaufs durch Gold	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Guthaben ausländischer Banken ⁵	Total	Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Verbindlichkeiten auf Zeit	Jahr
		Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie	Rechnungen des Bundes	Rechnungen der Deponenten	Kontozahlungs- und Clearingabkommen						
<i>In Millionen Franken</i>	%	<i>in Millionen Franken</i>									
3 633,2	132,61	813,8	131,9	90,8	189,9	—	1 226,4	—	—	1946	
3 940,6	130,18	734,0	147,2	74,4	242,9	—	1 198,5	—	—	1947	
4 167,9	135,86	935,0	64,5	51,6	256,6	—	1 307,7	—	401,9	1948	
4 259,9	141,93	1 373,0	149,1	54,2	240,9	—	1 817,2	—	269,3	1949	
4 239,6	145,75	1 512,1	305,5	58,6	242,4	—	2 118,6	—	176,0 ⁶	1950	
4 419,5	135,78	1 269,2	384,0	51,3	153,0	—	1 857,5	—	—	1951	
4 596,2	127,22	1 176,7	319,5	41,7	154,2	—	1 692,1	—	—	1952	
4 783,6	125,40	1 373,9	203,8	99,8	127,7	—	1 805,2	—	—	1953	
4 904,0	125,95	1 354,5	229,1	54,4	164,2	—	1 802,2	—	—	1954	
5 056,8	124,67	1 397,2	303,2	30,3	142,9	—	1 873,6	—	—	1955	
5 189,7	130,92	1 672,0	458,7	17,7	74,3	—	2 222,7	—	—	1956	
5 467,2	129,80	1 788,4	283,8	17,6	106,4	—	2 196,2	—	—	1957	
5 501,2	144,66	2 600,3	270,6	17,9	66,5	—	2 955,3	—	—	1958	
5 705,3	145,23	2 610,3	264,9	17,8	36,4	—	2 929,4	—	—	1959	
6 042,4	134,90	2 112,3	289,0	17,6	23,8	—	2 442,7	—	399,2 ⁷	1960	
6 672,9	150,60	2 346,5	684,9	21,2	29,8	222,6 ⁸	3 198,4	1 035,0 ⁹	397,8	1961	
7 358,9	144,23	2 034,2	326,4	21,7	23,6	187,6	2 593,5	1 035,0	399,4	1962	
8 002,8	134,37	2 046,3	195,1	26,0	21,6	59,7	2 348,7	1 035,0	399,1	1963	
8 638,6	128,27	2 059,2	283,1	24,5	27,0	32,2	2 426,0	1 035,0	483,3	1964	
9 179,1	127,16	2 173,9	232,2	26,9	18,8	44,5	2 496,3	1 035,0	597,5	1965	
9 566,5	121,48	1 997,2	287,5	19,8	15,8	37,8	2 358,1	1 035,0	587,0	1966	
10 013,4	119,66	2 366,4	234,0	18,1	19,7	57,3	2 695,5	805,0	588,3	1967	
10 577,5	109,54	3 006,2	250,0	18,6	28,8	46,9	3 350,5	—	476,6	1968	
11 259,9	101,53	3 061,8	306,8	20,1	23,8	46,1	3 458,6	—	324,0	1969	
11 784,7	98,56	3 562,5	517,8	20,9	25,3	62,3	4 188,8	—	428,3	1970	
12 663,8	93,61	7 452,3 ¹⁰	801,7	21,5	12,1	132,3	8 419,9	—	483,1	1971	
14 080,4	84,37	8 221,9	1 288,9	26,0	16,3	345,0	9 898,1	—	395,1 ¹¹	1972	
15 784,2	75,34	5 651,9	982,0	27,5	11,7	371,5	7 045,9 ¹²	—	600,1 ¹³	1973	
17 022,7	69,86	5 524,2	504,6	31,1	0,5	199,0	6 263,0 ¹²	—	870,9 ¹³	1974	
17 608,5	67,54	6 342,9	841,1	30,9	—	162,9	7 384,5 ¹²	—	1 222,7 ¹¹	1975	
17 778,4	66,92	6 971,5	2 772,5	40,9	—	272,7	10 062,8 ¹²	—	1 426,3 ¹¹	1976	
18 590,5	64,03	7 057,8	2 549,7	39,5	—	179,8	9 834,0 ¹²	—	1 160,4	1977	
19 547,6	60,90	9 771,4	2 780,7	54,2	—	389,3	13 001,1 ¹²	—	3 263,0	1978	
21 069,7	56,50	10 484,9	2 443,9	59,6	—	2 226,3	15 221,4 ¹²	—	2 656,9	1979	
21 779,7	54,66	7 860,6	1 234,2	52,7	—	2 289,7	11 445,2 ¹²	—	925,0 ¹⁴	1980	
21 937,0	54,26	7 254,2	901,3	45,3	—	1 645,1	9 852,6 ¹²	—	266,3 ¹⁴	1981	
22 101,9	53,86	7 701,8	904,6	50,0	—	908,5	9 576,0 ¹²	—	395,8	1982	

⁷ Durchschnitt Oktober bis Dezember.

⁸ Durchschnitt Ende Juni bis Dezember.

⁹ Durchschnitt Ende März bis Dezember.

¹⁰ Eingeschlossen auf Sterilisierungskonto einbezahlte Beträge.

¹¹ Eingeschlossen auf Sonderkonti einbezahlte Beträge (Überschreitung des zulässigen Kreditzuwachses).

¹² Inklusive ausstehende Checks.

¹³ Eingeschlossen auf Sonderkonti einbezahlte Beträge (Überschreitung des zulässigen Kreditzuwachses) sowie Sterilisierungskonto der Bundesverwaltung.

¹⁴ Inklusive Schuldverschreibungen.

4. Geschäftsergebnisse seit 1946

Ertrag

Jahr	Ertrag aus dem Verkehr mit Devisen und Gold ¹	Diskontertrag		Ertrag des Ertrag der Wert-schriften			Ertrag des Lombardge-schäftes	Zinsen von Inland-korre-sponden-ten ³	Kom-missio-nen ⁴	Diverse Ein-nahmen ⁵	Brutto-ertrag	Entnahme aus Rück-stellungen	
		Total	davon Diskontertrag auf	Schwei-zer-wech-seln	Schatz-anwei-sungen ²	Obliga-tionen							Wechseln der eidg. Darlehens-kasse
<i>In 1000 Franken</i>													
1946	16 725	859	628	89	37	14	868	1 377	93	1 154	138	21 214	–
1947	10 756	811	517	127	108	55	1 427	1 515	147	1 899	–	16 555	–
1948	7 168	2 134	1 827	44	163	95	1 498	1 736	176	2 345	95	15 152	–
1949	7 689	1 902	1 814	14	34	37	700	1 386	80	1 409	116	13 282	–
1950	10 470	1 623	1 567	11	16	25	552	1 350	81	1 223	151	15 450	–
1951	7 888	2 811	2 641	127	31	1	770	1 459	130	1 266	179	14 503	–
1952	8 232	3 934	3 537	328	53	5	736	1 303	117	934	139	15 395	–
1953	9 699	3 751	3 295	435	14	–	605	1 258	114	1 214	171	16 812	–
1954	10 689	2 705	2 192	489	19	–	622	1 356	126	971	102	16 571	–
1955	16 735	2 298	1 832	347	115	–	1 090	1 366	168	967	607	23 231	–
1956	19 215	2 648	1 975	464	206	–	1 149	1 550	182	864	571	26 179	–
1957	16 894	3 329	2 860	176	289	–	981	1 702	187	712	591	24 396	–
1958	15 293	3 005	2 920	9	71	–	417	1 408	147	679	518	21 467	–
1959	16 167	1 385	1 368	–	13	–	254	1 793	99	502	564	20 764	–
1960	19 970	1 354	1 318	–	33	–	463	2 192	111	465	840	25 395	–
1961	25 750	1 337	1 297	–	27	–	390	1 776	112	537	912	30 814	–
1962	25 863	1 483	1 374	5	101	–	465	2 497 ⁶	135	648	1 141	32 232	–
1963	25 889	1 541	1 396	58	83	–	505	8 416 ⁶	147	601	1 088	38 187	–
1964	24 898	2 033	1 753	85	191	–	936	12 367 ⁶	200	635	1 533	42 602	–
1965	29 785	2 270	1 959	74	233	–	731	20 208 ⁶	189	671	1 468	55 322	–
1966	35 216	3 127	2 533	70	518	–	1 160	26 964 ⁶	237	893	1 350	68 947	–
1967	31 650	4 235	3 596	77	557	–	1 141	28 789 ⁶	258	938	1 068	68 079	–
1968	58 458	3 727	3 476	56	191	–	897	7 573	230	806	880	72 571	–
1969	63 276	7 487	6 576	285	622	–	2 471	7 453	311	1 109	696	82 803	–
1970	90 186	6 443	5 817	243	378	–	1 897	7 274	464	1 194	281	107 739	–
1971	77 499	4 154	3 992	68	89	–	780	8 882	338	1 351	340	93 344	–
1972	119 358	3 768	3 384	277	102	–	602	1 192	250	2 053	696	127 919	–
1973	139 479	5 458	4 914	242	297	–	2 782	950	342	2 069	828	151 908	–
1974	128 389	28 600	26 276	1 379	942	–	6 121	2 020	889	2 387	421	168 827	–
1975	81 000	30 737	27 668	2 992	75	–	3 831	8 951	594	2 704	539	128 356	–
1976	170 242	8 627	8 119	462	43	–	1 965	1 480	291	2 957	586	186 148	–
1977	–	10 252	9 190	929	129	–	2 108	7 818	307	2 535	750	23 770	209 567
1978	1 257 674	5 464	5 216	172	76	–	616	52 213	204	2 802	1 305	–2 593 453 ⁷	684 239
1979	1 957 316	4 307	4 109	3	195	–	1 529	19 282	143	3 661	1 425	1 987 663	40 250
1980	3 578 326	19 461	18 404	330	727	–	8 513	47 880	1 335	2 913	2 864	3 661 292	–
1981	2 642 957	43 844	42 453	978	413	–	25 096	64 840	1 993	2 832	4 101	2 785 663	–
1982	2 307 193	37 518	36 650	630	238	–	15 656	62 801	2 100	3 006	4 383	2 432 657	–

¹ Einschliesslich Ertrag aus Verkehr mit Auslandskorrespondenten; seit 1978 ohne vorherige Abschreibungen und Rückstellungen.

² Seit 1948 Schatzanweisungen nur des Bundes; seit 1979 inkl. Geldmarkt-Buchforderungen.

³ Bis 1949 einschliesslich Zinsen auf Postcheckrechnungen.

⁴ Einschliesslich Aufbewahrungsgebühren und Schrankfachmieten.

⁵ Seit 1978 einschliesslich Ertrag aus Bankgebäude.

⁶ Einschliesslich ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken.

⁷ Fehlbetrag infolge Abschreibungen auf Devisen.

Aufwand und Verteilung des Reingewinns

Ver- waltungs- kosten ⁸	Steuern und Abgaben inkl. Rückstel- lungen hiefür	Kosten und Rück- stellungen für Offen- markt- opera- tionen	Bank- noten- anferti- gungs- kosten inkl. Rück- stellungen hiefür	Sterilisie- rungs- kosten, Zinsen an Bundesver- waltungen inkl. Rück- stellungen hiefür	Abschreibungen, Verluste und Rückstellungen		Ausser- ordent- liche Zuwei- sung an die Vor- sorgeein- richtungen	Rein- gewinn	Zuwei- sung an den Reserve- fonds	Divi- dende	Ab- lieferung an die eidg. Finanz- ver- waltung	Jahr
					<i>auf</i> <i>Diverse</i>	<i>auf</i> <i>Devisen</i>						
5 435	—	—	5 000	4 140	26	—	1 200	5 413	500	1 500	3 413	1946
6 738	480	—	3 243	—	681	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1947
7 206	—	—	2 000	—	83	—	450	5 413	500	1 500	3 413	1948
7 374	—	—	—	451	44	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1949
7 502	—	—	500	1 501	534	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1950
7 585	—	—	—	799	347	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1951
7 683	250	—	1 500	—	190	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1952
8 182 ⁹	250	—	1 500	—	608	—	500	5 772	500	1 500	3 772	1953
8 009	—	—	2 500	—	290	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1954
8 732 ⁹	—	—	6 000	—	727	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1955
11 372 ⁹	300	—	5 000	—	2 035	—	1 200	6 272	1 000	1 500	3 772	1956
10 334 ⁹	300	—	5 000	—	990	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1957
10 122 ⁹	—	—	3 000	—	2 073	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1958
9 210	—	—	3 000	—	2 282	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1959
9 145	400	—	3 000	4 087	1 741	—	750	6 272	1 000	1 500	3 772	1960
9 716	—	—	6 000	5 362	1 893	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1961
10 658	400	—	6 000	4 358	2 973	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1962
11 905	200	—	10 000	5 812	2 427	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1963
13 519 ⁹	400	—	10 000	7 914	2 926	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1964
13 190	—	6 000	10 000	12 964	4 325	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1965
14 995	—	16 460	7 020	16 513	5 116	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1966
16 176 ⁹	—	4 984	6 489	29 008	2 579	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1967
18 323 ⁹	234	5 000	10 101	22 674	7 396	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1968
19 857 ⁹	—	3 000	12 554	13 563	24 986	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1969
28 890 ⁹	1 000	5 000	23 360	30 250	9 396	—	3 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1970
27 468 ⁹	—	—	16 711	35 285	3 364	—	3 000	7 516	1 000	1 500	5 016	1971
33 039 ⁹	2 467	27 000	17 601	10 593	26 703	—	3 000	7 516	1 000	1 500	5 016	1972
32 376 ⁹	—	20 000	31 559	37 658	19 799	—	3 000	7 516	1 000	1 500	5 016	1973
54 914 ⁹	2 915	—	33 743	30 949	35 790	—	3 000	7 516	1 000	1 500	5 016	1974
36 336	—	—	6 821	40 379	35 304	—	2 000	7 516	1 000	1 500	5 016	1975
39 296	4 010	—	7 962	96 257	29 606	—	1 500	7 516	1 000	1 500	5 016	1976
39 475	399	86 100	10 754	70 102	18 991	—	—	7 516	1 000	1 500	5 016	1977
41 081	1 000	—	8 412	60 481	52 214	4 434 782	—	—	—	1 500	5 016	1978
44 353	1 462	109 364	13 452	66 595	61 848	1 730 839 ¹⁰	—	—	—	1 500	5 016	1979
61 814	—	84 166	35 263	81 097	113 376	3 268 060 ¹¹	10 000	7 516	1 000	1 500	5 016	1980
59 189	—	203 038	44 189	58 490	35 022	2 374 142	4 000	7 593	1 000	1 500	5 093	1981
72 115	18 898	164 510	16 116	63 219	53 852	2 033 354	3 000	7 593	1 000	1 500	5 093	1982

⁸ Einschliesslich Zinsen an Deponenten.

⁹ Einschliesslich Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

¹⁰ Davon 1 482 510 Amortisation des aktivierten Verlustes per 31.12.1978.

¹¹ Davon 1 110 943 Tilgung des aktivierten Verlustes per 31.12.1978, 2 157 117 Rückstellung für Währungsrisiken.

5. Diskontsätze und Lombardzinsfuß seit 1936

Offizieller Diskont- und Lombardsatz			Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel				
Datum der Veränderung	Diskontsatz	Lombardsatz	Datum der Veränderung	Lebens- und Futtermittel	Übrige		
	%	%		%	%		
1936	9. September	2	3	1957	1. April	1 ³ / ₄	2
	26. November	1 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂		25. Juli	2	2 ¹ / ₂
1957	15. Mai	2 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂	1959	1. Juni	1 ³ / ₄	2
1959	26. Februar	2	3	1964	6. Juli	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₂
1964	3. Juli	2 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂	1966	1. Januar	2 ³ / ₄	3
1966	6. Juli	3 ¹ / ₂	4		1. Oktober	3 ¹ / ₄	3 ¹ / ₂
1967	10. Juli	3	3 ³ / ₄	1968	1. April	3	3 ¹ / ₂
1969	15. September	3 ³ / ₄	4 ³ / ₄	1969	11. November	3 ³ / ₄	4
1973	22. Januar	4 ¹ / ₂	5 ¹ / ₄	1972	25. Januar	3 ¹ / ₂	3 ³ / ₄
1974	21. Januar	5 ¹ / ₂	6		1. März	3 ¹ / ₄	3 ¹ / ₂
1975	3. März	5	6	1974	2. Januar	3 ³ / ₄	4
	20. Mai	4 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂		16. April	4	4 ¹ / ₂
	25. August	4	5	1975	1. Januar	4 ¹ / ₂	5
	29. September	3 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂		25. August	3 ³ / ₄	4 ¹ / ₄
	29. Oktober	3	4		1. November	3 ¹ / ₄	3 ¹ / ₂
1976	13. Januar	2 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂	1976	1. Januar	3	3 ¹ / ₄
	8. Juni	2	3		1. Februar	2 ³ / ₄	3
1977	15. Juli	1 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂		15. März	2 ¹ / ₂	2 ³ / ₄
1978	27. Februar	1	2		10. Juni	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₂
1979	5. November	2	3		1. Dezember	2	2 ¹ / ₄
1980	28. Februar	3	4	1977	18. Juli	1 ³ / ₄	2
1981	3. Februar	3 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂	1978	27. Februar	1 ¹ / ₂	1 ³ / ₄
	20. Februar	4	5 ¹ / ₂		20. März	1 ¹ / ₄	1 ¹ / ₂
	11. Mai	5	6 ¹ / ₂		25. September	1 ¹ / ₄	1 ¹ / ₄
	2. September	6	7 ¹ / ₂	1979	8. November	1 ³ / ₄	2
	4. Dezember	6	7	1980	21. Januar	2	2 ¹ / ₄
1982	19. März	5 ¹ / ₂	7		5. März	3	3 ¹ / ₄
	27. August	5	6 ¹ / ₂	1981	6. Februar	3 ¹ / ₂	3 ³ / ₄
	3. Dezember	4 ¹ / ₂	6		23. Februar	4	4 ¹ / ₄
					12. Mai	5	5 ¹ / ₄
					4. September	6	6 ¹ / ₄
				1982	24. März	5 ¹ / ₂	5 ³ / ₄
					14. Juni	5 ¹ / ₄	5 ¹ / ₂
					1. September	4 ³ / ₄	5
					9. Dezember	4 ¹ / ₄	4 ¹ / ₂

6. Geld- und währungspolitische Chronik 1982

(Änderungen des Diskont- und Lombardsatzes siehe Tabelle 5)

8. März Die Nationalbank beginnt mit regelmässigen Offenmarktkäufen am Obligationenmarkt, um im Sinne eines Versuchs abzuklären, ob der Aufbau eines Wertschriften-Portefeuilles zur Diversifizierung ihrer Aktiven ohne nachteilige Rückwirkungen auf den Markt möglich ist. (Vgl. S. 30 u. 45)
1. Juli Die Nationalbank revidiert einige Bestimmungen ihres Kapitalexportmerckblatts zu Art. 8 Bankengesetz. Die Revision bringt insbesondere eine Erleichterung des Handels mit mittelfristigen Schuldverschreibungen ausländischer Schuldner (Notes). (Vgl. S. 37)
1. Juli Die Nationalbank und die Schweizerische Bankiervereinigung verlängern die «Vereinbarung über die Sorgfaltpflicht der Banken bei der Entgegennahme von Geldern und die Handhabung des Bankgeheimnisses» für fünf Jahre. Dabei werden aufgrund der bisherigen Erfahrungen gewisse Anpassungen vorgenommen. Die neue Vereinbarung tritt am 1. Oktober 1982 in Kraft. (Vgl. S. 39)
20. August Das Direktorium beschliesst eine Garantiezusage der Nationalbank von 25 Mio Dollar für einen Überbrückungskredit an Mexiko von total 1,85 Mrd Dollar im Rahmen der BIZ. (Vgl. S. 38)
16. September Das Direktorium beschliesst eine Garantiezusage der Nationalbank von 50 Mio Dollar für einen Überbrückungskredit an die Ungarische Nationalbank von total 300 Mio Dollar im Rahmen der BIZ. (Vgl. S. 38)
27. Oktober Der Bundesrat beschliesst auf Antrag der Nationalbank, die Verordnung vom 11. Juli 1979 über die Emissionskontrolle auf den 31. Dezember 1982 aufzuheben. AS 1982 2064. (Vgl. S. 36)
11. November Die Kapitalexportbestimmungen werden von der Nationalbank leicht modifiziert. Die Bedingungen, unter denen ausländische Banken an syndizierten Frankengeschäften mitwirken dürfen, werden umschrieben. (Vgl. S. 37)
17. Dezember Das Direktorium nimmt im Einvernehmen mit dem Bundesrat in Aussicht, die bereinigte Notenbankgeldmenge im Jahre 1983 um durchschnittlich 3% zu erhöhen. (Vgl. S. 8)
22. Dezember Das Direktorium beschliesst eine Garantiezusage der Nationalbank von 30 Mio Dollar für einen Überbrückungskredit an Brasilien von total 1,2 Mrd Dollar im Rahmen der BIZ. (Vgl. S. 38)

7. Verzeichnis der Mitglieder der Aufsichts- und Leitungsorgane (Stand per 1. Januar 1983)

Bankrat (Amtsperiode 1979–1983)

Die von der Generalversammlung der Aktionäre gewählten Mitglieder sind mit einem Stern (*) bezeichnet.

Regierungsrat Dr. Edmund Wyss, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartements des Kantons Basel-Stadt, Basel, Präsident

Prof. Dr. François Schaller, Professor an den Universitäten Lausanne und Bern, Epalinges, Vizepräsident

- * Dr. Oswald Aepli, Präsident des Verwaltungsrats der Schweizerischen Kreditanstalt, Küssnacht

Dr. Remigius Bärlocher, Rechtsanwalt, St. Gallen

Franz Beeler, Direktor der Kantonalbank Schwyz, Schwyz

Bruno Boller, dipl. Ing. ETH, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Boller, Winkler AG, Präsident des Verbands der Arbeitgeber der Textilindustrie, Turbenthal

- * Dr. Hans Braunschweiler, Präsident und Delegierter der Verwaltungsräte der «Winterthur», Versicherungs-Gesellschaften, Winterthur

- * Leo Bühler, Direktor der Thurgauischen Kantonalbank, Weinfelden

- * Félix Carruzzo, Stadtpräsident, Sitten

Hans Dickenmann, dipl. Ing. agr., Vizedirektor des Schweizerischen Bauernverbands, Hausen

- * Dr. Arnold Edelman, St. Gallen

- * Nationalrat Hans-Rudolf Früh, Mitglied des Vorstands des Schweizerischen Gewerbeverbands, Bühler

Dr. Dr. h. c. Arthur Fürer, Präsident des Verwaltungsrats der Nestlé AG, Chardonne

Pierre Gaibrois, Delegierter des Verwaltungsrats der Tornos SA, Fabrique de Machines Moutier, Moutier

Ständerat Peter Gerber, dipl. Ing. agr., Präsident des Schweizerischen Bauernverbands, Frienisberg

Dr. Roger Givel, Generaldirektor der Banque Vaudoise de Crédit, Lonay

- * Carlos Grosjean, Rechtsanwalt, Präsident des Verwaltungsrats der Schweizerischen Bundesbahnen, Auviernier

- * Fritz Halm, Präsident des Verwaltungsrats der SIG Schweizerische Industrie-Gesellschaft, Präsident des Zentralverbands schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen, Arlesheim

Dr. Benno Hardmeier, Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, Stuckis-
haus

Dr. Léonard Hentsch, in Firma Hentsch et Cie, Collonge-Bellerive

- * Dr. E. Luk Keller, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Eduard Keller AG, Präsident der Delegation des Handels, Erlenbach

Renzo Lardelli, Chur

- * Regierungsrat Dr. Kurt Lareida, Vorsteher des Finanzdepartements des Kantons Aargau, Aarau

Dr. Eduard Leemann, Direktionspräsident der Genossenschaftlichen Zentralbank Aktiengesellschaft, Basel

- * Nationalrat Dr. Werner Martignoni, Regierungsrat, Finanzdirektor des Kantons Bern, Muri bei Bern

Nationalrat Willy Messmer, Sulgen

* Nationalrat Dr. Anton Muheim, Luzern

* Ständerat Franz Muheim, Rechtsanwalt und Notar, Altdorf

Nationalrat Dr. Richard Müller, Muri bei Bern

* Jean Pfau, Vizepräsident des Verwaltungsrats der Charmilles Maschinenbau AG, Collonge-Bellerive

Dr. Dr. h. c. Louis von Planta, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der CIBA-GEIGY AG, Präsident des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, Basel

Nationalrat Rudolf Reichling, dipl. Ing. agr. ETH, Präsident des Zentralverbands schweizerischer Milchproduzenten, Stäfa

Staatsrat Ugo Sadis, dipl. Ing. ETH, Direktor des Bau- und Finanzdepartements des Kantons Tessin, Lugano

Hans Sommer, Mitglied der Konzernleitung der ASUAG, Bellach

* Ständerat Alberto Stefani, Rechtsanwalt und Notar, Giornico

Hans Strasser, Präsident des Verwaltungsrats des Schweizerischen Bankvereins, Arlesheim

Rudolf Suter, Zürich

Peter-Andreas Tresch, Zentralpräsident des Schweizer Hoteliersvereins, Amsteg

Nationalrätin Dr. Lilian Uchtenhagen, Zürich

Dr. Arnold Waeber, Präsident des Verwaltungsrats der Freiburger Staatsbank, Tafers

Bankausschuss (Amtsperiode 1979–1983)

Regierungsrat Dr. Edmund Wyss, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartements des Kantons Basel-Stadt, Basel, Präsident von Amtes wegen

Prof. Dr. François Schaller, Professor an den Universitäten Lausanne und Bern, Epalinges, Vizepräsident von Amtes wegen

Dr. Dr. h. c. Arthur Fürer, Präsident des Verwaltungsrats der Nestlé AG, Chardonne

Ständerat Peter Gerber, dipl. Ing. agr., Präsident des Schweizerischen Bauernverbands, Frienisberg

Carlos Grosjean, Rechtsanwalt, Präsident des Verwaltungsrats der Schweizerischen Bundesbahnen, Auvornier

Dr. Léonard Hentsch, in Firma Hentsch et Cie, Collonge-Bellerive

Nationalrat Dr. Richard Müller, Muri bei Bern

Dr. Dr. h. c. Louis von Planta, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der CIBA-GEIGY AG, Präsident des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, Basel

Staatsrat Ugo Sadis, dipl. Ing. ETH, Direktor des Bau- und Finanzdepartements des Kantons Tessin, Lugano

Dr. Arnold Waeber, Präsident des Verwaltungsrats der Freiburger Staatsbank, Tafers

Lokalkomitees (Amtsperiode 1979–1983)

Aarau

Peter Heinrich Kern, Delegierter des Verwaltungsrats und Vorsitzender der Geschäftsleitung der Kern & Co. AG, Aarau, Vorsitzender

Dr. Louis Mäder, Delegierter des Verwaltungsrats der Walter Mäder AG, Baden, Stellvertreter des Vorsitzenden

René Thalmann, Präsident des Verwaltungsrats der Elektro-Apparatebau Olten AG, Wil bei Starrkirch

Basel

Dr. Gustav E. Grisard, Präsident des Verwaltungsrats der Hiag Holzindustrie AG, Riehen, Vorsitzender

Dr. Hans Steinemann, Vizepräsident und Delegierter der Verwaltungsräte der Patria Versicherungsgesellschaften, Basel, Stellvertreter des Vorsitzenden

Werner Jauslin, dipl. Ing. ETH, Präsident des Verwaltungsrats der Jauslin & Stebler Ingenieure AG, Muttenz

Bern

Bernard Leimgruber, Direktor der Lamelcolor SA, Estavayer-le-Lac, Vorsitzender

Max Tschannen, dipl. Ing. agr. ETH, Direktionspräsident des Verbands landwirtschaftlicher Genossenschaften von Bern und benachbarter Kantone (VLG), Präsident der Vereinigung der landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände der Schweiz, Wohlen bei Bern, Stellvertreter des Vorsitzenden

Hans Ineichen, Direktor der Maschinenfabrik WIFAG, Gümligen

Genf

Bernard d'Espine, Generaldirektor der Ateliers Casai SA, Genf, Vorsitzender

Conrad Zellweger, dipl. Ing. ETH, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der LN Industries SA, Chêne-Bougeries, Stellvertreter des Vorsitzenden

Michel Brunschwig, in Firma «Bon Génie», Brunschwig & Cie, Genf

Lausanne

Georges Golay, Delegierter des Verwaltungsrats der Société anonyme de la Manufacture d'horlogerie Audemars, Piguet & Co., Le Brassus, Vorsitzender

Pierre-Noël Julen, Direktor des Verbands der Walliser Wirtschaft (Walliser Handelskammer), Muraz-sur-Sierre, Stellvertreter des Vorsitzenden

Martin Gétaz, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Gétaz Romang SA, Aubonne

Lugano

Dr. Dino Poggioli, Treuhandbüro, Lugano, Vorsitzender

Paride Melera, Castel S. Pietro, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dani Tenconi, Delegierter des Verwaltungsrats der Tensol SA, Piotta

Luzern

Franz Stöckli, dipl. Ing. agr., Direktor der UFAG, Sursee, Vorsitzender

Walter von Moos, dipl. Ing. ETH, Direktionspräsident der von Moos Stahl AG, Luzern, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. Jörg Bucher, Direktor der Centralschweizerischen Kraftwerke, Luzern

Neuenburg

Alain Grisel, Marketing- und Verkaufsdirektor der Uhrenabteilung der Fabriques d'assortiments réunies, La Chaux-de-Fonds, Vorsitzender

Paul Kiefer, Mitglied der Verwaltungsräte der Chocolat Suchard AG, der Chocolat Tobler AG und der Suchard-Tobler AG, Colombier, Stellvertreter des Vorsitzenden

Ernest Haas, Mitglied des Verwaltungsrats der Neuenburger-Versicherungen, Saint-Blaise

St. Gallen

Walter Vetsch, Finanzdirektor der Wild Heerbrugg AG, Heerbrugg, Vorsitzender

Jürg Nef, Delegierter des Verwaltungsrats der Nef & Co. AG, St. Gallen, Stellvertreter des Vorsitzenden

Klaus Gebert, Präsident des Verwaltungsrats der Geberit AG, Jona

Zürich

Dr. Werner Fuchs, Direktionspräsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Mettler Instrumente AG, Greifensee, Vorsitzender

Willy Baumann, Präsident des Verwaltungsrats der Baumann AG Rolladenfabrik, Horgen, Stellvertreter des Vorsitzenden

Claus Nüscher, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Siber Hegner Holding AG, Erlenbach

Revisionskommission (Amtsperiode 1982/1983)

Mitglieder

Josef Iten, Zug, Präsident

Gilbert Grenier, Generaldirektor der Caisse d'Epargne de la République et Canton de Genève, Genf

Werner Staub, Gossau

Ersatzmänner

Paul Hostettler, Direktor des Crédit Foncier Neuchâtelois, Neuenburg

Siegfried Lutz, Herisau

Max Meier-Milt, Allschwil

Direktorium

Dr. Dr. h. c. Fritz Leutwiler, Zürich
Pierre Languetin, Dr. h. c., Bern
Dr. Markus Lusser, Zürich

Generalsekretariat

Generalsekretär
Stellvertreter des
Generalsekretärs

Dr. Andreas Frings, Direktor, Zürich

Dr. Theodor Scherer, Vizedirektor, Bern
Dr. Peter Hadorn, Vizedirektor, Zürich

Departemente

I. Departement (Zürich)

Departementsvorsteher
Sekretariat
Pressesprecher

Dr. Dr. h. c. Fritz Leutwiler, Präsident des Direktoriums
Anna Elisabeth Heeb, Abteilungsvorsteherin
Erich Heini, Vizedirektor

Stellvertreter des
Departementsvorstehers

Dr. Peter Klauser, Direktor
PD Dr. Kurt Schiltknecht, Direktor

Bereich Volkswirtschaft

PD Dr. Kurt Schiltknecht, Direktor

Volkswirtschaftliche
Abteilung

Dr. Georg Rich, Direktor
Dr. Peter Buomberger, Abteilungsvorsteher (beurlaubt)
Christoph Menzel, Abteilungsvorsteher (beurlaubt)

Bankwirtschaftliche
Abteilung

Dr. Max Baltensperger, Direktor
Dr. Anton Föllmi, Vizedirektor
Martin Klaus, Abteilungsvorsteher

Bereich Recht und Dienste

Dr. Peter Klauser, Direktor

Rechtsabteilung

Dr. Werner Schmid, Rechtskonsulent

Personalabteilung

Gerhard Nideröst, stellvertretender Direktor

Technische Dienste

Daniel Ambühl, Abteilungsvorsteher

Revision und
Controlling

Hans Baumgartner, Direktor
Roland-Michel Chappuis, Vizedirektor
Dr. Robert Meli, Vizedirektor

Betriebswirtschaftlicher
Berater

Prof. Dr. Ernst Kilgus, Künsnacht

II. Departement (Bern)

Departementsvorsteher	Pierre Languetin, D ^r h. c., Vizepräsident des Direktoriums
Stellvertreter des Departementsvorstehers	Dr. Michel de Rivaz, Direktor
Stab	Dr. Jean-Pierre Roth, Direktor
Hauptbuchhaltung	Hans-Peter Dosch, stellvertretender Direktor
Kasse Bern	Adolf Lerch, Vizedirektor
Bargeld, Sicherheit, Bauten (Bern)	Dr. Johann Ammann, Direktor
Hauptkasse	Valentin Zumwald, Hauptkassier der Bank Roland Tornare, Stellvertreter des Hauptkassiers Joseph Schmidlin, Abteilungsvorsteher
Kapitalmarkt	Walter Bretscher, Direktor
Wertschriften	Max Isenschmid, stellvertretender Direktor
Korrespondenz und Portefeuille	Robert Raschle, Vizedirektor

III. Departement (Zürich)

Departementsvorsteher	Dr. Markus Lusser, Mitglied des Direktoriums
Stellvertreter des Departementsvorstehers	Dr. Hans Meyer, Direktor
Stab	Dr. Monique Dubois, Vizedirektorin
EDV-Abteilung	Dr. Christian Vital, Vizedirektor
Devisen-, Geldmarkt- und Wertschriftengeschäft	Hans Stahel, Direktor Dr. Mario Corti, stellvertretender Direktor
Devisen	Werner Bächtold, Vizedirektor
Portefeuille	Hans Walter Preisig, Vizedirektor
Wertschriften	Albert Kunz, Vizedirektor
Übriges Bankgeschäft	Hans Schmid, stellvertretender Direktor
Buchhaltung	Werner Bolliger, Vizedirektor
Giro/Bankenclearing	Eugen Guyer, Vizedirektor
Korrespondenz	Walter Obi, Vizedirektor
Kasse	René Würmli, Vizedirektor

Zweiganstalten

<i>Aarau</i>	Heinrich Herzog, Direktor Fritz Merz, Stellvertreter des Direktors
<i>Basel</i>	Rudolf Winteler, Direktor Karl Schär, Stellvertreter des Direktors
<i>Genf</i>	Serge Delémont, Direktor Jean-Pierre Borel, Stellvertreter des Direktors
<i>Lausanne</i>	Willy Schreyer, Direktor Fernand Verdon, Stellvertreter des Direktors
<i>Lugano</i>	Cesare Gaggini, Direktor Franco Poretti, Stellvertreter des Direktors
<i>Luzern</i>	Dr. Hans Theiler, Direktor Joseph Burri, Stellvertreter des Direktors
<i>Neuenburg</i>	Francis von Arx, Direktor Charles Girod, Stellvertreter des Direktors
<i>St. Gallen</i>	PD Dr. René Kästli, Direktor Alfred Geiger, Stellvertreter des Direktors

Eigene Agenturen

<i>Biel</i> (dem Sitz Bern unterstellt)	Paul Bürgi, Agenturführer
<i>La Chaux-de-Fonds</i> (der Zweiganstalt Neuenburg unterstellt)	Jacques Jolidon, Agenturführer

Dieser Geschäftsbericht der Schweizerischen Nationalbank erscheint in einer ausführlichen Fassung in deutscher und französischer Sprache sowie als Kurzfassung in italienischer und englischer Sprache.

Alle vier Ausgaben sind erhältlich beim Generalsekretariat der Schweizerischen Nationalbank, 3003 Bern, Telefon 031 21 02 11.

Satz und Druck: Benteli AG, Bern

